Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

27. März 1978
6. Jg. Nr. 13

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Waffenfabrik Belgien: Arbeiter und Angestellte im Streik

Anfang vergangener Woche haben die 7200 Arbeiter der belgischen Waffenfabrik FN Herstal, die seit dem 22. Februar streiken, das Angebot der Kapitalisten abgelehnt: Die Kapitalisten hatten zwar der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit auf 38 Stunden bei vollem Lohnausgleich nachgegeben und eine Lohnerhöhung von 3 bfr (ca. 20 Pf.) – gefordert waren 4 bfr – angeboten, aber weder die Forderung nach Lohnausgleich bei Versetzung auf schlechter bezahlte Arbeitsplätze noch die nach Überbrückungsrente für Frauen ab 50, Männer ab 55 Jahren erfüllt. Die Arbeiter halten an diesen Forderungen fest und setzen den Streik fort. Bereits in der 3. Streikwoche hatten sie in einer Blitzaktion die Techniker und Meister aus dem Betrieb gejagt. Am Donnerstag, dem 23.3., haben die 1500 Angestellten, für die getrennte Tarifverhandlungen laufen, die Arbeit niedergelegt und sich dem Streik fast vollständig angeschlossen.

Genfer Verhandlungen über Atomwaffentests ausgesetzt

Am 21.3. haben die USA, die UdSSR und Großbritannien die Genfer Verhandlungen über das Verbot von Atomwaffentests für einen Monat ausgesetzt. Sie haben nach Aussage des US-Verhandlungsführers Warnke „eine relativ kritische Phase erreicht." Die Sozialimperialisten hatten mit den „Bruderländern" Anfang März einen Konventionsentwurf gegen die Neutronenbombe eingebracht, der Reihe nach Verhandlungen darüber gefordert und betont, „daß die Sowjetunion in der Lage sei, jede beliebige Waffe zu entwickeln". Gegenüber den Völkern betonen die Supermächte ihre „Entspannungsbereitschaft". Bei den Wiener Verhandlungen über Truppenabbau in Mitteleuropa haben sie in „einem entscheidenden Punkt Übereinkunft erzielt", „genaue Aufstellungen über die in Europa stationierten Truppen bekanntzugeben und auszutauschen". Ein wahrhaft entscheidender Durchbruch. Derart geheimes Material wird seit langem in jeder bürgerlichen Militärzeitschrift veröffentlicht.

US-Farmer besetzen Landwirtschaftsministerium

Am 15. März demonstrierten nach Angaben der „International Herald Tribune" etwa 4000 amerikanische Farmer zum Capitol in Washington, wo sie eine

US-Farmer besetzen Landwirtschaftsministerium

Am 15. März demonstrierten nach Angaben der „International Herald Tribune" etwa 4000 amerikanische Farmer zum Capitol in Washington, wo sie eine Kundgebung abhielten, auf der sie die Erfüllung ihrer Forderung nach Mindestpreisen für ihre Agrarprodukte verlangten. Währenddessen ließen sie zahlreiche Ziegen, Hühner und einen Esel sich auf den Stufen und dem Gelände des Capitol gütlich tun. Um den Streik der Farmer zu brechen und um sie zum Verkauf ihrer Produkte zu bewegen, beschloß der Senat über eine „Notverordnung" die Bereitstellung von 2,8 Mrd. Dollar, die je nach Größe des bestellten Landes verteilt werden sollten. Die Farmer verlangen die volle Durchsetzung ihrer Forderung. Am 16. März demonstrierten nach Angaben der „International Herald Tribune" 2000 Farmer zum Landwirtschaftsministerium. Ein Teil von ihnen verschaffte sich Einlaß in das Gebäude, besetzte den Innenhof und verlangte, daß der Landwirtschaftsminister Bob Bergland zu ihren Forderungen Stellung nimmt. Geschützt durch Sicherheitsbeamte verflüchtigte der sich durch den Hinterausgang. Genützt hat ihm das nichts. Er mußte zusichern, sich am nächsten Tag einer Delegation der Farmer zu stellen.

Teilerfolg des Streiks der US-Bergarbeiter

Nach dreieinhalb Monaten Streik haben die US-amerikanischen Bergarbeiter den neu ausgehandelten Kontrakt mit den Kohlekapitalisten mehrheitlich angenommen. Nach dem neuen Abkommen erhalten die Bergarbeiter eine Lohnerhöhung von 37% im Lauf von drei Jahren. Die Renten werden ebenfalls angehoben, und die Kapitalisten müssen die im Herbst eingestellten Beitragszahlungen für die Krankenversicherungs- und Rentenkassen der Bergarbeiter wieder aufnehmen. Jedoch können die Kohlekapitalisten jetzt in gewissem Umfang mit Einführung von Prämienlohn und Akkordsystemen beginnen. Der Versuch, das Recht der Arbeiter auf Streik vor allem bei gefährlichen Arbeitsbedingungen auszuhöhlen und sich einen Freibrief für die Entlassung von Streikführern zu sichern, ist abgeschmettert worden. Lokale Gewerkschaftsfunktionäre haben erklärt, bei Wiederaufnahme als erstes eine Inspektion der Arbeitsbedingungen in den Gruben durchzuführen, um so das erkämpfte Recht zu unterstreichen, keine Arbeit anzufassen, die die minimalen Sicherheitsbedingungen nicht erfüllt. Sie haben weiter erklärt, an allen erhobenen Forderungen festzuhalten.

Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung!

Als Jahr der Massen, Jahr des Volkes hat die Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) und ihr Präsident Robert Mugabe das Jahr 1978 ausgerufen, um die Bedeutung dieses Jahres für den jahrzehntelangen Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe hervorzuheben. Im bewaffneten Kampf erobert das Volk von Zimbabwe seine Freiheit und sein Land zurück, das ihm von den Kolonialisten und vom britischen Imperialismus mit Gewalt geraubt worden ist. Die Kräfte des Kolonialregimes werden in den Städten und Garnisonen eingekreist. Schon hat das Volk von Zimbabwe in einigen Gebieten seine politische Macht errichtet und die Kolonialtruppen vertrieben. Das Kolonialregime wankt, und es ist eine Frage der Zeit, bis das Volk von Zimbabwe das imperialistische Joch vollständig abwirft.

Als Jahr des Betruges wollen die Imperialisten 1978 in die Geschichte des Kolonialismus und Imperialismus eingehen lassen. Angeschlagen durch den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe, suchen die Imperialisten verzweifelt nach einem Ausweg, wie sie ihr Kolonialregime eine Zeitlang aufrechterhalten können. Sie machen sich Hoffnung, das Volk von Zimbabwe zu spalten und die ZANU, die den Befreiungskrieg des Volkes führt, zu isolieren. Zu diesem Zweck haben die Imperialisten ihren Statthalter Smith die „Innere Lösung" in die Welt setzen lassen.

Das Smith-Regime ist aus einem Putsch hervorgegangen, als sich die Imperialisten 1964 nicht mehr anders vor der immer lauteren Forderung des Volkes von Zimbabwe nach Selbstbestimmung retten konnten. In einem Handstreich hat der Rassistenhäuptling die „Unabhängigkeit" Rhodesiens, wie die Imperialisten Zimbabwe nach dem Blutsauger Cecil Rhodes vor der immer lauteren Forderung des Volkes von Zimbabwe nach Selbstbestimmung retten konnten. In einem Handstreich hat der Rassistenhäuptling die „Unabhängigkeit" Rhodesiens, wie die Imperialisten Zimbabwe nach dem Blutsauger Cecil Rhodes nennen, erklärt. An der Wiege dieses „unabhängigen Rhodesien", das in der ganzen Welt als Rassistenregime verfemt ist, standen einige der größten amerikanischen, britischen und westdeutschen Konzerne, die sich mit Hilfe des Ian Smith in dem rohstoffreichen Zimbabwe eingenistet haben, um das Volk von Zimbabwe wie Sklaven auszubeuten.

Begeistert hat damals die westdeutsche Presse den Handstreich des Ian Smith gegen das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Zimbabwe gefeiert. „Hier ist endlich", schrieb der „Industriekurier" 1965, „eine weiße Führungsschicht entschlossen, nicht abzudanken und nicht vor der schwarzen Flut die Segel zu streichen, sich auch nicht von den Drohungen schwarzer Nachbarstaaten und den papiernen Resolutionen der UNO einschüchtern zu lassen." Das Volk von Zimbabwe hat längst die Hoffnung aufgegeben, gegen die Ausbeutung und Unterdrükkung durch die Imperialisten reichten „papierne Resolutionen" aus. Es hat zu den Waffen gegriffen und auf die konterrevolutionäre Gewalt der Imperialisten mit der revolutionären Gewalt des Volksbefreiungskampfes geantwortet. Welle auf Welle greift es den Imperialismus an.

Das Smith-Regime ist am Ende. Nur noch die unmittelbare militärische Intervention der Imperialisten könnte das Kolonialregime für eine Zeitlang retten. Der Vorbereitung dieser Intervention dient die „Innere Lösung", durch die dem Smith-Regime ein schwarzes Mäntelchen umgelegt werden soll, um dann Zeter und Mordio über einen angeblichen Bürgerkrieg in Zimbabwe zu schreien und einzumarschieren.

Fortsetzung Seite 2

Keine Verhandlungen ohne ein Angebot von mindestens 7%!





Gemeinsame Kundgebung der Arbeiter und Angestellten bei Daimler-Benz Mannheim. Die Angestellten, zu 75% in der IG Metall organisiert, haben sich bis auf wenige in die Streikfront eingereiht. Auf der Kundgebung mußte der Gesamtbetriebsratsvorsitzender Lucy der Kampfentschlossenheit der Arbeiter Rechnung tragen. „Wir bleiben so lange vor dem Tor, bis unsere Forderungen erfüllt sind." Für Dienstag haben sich ca. 50 Metaller als Streikposten gemeldet, die sich in einem zentralen Streiklokal treffen wollen, um die Zersplitterung der Bewegung auf verschiedene Streiklokale zu beseitigen.

Bevor Dürr nicht ein Angebot von mindestens 7% vorlegt, darf gar nicht erst verhandelt werden, sagen immer mehr Arbeiter, nachdem in den ersten Tagen des Streiks vor allem über die Absicherung diskutiert worden war. Ohne einen erträglichen Abschluß auf den Tariflohn d.h. mindestens 7%, ist alles andere nur auf Betrug angelegt. Das muß man die Verhandlungsführung der IG Metall eindeutig wissen lassen.

„... die Kinder nicht zu Glücksstreben und Durchsetzung eigener Interessen erziehen"

Unter großem Triumphgeschrei der CDU ist in Nordrhein-Westfalen die Koop-Schule in einem Volksbegehren abgelehnt worden. Nun machen sich die FDP in Schleswig-Holstein und die SPD im Saarland im Gegenzug daran, ebenfalls Volksbegehren gegen die Schulgesetzgebung der CDU anzustreben, um unter Berufung auf die Interessen der Massen die Parteienkonkurrenz um die Fleischtöpfe auf den Regierungsbänken auszutragen. Unvermeidlich kommen bei dem damit verbundenen Propagandarummel auch eine Reihe von Tatsachen über die Schulwirklichkeit in die sogenannte, von der Bourgeoisie kontrollierte, öffentliche Debatte.

50% aller Schulkinder leiden unter „Verhaltensstörungen": Schlaflosigkeit, Appetitlosigkeit, Kopf- und Bauchschmerzen, Allergien, Asthma, motorische Ticks, Angst. Jeder zweite Grundschüler zwischen 6 und 10 Jahren zeigt diese Erscheinungen, 20% werden für sogenannte therapeutische Behandlung vorgesehen oder sind ihr bereits unterworfen.

Diese verheerende Bilanz der Schulunterdrückung und ihrer Verschärfung im Zuge der imperialistischen Bildungsreform der letzten 10 bis 15 Jahre ist nicht mehr zu vertuschen. Sie wird nun wiederum von der CDU aufgegriffen, um gegen die sozialliberale Koalition in der Regierung in die Offensive zu kommen. Ins Gespräch gebracht werden zunehmend Begriffe wie: kinderfeindliche Technokratie der Schule, überfordernde Verwissenschaftlichung des Unterrichts, hektischer und verwirrender Versuchscharakter der Schulreformen usw. usf. Die anwachsenden Kämpfe der Massen gegen die Schulreaktion interpretiert die CDU als Reformmüdigkeit der Massen. Sie plädiert für Rückkehr zu Althergebrachtem. Das „Althergebrachte" hatte aber gerade den Kampf der Massen herausgefordert, weswegen die SPD überhaupt mit ihrem Reformgerede und den Steuererhöhungen zur Finanzierung angeblicher Reformen im Interesse der Massen landen konnte. Die Absicht im Interesse der gesamten Bourgeoisie ist dabei, einen großen Schritt voranzumachen damit, Chauvinismus und christliche Reaktion im Unterricht durchzusetzen.

Ein Haufen von Bildungsministern und Schulrektoren hat die diesbezüglichen Absichten der Bourgeoisie auf einer Konferenz, tituliert „Mehr Mut zur Bildung", Anfang des Jahres in neun Thesen zusammengefaßt:

„1. Wendet der Kreis sich gegen den Irrtum, die Mündigkeit, zu der Schule erziehen soll, läge im Ideal einer Zukunftsgesellschaft vollkommener Befreiung. Durch eine solche Sehweise werde gerade die lebenslange Unmündigkeit begründet; 2. dürfe Erziehung die Kinder nicht ermuntern, „Glücksansprüche" zu stellen. Denn „Glück folgt nicht aus der Befriedigung von Ansprüchen, sondern stellt im Tun des Rechten sich ein"; 3. müsse wieder zu den alten Tugenden des Fleißes, der Disziplin und der Ordnung erzogen werden; 4. dürfe nicht zu einem vorgegebenen Hyper-Kritizismus erzogen werden. „Zum kritischen Widerstand gegen ideologische Verführer ist nur fähig, wer sich durch seine Erziehung mit Vorgegebenheiten in Übereinstimmung befindet." 5. dürften die Kinder nicht angeleitet werden, „ihre Interessen wahrzunehmen". „Bevor man eigene Interessen wahrnehmen kann, muß man in die Lebensverhältnisse eingeführt sein, in denen eigene Interessen erst sich bilden"; 6. sinnvolle Erziehung müsse von der Einsicht ausgehen, daß die menschlichen Begabungen verschieden seien; 7. die Schule dürfe nicht als Reforminstrument der Gesellschaft mißbraucht werden. „Keine Gesellschaft kann eine Schule als ihre eigene anerkennen, die die Schüler eine ganz andere Gesellschaft als ihre eigene anzusehen lehrt"; 8. der Verwissenschaftlichung der Erziehungsprozesse müsse Einhalt geboten werden; 9. Erziehung sei keine ausschließliche Angelegenheit von pädagogischen Profis. Allen Eltern müsse wieder Mut gemacht werden, daß sie ihre Kinder auch erziehen können.

Diese Thesen, vorgelegt von Leuten wie dem Rektor der Münchner Universität Lobkowicz, Golo Mann, und dem ehemaligen Kultusminister Baden-Württembergs Wilhelm Hahn, sind samt und sonders Reaktion gegen die zunehmend bewußte Kampfführung unter der Jugend und der Arbeiterklasse gegen die Schulreaktion.

Jeder weiß, wie sehr über den Zusammenhalt in der Klasse und die kollektive Wissensübermittlung der Schüler untereinander vieles von dem Terror der Schulbürokratie abgefangen und zurückgeschlagen werden konnte. Mit der Einrichtung des Kurssystems in den verschiedenen Stufen der Schulhierarchie wurden die alten Klassenstrukturen weitgehend zerschlagen und die Schüler der ganzen abgefeimten Gewalt der Schulbehörden zunächst einmal schutzlos ausgeliefert. Sie sind nunmehr gezwungen, sich auf höherem Niveau erneut gegen die Schulreaktion zusammenzuschließen. Den Umfang ihres Hasses gegen die Schulunterdrückung, aber auch die Absicht, etwas Großes dagegen zu unternehmen, demonstrierten im vorigen Jahr Augsburger Schüler sinnfällig, indem sie am Tag der Notenkonferenz die Schule mit einer 4m langen, 2m hohen und durch mehrere Stützmauern abgesicherten Mauer verbarrikadierten.

Die Kämpfe gegen die Schulunterdrückung konzentrieren sich zunehmend gegen das Notensystem und die imperialistische Indoktrinierung im Unterricht, denen mit Forderungen nach Meinungsfreiheit, Verweigerung von Klassenarbeiten und Zusammenschluß gegen die neuen Schulgesetze der Länderregierungen und das Notensystem entgegengetreten wird. Die Kämpfe gegen den Abbau der Schulpflicht, die Spaltung und Auslese über das Notensystem und die imperialistische Indoktrinierung im Unterricht gehören zusammen, um den Kampf gegen die Schulreaktion zur Durchsetzung der Einheitsschule führen zu können.

Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung !



Die Unterstützung des bewaffneten Kampfes des Volkes von Zimbabwe wird fortgesetzt. Sie läßt sich durch kein Gerichtsurteil verbieten.

Fortsetzung von Seite 1

Der Garant gegen diese Pläne sind der bewaffnete Kampf und die Einheit der Patriotischen Front. Die US-Imperialisten wollten Joshua Nkomo und die ZAPU in die „Innere Lösung" verstricken. Es ist ihnen nicht gelungen. Der bewaffnete Kampf und die Einheit der Patriotischen Front sind auch der Garant gegen die Einmischungsversuche der anderen Supermacht, des sowjetischen Sozialimperialismus. „Wir sind unsere eigenen Befreier", sagt die ZANU, und die Patriotische Front verfolgt diese Linie.

Als „historischen Moment" hat Franz-Josef Strauß, der sich häufig in Salisbury herumtreibt, die Bildung eines Exekutivrates zwischen Smith und den Verrätern Muzorewa, Sithole und Chirau bezeichnet. Ein „historischer Moment" war auch der Handstreich des Ian Smith und die Unabhängigkeitserklärung Rhodesiens. Die Hoffnungen der Imperialisten auf das Smith-Regime sind zerschlagen worden. Auch die Neuauflage dieses Regimes wird den Kolonialismus nicht retten. Die Strömung der Geschichte ist gegen die Imperialisten gerichtet. Die Völker der Welt unterstützen den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe. Durch die Stimmen der Dritten Welt hat die „Innere Lösung" im UNO-Sicherheitsrat eine Abfuhr erfahren. Das kann die Imperialisten jedoch nicht eines Besseren belehren. Noch nie haben sie freiwillig auf ihre Herrschaft verzichtet. Gerade jetzt kommt es darauf an, den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu unterstützen. Ausrüstung einer voll motorisierten Kompanie der ZANLA, dazu hat die ZANU die Arbeiterklasse in Westdeutschland aufgefordert, und die Kampagne macht Fortschritte. Es macht die Imperialisten rasend, wenn sich die Arbeiter in Westdeutschland mit den unterdrückten Völkern verbünden. Auf dem zentralen Konto in Mannheim, das der KBW für die Gelder der ZANU eingerichtet hat, ließ das Regierungspräsidium Tübingen namens der Verfassung und der imperialistischen Geldsäcke jetzt die dort lagernden 105 000 DM beschlagnahmen, die für die Ausrüstung der Kompanie der ZANLA gedacht sind. Die Sammlung sei verboten. Es ist notwendig, sie fortzusetzen. Die beschlagnahmten Gelder der ZANU, die von den Volksmassen in Westdeutschland gesammelt worden sind, können zurückgekämpft werden. Deshalb zählen wir sie weiterhin mit bei den 400 000 DM, die im Verlauf der Kampagne bisher aufgebracht worden sind. Vor allem aber zählen wir diese beschlagnahmten Gelder als Beweis für die finsteren Absichten des westdeutschen Imperialismus gegenüber dem Volk von Zimbabwe.

Im Bundestag sagte Genscher, die BRD treibe an der Seite der USA eine „aktive Afrika-Politik". „Mehr sollte zu diesem Punkt nicht gesagt werden." Welcher Imperialist spricht seine Aggressionsabsichten auch offen aus? Aber über die NATO sind die Aggressionsvorbereitungen schon im Gang. Man muß den Kampf gegen die Aggression auch führen, solange sie noch vorbereitet wird. Deshalb rufen wir in den Tagen zwischen dem 27. April und dem 1. Mai zu regionalen Demonstrationen und Kundgebungen in Westberlin, Hannover, Köln, München und Frankfurt auf. Auf den Kundgebungen wird eine Delegation des ZK der ZANU sprechen.

Die Losungen sind:
Ausrüstung einer voll motorisierten Kompanie der ZANLA bis zum 1. Mai!
Es lebe der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe!
Es lebe die ZANU!
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch, besiegt den Imperialismus!

Wir fordern:
Schluß mit den Aggressionsvorbereitungen gegen das Volk von Zimbabwe!

Bedingungslose Herausgabe der beschlagnahmten Gelder der ZANU!

Sofortige Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung!
Raus aus der NATO!

Frankfurt, den 24. März 1978

Kommunistischer Bund Westdeutschland
Zentrales Komitee

Änderung des Kündigungsschutzgesetzes bei Massenentlassungen

Haben die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften viel über Massenentlassungen geschimpft, dann vor allem darüber, daß die Kapitalisten die Anzeigepflicht beim Landesarbeitsamt umgehen würden, indem sie in den Großbetrieben ab 500 Beschäftigten alle vier Wochen gerade 49 Arbeiter entlassen (ab 50 müßten sie eine Anzeige darüber machen). Tatsächlich praktizieren die Kapitalisten das so.

Jetzt liegt der neue Entwurf der Bundesregierung zur Änderung des Kündigungsschutzgesetzes bei Massenentlassungen vor. Der Entwurf beinhaltet im einzelnen im Vergleich zur bisher gültigen Regelung:

Entlassungen sind anzeigepflichtig:

Bisher: Anzahl der Beschäft.	Bisher: beabsichtigte Entlass.	Entwurf: Anzahl der Beschäft.	Entwurf: beabsichtigte Entlass.
21–49	mehr als 5	21–59	mehr als 5
50–499	10% d. Besch. od. mehr als 25	60–499	10% d. Besch. od. mehr als 25
ab 500	ab 50	ab 500	ab 30

Erstellt worden ist dieser Gesetzentwurf auf der Grundlage einer Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft aus dem Jahre 1975. Ist das jetzt mehr Kündigungsschutz, wie die Sozialdemokraten behaupten?

Schon bei weniger Entlassungen müssen die Kapitalisten jetzt eine Anzeige machen, das ist richtig. So besteht die Aussicht, daß die Belegschaft geringfügig besser informiert wird über den Betriebsrat. Kündigungs*schutz* ist das natürlich nicht. Das ist auch nicht die Absicht dieses Gesetzes. In der Begründung des Entwurfs heißt es, daß das Gesetz einen „arbeitsmarktpolitischen Zweck" verfolgt, nämlich den, „die Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit werden in die Lage versetzt, vorausschauend Arbeitsvermittlungs- und andere Maßnahmen einzuleiten, um die Folgen der Massenentlassungen von den betroffenen Arbeitnehmern möglichst abzuwenden." Das Gesetz soll dienen zur Erleichterung von Maßnahmen zur „Arbeitsberatung, Arbeitsvermittlung, der Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsaufnahme und sonstigen Möglichkeiten der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen ihres arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums."

Nicht bessere Information der Belegschaften ist also der Zweck dieser gesetzlichen Regelungen, die einheitlich in der gesamten EG durchgesetzt werden sollen, sondern frühzeitige und weitgehende Erfassung durch die Arbeitsämter, um den Zugriff auf die Arbeitslosen zu erleichtern.

Deshalb sollen die Kapitalisten in den Anzeigen jetzt auch genaue Angaben machen über „Geschlecht, Alter, Beruf und Staatsangehörigkeit der zu entlassenden Arbeitnehmer". Die Kapitalisten können dann noch besser informiert werden, welche arbeitslosen Arbeitskräfte wo zur Verfügung stehen, Umschulungsprogramme und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen können frühzeitiger eingeleitet werden. Mehr Mobilität der Arbeiter und größerer Lohndruck, darum geht es den Kapitalisten. – (Z-Red.)

Kindergartenplätze teuer und unter der Fuchtel der Kirche

„Solange die Geburtenentwicklung sich in der Gesamtheit nicht positiv ändert und auch die Flächenrichtwerte je Kind durch den Gesetzgeber nicht angehoben werden, besteht kein Bedarf an weiteren Neubauten von Kindertagesstätten mit dem Ziel der Vergrößerung des Platzangebotes in der Stadt." (Kindertagesstättenplan der Stadt Osnabrück) Was heißt das für die Volksmassen? Zunächst einmal das Gestöhne über die Flächenrichtwerte. Zwei Quadratmeter pro Kind werden vom Gesetzgeber zugestanden, sodann plant man großzügig diesen bis 1985 evt. auf 3,5 Quadratmeter auszudehnen. Für einen Hund sind mindestens vier Quadratmeter gesetzlich vorgeschrieben.

Im Stadtgebiet gibt es 3 883 Kindergartenplätze, davon 145 Hortplätze, für 11 214 Kinder im Alter bis zu sechs Jahren. Die bürgerlichen Statistiker haben aber einen „Platzüberschuß" von 343 Plätzen errechnet. Dabei lassen sie vom Stapel, daß allerdings ein „Ungleichgewicht" zu verzeichnen ist. In den „besseren Wohnvierteln" sind Plätze frei und in den vorwiegend von Arbeitern und Angestellten bewohnten Vierteln gibt es eine starke Unterversorgung. Das müssen sie schon zugeben. 49% beträgt z.B. im Arbeiterviertel Schinkel die Unterversorgungsquote.

Daß die örtliche Bourgeoisie weiterhin vorhat, die Zahl der Kindergartenplätze zu verringern, weiß man, wenn behauptet wird, daß das „Angebot von Plätzen für 70% aller Kinder gar nicht ausgenutzt wird" und der konkrete Bedarf viel niedriger liegen würde, da viele Eltern ihre Kinder nicht in den Kindergarten schickten, da sie meinten, die Erziehung im Elternhaus reichte oder die Beiträge seien zu hoch. Reichen tut's einem schon, weiß man doch, daß 88% aller Kindergärten unter kirchlicher Fuchtel stehen. Die Schwierigkeiten, ein Kind um sechs Uhr im Kindergarten unterzubringen, weil man zur Frühschicht muß, sind den Bourgeois notwendigerweise fremd.

Auf der Suche nach der Möglichkeit hatten wir nur einmal Erfolg. Der sieht so aus: Morgens um sechs das Kind in die Kinderkrippe mit anschließender Vollverpflegung im Kindergarten, dafür werden aus christlicher Nächstenliebe 300 DM im Monat verlangt, allerdings nur in Ausnahmefällen. Ein Platz für einen halben Tag bis zwölf Uhr kostet 55 DM. Kann man erst um 13 Uhr das Kind abholen, sogleich 65 DM. Als Trost wird dann zum Erntedankfest die „Speisung der Zehntausend" gelesen. In den städtischen Kindergärten zahlt man 81 DM (1977: 72 DM) und eine Mark Essensgeld pro Tag, das macht ca. 102 DM im Monat. Dazu kommt das Fahrgeld und die Zeit, denn die freien Plätze sind in den Randgebieten der Stadt.

Das Lamentieren über die noch freien und unbenützten Plätze und die Absichten, die Erziehung mehr und mehr unter die staatliche Kontrolle zu zwingen, hat die „Stadtväter" in „Geberlaune" versetzt. Die Stadt Osnabrück hat 15 000 DM bewilligt als Zuschuß für hilfsbedürftige Familien. Zukünftig sollen 30 DM statt 15 DM pro Kind für einen Kindergartenplatz als Beihilfe gewährt werden. Für Sozialhilfeempfänger gilt dies nicht, da haben sie sowieso die Hand drüber. Gezahlt wird für Familien, wo auf Anraten des Jugend- bzw. Sozialamts eine Erziehung im Kindergarten als notwendig befunden wird. Die Zusammenarbeit mit Jugendamt und Kindergarten wird zur ausgefeilten Kontrolle. Dies betreibt die Bourgeoisie.

Die Arbeiterklasse erhebt die Forderung nach Betriebskindergärten unter Kontrolle des Betriebsrates. Der Kampf dafür muß in den Gewerkschaften geführt werden.

USA-EG-Kontroverse verhindert immer noch ein neues Weizenabkommen

Sechs Wochen lang hat ein heftiger Krach zwischen den US- und den EG-Imperialisten den Abschluß eines neuen Weizenabkommens verhindert. Die Verhandlungen, an denen rund 50 Länder, die größten Weizenex- und -importeure, teilnahmen, wurden Donnerstag vergangener Woche ergebnislos abgebrochen.

Das alte Abkommen (1971 bis Juni 1978) ermöglichte es den US-Imperialisten, die „Weizenwaffe" rücksichtslos einzusetzen. Als 1971 der Dollar fiel, verdreifachten sie, trotz großer Armut und Getreidemangels im Inneren, ihre Weizenexporte und wurden zum größten Weizenexporteur. Bis 1975 hatten die fünf großen, den Welt-Getreidehandel kontrollierenden US-Getreidemonopole die Weltmarktpreise um fast das Dreifache hochgetrieben. Mehrere weltweit schlechte Erntejahre und die daraus resultierende angespannte Ernährungslage in der Dritten Welt haben die US-Imperialisten nicht nur zur brutalen Ausplünderung, sondern zu ebenso brutalen Erpressungen ausgenutzt, wie die westdeutsche „Welt" neidvoll andeutet: „Gutgefüllte Getreidesilos und eine große Anzahl Kornfrachter... waren... geeignete Mittel, um die Macht der erdölexportierenden Länder nach dem Jom-Kippur-Krieg (gemeint ist der Oktoberkrieg 1973) im Zaum zu halten." (9.3.)

Während der guten Erntejahre 1976 und erst recht 1977 errangen die Länder der Dritten Welt große Erfolge in ihren Bemühungen, in der Getreideversorgung unabhängig zu werden. Die Preise für Weizen fielen um über die Hälfte, die US-Imperialisten erlitten große Spekulationsverluste und Exporteinbußen; das alles treibt sie, die Kontrolle des Weltweizenhandels erneut zu regeln. Während sie durch Maßnahmen im Inneren die Produktion verknappen – u.a. durch Produktionsstillegungsprämien für Weizenfarmer –, um die Preise zu treiben, treten sie auf der Genfer Konferenz auf für „koordinierte Lager" und Indikatorenpreise, die ihnen optimal Spekulationen erlauben. Ihre Forderungen sind eine perverse Verdrehung der Forderungen der Länder der Dritten Welt nach einem von den Imperialisten zu bezahlenden Integrierten Rohstoffonds: Zahlen sollen die Weizenlager, die sich zum überwiegenden Teil in den USA befinden, v.a. die Importländer, d.h. die Länder der Dritten Welt (mit den Sozialimperialisten treffen die USA eigene Abkommen), „koordinieren" wollen sie selbst. Mit gieriger Erwartung verfolgen sie die „Anzeichen großer Trockenheiten" in der Sahel-Zone und in Südostasien, suchen sie nach Vorzeichen für erneut schlechte Erntejahre, rechnen sie für 1985 einen Getreideeinfuhrbedarf der Länder der Dritten Welt von 100 Mio. t, für 1990 von 120-140 Mio. t (gegenüber 1975: 37 Mio. t) aus, kurz und gut, träumen sie davon, mit Hilfe riesiger Getreidelager die „Weizenwaffe" schwungvoll einsetzen und die Preise in schwindelnde Höhen treiben zu können.

Zwangsläufig geraten sie dabei mit ihren Konkurrenten aus der EG zusammen. Die EG-Imperialisten exportieren selbst mehr Weizen als sie importieren, wenn sich auch ihr Weizenhandel vergleichsweise noch in bescheidenem Umfang hält. So sind, was seine Ausweitung angeht, sehr ehrgeizig, haben aber das Hindernis zu überwinden, daß der Weizen aus EG-Ländern – Hauptexporteur sind Frankreich und die Niederlande – auf dem Weltmarkt nur schwer konkurrenzfähig ist. Während die US-Imperialisten dank großer Landgebiete eine extensive Landwirtschaft betreiben und in nahezu konkurrenzloser Weise Raubbau an Mensch und Boden treiben, sind die EG-Imperialisten zu äußerst intensiver Bebauung gezwungen. Dementsprechend sind die Pro-Hektar-Erträge in der EG mit 49,4 dt in den Niederlanden, 38,9 dt in Frankreich, 44,7 dt in der BRD teilweise mehr als doppelt so hoch wie in den USA mit 20,6 dt (1975), aber ihre Produktionskosten und schließlich Weizenpreise sind ebenfalls höher. Sie schützen ihre eigenen Märkte durch die Festlegung von Schwellpreisen ungefähr auf der Höhe der EG-Richtpreise. Im Wirtschaftsjahr 1976/77 betrug beispielsweise der EG-Einfuhrpreis für 100 kg Weizen 118,74 UCA (landwirtschaftliche Rechnungseinheit), der Angebotspreis von Drittländern dagegen 61,83 UCA – die Differenz haben die EG-Imperialisten „abgeschöpft". Umgekehrt erleichtern sie EG-Weizenexporteuren durch „Ausfuhrhilfen" den Zugang zu fremden Märkten.

Um aber sowohl den Schutz ihrer Weizenmärkte wirksam zu halten, als auch zu große Preisunterbietungen, die ihre geplante Expansion von vorneherein zum Scheitern verurteilen würden, zu verhindern, sind die EG-Imperialisten gegen die erbitterte Gegnerschaft der USA dafür, daß ein neues Weizenabkommen Maximum- und Minimumpreise festlegt. Weiterhin treten sie dafür ein, daß das Abkommen nicht nur den Weizen-, sondern den gesamten Getreidehandel regelt; sie sind in großem Maße von der Einfuhr von Mais und anderem Futtergetreide abhängig und an einer Stabilisierung der Preise auf niedrigem Niveau interessiert. Die US-Imperialisten, die den Futtergetreidehandel noch uneingeschränkter als den Weizenhandel beherrschen, sind gegen jede sie einschränkende Festlegung.

Schon vor Wochen haben die EG-Imperialisten mit dem Boykott des Weizenabkommens und „Auswirkungen auf die GATT-Verhandlungen" gedroht, falls sie nicht durchkommen. An ihrem Begehren, selbst zum Nutznießer der „Weizenwaffe" zu werden, und an der Absicht der US-Imperialisten, keinen Zentimeter Bodens an die Konkurrenz abzutreten, ist die erste Verhandlungsrunde über das neue Weizenabkommen gescheitert. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 13 / 78: 32 000

Für die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA

Zurückweisung des Angriffs des Regierungspräsidiums Tübingen auf das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Zimbabwe / Genosse Dr. E.J. Zvobgo, ZANU, Zentralkomitee

Zimbabwe African National Union
Caixa Postal 743
Maputo, Mozambique

Die Verfügung des Regierungspräsidiums Tübingen vom 7. März 1978, die Gelder, die der KBW für die Ausrüstung einer vollmotorisierten ZANLA-Kompanie der ZANU zum bewaffneten Kampf gegen das illegale Smith-Regime in Rhodesien in der westdeutschen Arbeiterklasse gesammelt und auf ein Bankkonto eingezahlt hatte, zu beschlagnahmen stellt einen großartigen „Sieg“ der westdeutschen Imperialisten über das Völkerrecht und die Vereinten Nationen dar. In der Vergangenheit waren die westdeutschen Imperialisten zusammen mit anderen imperialistischen Mächten durch die kämpfenden Völker der Welt gezwungen worden, das angestammte Recht der Völker auf Selbstbestimmung und auf bewaffneten Kampf zur Erlangung ihrer Freiheit anzuerkennen. Die Entscheidung des Regierungspräsidiums muß als Versuch angesehen werden, jetzt davon wieder abzurücken. Sie ist ein vergeblicher Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Die Entscheidung des Regierungspräsidiums macht das schizophrene Verhalten und die Widersprüche, die dem westdeutschen kapitalistischen System innewohnen, deutlich sichtbar. Sie zeigt auch, daß die westdeutsche Rechtsordnung und das Völkerrecht für die Kapitalisten nur Werkzeuge sind, die sie je nach Bedarf hochhalten oder in den Schmutz treten.

Wäre die Entscheidung des Regierungspräsidiums Tübingen als reine Rechtssache von einem rein juristisch urteilenden Beamten zu treffen gewesen, wären die Gelder der ZANU nie beschlagnahmt worden. Denn während § 9 Abs. 2 des Sammlungsgesetzes von Baden-Württemberg von 1969 in der Fassung vom 3. März 1976 die zuständige Behörde ermächtigt, eine Geldsammlung oder ihre Fortsetzung zu verbieten, wenn Recht und Ordnung durch die Verwendung des Sammlungsertrages gefährdet werden, ist doch klar, daß dieses Gesetz, wie auch dem Regierungspräsidium Tübingen und jedermann sonst bekannt ist, nicht gelten konnte und kann für diesen Fall, wo eine afrikanische Befreiungsbewegung (die ZANU) durch ihren militärischen Arm (die ZANLA) den Ertrag einer Sammlung zum Zweck der Führung eines nationalen Befreiungskrieges gegen das illegale Regime Ian Smiths in Rhodesien erhält.

Alle Beteiligten muß interessieren, daß diese Entscheidung einer Verwaltungsbehörde sich als völkerrechtswidrig herausstellt und politisch so empörend wie moralisch verwerflich ist. Es war eine politische Entscheidung, die die Entschlossenheit der westdeutschen Imperialisten widerspiegelt, sich der Befreiung kolonisierter Länder und unterdrückter Völker auf der ganzen Welt entgegenzustellen. Die Entscheidung beugt das angestammte Recht der unterdrückten Völker, gegen ihre sozialen und kapitalistischen Unterdrücker die Waffen zu erheben. Sie zeigt die Bereitschaft des westdeutschen Imperialismus, selbst seine eigenen Gesetze und seine Verfassung zu verletzen, um die wirtschaftlichen Interessen seiner kleinen Clique von Bankiers, Maklern, Industriellen und anderen Blutsaugern zu verteidigen und zu schützen. Was Rhodesien anbetrifft, zeigt die Entscheidung, daß die westdeutschen Imperialisten bereit sind, aggressiv die Gesetze eines Verbündeten, des Vereinigten Königreichs, zu verletzen sowie sich über den Willen und das Verlangen der OAU und der Vereinten Nationen hinwegzusetzen, um das Fortbestehen rassistischer Privilegien und kapitalistischer Ausbeutung zu sichern. Diese Krise unter den westdeutschen Imperialisten ist ein Resultat der Siege der afrikanischen Befreiungsbewegung in enger Solidarität mit den Arbeitern aller Länder auf der ganzen Welt. Die westdeutsche Arbeiterklasse steht in diesem Kampf in vorderster Front.

Analysieren wir die Schizophrenie und die Widersprüche in der Entscheidung zur Beschlagnahme der ZANU-Gelder. Die Entscheidung des Regierungspräsidiums wird auf die Behauptung gestützt, Rhodesien sei ein „*Staat*“. Sogar Kindergartenkinder wissen, daß Rhodesien kein Staat ist, wenigstens die mit fortschrittlichen Eltern wissen es. Sicher wissen viele Oberschüler, daß, als Smith einseitig und illegal 1965 die Unabhängigkeit erklärte, die Königin von England sein Regime entlassen hat. Schlimmer noch, die westdeutsche Regierung wurde von uns gezwungen, ebenso wie alle anderen souveränen Staaten der Welt die Anerkennung des „Staats“ Rhodesien abzulehnen und auf Anordnung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen Wirtschaftssanktionen gegen das Rebellenregime zu verhängen. Dem Regierungspräsidium Tübingen ist das alles bekannt. Das ist der Grund, warum es diese ganze Frage umgangen hat. Unkenntnis der Rechtslage kann nicht der Grund gewesen sein. Das war absichtliche Regierungspolitik, keine Juristerei. Denn wenn die Frage, ob ein fremdes Land ein Staat ist oder nicht, auftaucht, wird jede untergeordnete Verwaltungsbehörde beim Außenminister in Bonn eine verbindliche Stellungnahme zu dieser Frage anfordern. Dies war eine politische Entscheidung gegen ZANU und ZANLA.



Robert Mugabe und Joshua Nkomo sprechen für die Patriotische Front vor dem UN-Sicherheitsrat

Dem Regierungspräsidium in Tübingen dürfte auch bekannt sein, daß das höchste Berufungsgericht des britischen Weltreichs (der Justizausschuß des Privy Council) 1968 im Fall „Madzimbamuto gegen Lardner Burke“ entschieden hat, daß Rhodesien kein Staat und das Ian Smith-Regime keine Regierung sei. Diese Entscheidung gilt noch immer.

Will man uns glauben machen, die westdeutsche Regierung wüßte nicht, daß ZANU und ZAPU, gemeinsam Partner in der Patriotischen Front, durch die Organisation für afrikanische Einheit zur einzigen und legitimen Vertretung des Volks von Zimbabwe erklärt worden sind? Haben nicht die Vereinigten Staaten und Großbritannien zusammen mit allen Mitgliedern der Vereinten Nationen die Patriotische Front von ZANU und ZAPU anerkannt und alle Staaten aufgerufen, sie humanitär, materiell und moralisch in ihrem bewaffneten Kampf gegen das illegale kapitalistische Regime von Ian Smith zu unterstützen? Nein, die Bonner Regierung weiß all das genau und mehr.

Die westdeutsche Regierung steht mit ihrer Entscheidung, die ZANLA-Gelder zu beschlagnahmen, einsam da. Das Sammeln von Geld durch den KBW unter den deutschen Arbeitern für ZANU und ZANLA ist nicht, wie das Regierungspräsidium Tübingen behauptet, „friedensstörend“. Es dient der Wiederherstellung des Friedens dadurch, daß ZANU und ZANLA der Versklavung der Massen von Zimbabwe durch die weiße rassistische Minderheit, die im Solde der westlichen kapitalistischen Monopole steht, ein Ende setzen wollen. Resolutionen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung der UNO, wobei die Bundesrepublik vielen davon zugestimmt hat, zeigen, daß ZANU und ZANLA nicht, wie das Regierungspräsidium sagt, einen „Angriffskrieg“ führen. Im Gegenteil, sie üben mit Unterstützung des KBW und anderer fortschrittlicher Bewegungen, die sich die Sache der Arbeiterklasse zueigen gemacht haben, das Selbstbestimmungsrecht durch den bewaffneten Kampf aus. Es ist ein gerechter Krieg, ein Selbstverteidigungskrieg gegen kapitalistische, imperialistische Aggression in Übereinstimmung mit der Resolution 15 (XIV) der UNO-Generalversammlung von 1960.

Die Beschlagnahme von ZANLA-Geldern ist ein grober Raub von Eigentum der kämpfenden Massen von Zimbabwe, die unter der Führung der ZANU und ZANLA den bewaffneten Kampf führen und eine Herausforderung an die westdeutsche Arbeiterklasse, die das Geld gespendet hat. Das ist ein Versuch der westdeutschen Imperialisten, die „interne Lösung“ Ian Smiths und seiner drei afrikanischen Marionetten Muzorewa, Sithole und Chirau – die vom Volk von Zimbabwe zu Verrätern gestempelt worden sind – anzuerkennen, die von ganz Afrika gebrandmarkt und zurückgewiesen wird und vor gerade zwei Wochen in New York auch vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zurückgewiesen worden ist. Durch die Unterstützung der illegalen „internen Lösung“ hoffen die westdeutschen Kapitalisten in der Ausraubung und Plünderung der Ressourcen Zimbabwes gegenüber anderen westlichen Kapitalisten einen Vorsprung zu erlangen. Um das zu erreichen, scheuen sie sich auch nicht, gegen die Beschlüsse der Vereinten Nationen zu verstoßen.

Glücklicherweise halten ZANU und ZANLA, die den bewaffneten Kampf in Zimbabwe führen, entschlossen an ihrem Ziel fest, den Sieg über Smith und seine Marionetten zu erlangen. Glücklicherweise erkennen auch die westdeutschen Arbeiter, daß die ZANU ihre Unterstützung braucht, denn der Krieg der ZANU ist auch ihr Krieg.

Die Kampagne, eine vollmotorisierte Kompanie der ZANLA bis an die Zähne auszurüsten, sollte mit um so stärkerem Kampf fortgesetzt werden. Das ist die einzige Antwort an die westdeutschen Imperialisten und die rhodesischen Agenten der Imperialisten. Die ZANU sieht mit Freude den fünf Kundgebungen und Demonstrationen, die für Ende April bis zum 1. Mai geplant sind, entgegen. Diese Kundgebungen und Demonstrationen, an denen drei Mitglieder des Zentralkomitees der ZANU teilnehmen werden, werden die Bande der Einheit zwischen den kämpfenden Massen Zimbabwes und der westdeutschen Arbeiterklasse weiter stärken. Der Sieg über Kapitalismus und Imperialismus ist gewiß.

Pamberi nechimurenga.

Genosse Dr. E.J.M. Zvobgo
ZANU Zentralkomitee 25.3.1978

Der Kampf der palästinensischen Volksmassen führt dem israelischen Aggressor sein Ende vor Augen

Der barbarische Angriff der israelischen Aggressionstruppen hat das Ziel, die palästinensische Bevölkerung des Südlibanon auszuradieren und die heldenhaften palästinensischen Revolutionäre zu liquidieren, nicht erreicht. Die palästinensischen Streitkräfte in Verbindung mit den nationalen libanesischen Streitkräften treten den Angriffen an allen Fronten entgegen. Über Zeitung und Fernsehen läßt die westdeutsche Bourgeoisie in den ersten Tagen der israelischen Aggression gegen das palästinensische Volk täglich „Erfolgsmeldungen“ und „Angriffswellen“ der israelischen Söldner vorführen. Bereits am ersten Tag sollen die israelischen Söldner ihr Ziel erreicht haben, so wenigstens wollte es die westdeutsche Bourgeoisie gern sehen. Das „Siegesgeheul“ bleibt jedoch von kurzer Dauer. „Israel kommt mit seinem Vorstoß nicht weiter“, muß die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 21.3.78 in die Hauptüberschrift setzen.

An allen Fronten wird der Guerillakrieg von der PLO ausgeweitet. Die Informationsstelle Palästina in Bonn erklärt zu den Kämpfen am 18.3., wo nach der bürgerlichen Propaganda für die israelischen Truppen längst alles „gelaufen“ war:

„Der Kampf im Südlibanon geht in den vierten Tag. Die Kämpfer der vereinigten Streitkräfte verteidigen weiterhin, auch jetzt um 9.30 Uhr, die Höhen von Tebnin und wehren den wiederholten israelischen Angriff auf drei Abschnitten seit mehr als 24 Stunden ab. In anderen Frontgebieten werden die schweren Kämpfe mit den israelischen Truppen, die gestern neue Verstärkung erhielten und ihre Kräfte auf 35000 Mann – ein Drittel der regulären israelischen Armee – erhöhten, fortgesetzt.

Trotz der totalen Kontrolle der Luft und der unverminderten Luftangriffe sowie die ungeheure Landübermacht, konnten sich die israelischen Truppen nicht mehr als 2 Kilometer täglich im Durchschnitt vorwärts bewegen aufgrund des heftigen Widerstandes, auf den sie stoßen. In der Nacht unternahmen die vereinten Kräfte wiederholte Guerilla-Angriffe, um den Feind zu demoralisieren, ihn zu zwingen, seine Einheiten umzugruppieren. Sie brachten ihm hohe Verluste bei; auch in den Gebieten, die mehr als 72 Stunden besetzt sind.

Der Feind wurde ständig angegriffen, gleichzeitig waren seine nahen Gebiete und angrenzenden Siedlungen Ziel von unregelmäßigem, aber beharrlichem Beschuß der vereinten Kräfte. Trotz der optimistischen Erklärungen des israelischen Generalkommandos der militärischen Operationen, Erklärungen, die zunehmend leer klingen, ist der Krieg im Südlibanon weit entfernt vom Ende, und die ‚Sicherheit für Israel ist weit und illusionär wie eh und je'."

Wiederholt erfahren die imperialistischen Aggressoren: eine noch so überwältigende Vernichtungsmaschinerie kann den Guerillakrieg nicht verhindern.

Der israelische Aggressor hat erklärt, er werde seine Truppen aus dem besetzten südlibanesischen Gebiet erst dann abziehen, wenn er Garantien dafür erhält, daß die Palästinenser nicht mehr in diese Zone zurückkehren dürfen. Die Garantie will er von den arabischen Staaten einverlangen, die ihre Zustimmung bei der Zerschlagung der palästinensischen Revolution und der PLO geben sollen. Begin weiß, daß er keinen zum Verhandeln finden wird. Es wird nicht lange dauern, bis er davon reden wird, Israel sei gezwungen, seine Sicherheit an der Nordgrenze zu verteidigen, von daher sei er gezwungen zu bleiben. Der Aufbau von Siedlungen wird dann der nächste Schritt sein, um diese Sicherheit zu garantieren. Bereits zwei Tage nach dem Einmarsch im Südlibanon begannen die israelischen Söldner diesen Plan in die Tat umzusetzen. Im besetzten Gebiet wurde mit dem Straßenbau begonnen. Alle wichtigen Orte sollen untereinander und mit der israelischen Grenze durch Straßen verbunden werden, die auch für schwerste Fahrzeuge geeignet sind. Absicht der Zionisten ist es, eine Kette von Siedlungen entlang der Grenze zum Libanon, im Norden bis zu den Golanhöhen und dem Jordanfluß zu errichten, die bis zur Südspitze der Sinai-Halbinsel reichen sollen. Der Einmarsch im Südlibanon ist ein weiteres Glied in einer Kette von Aggressionskriegen in Nahost, um Stück für Stück die Grenzen neu zu markieren, zur Errichtung eines Groß-Israels. Möglich ist die zionistische Expansion und Aggression gegen die arabischen Völker nur mit Unterstützung des US-Imperialismus. Mit Krediten und Waffen haben sie die Existenz von Israel ermöglicht, das sie als ihren Kettenhund im Nahen Osten benutzen. Sie haben sich diesen Brückenkopf geschaffen, um den direkten Zugriff auf die Reichtümer im Nahen Osten zu sichern und in Rivalität mit der anderen Supermacht, der sozialimperialistischen Sowjetunion, im Kampf um die Beherrschung der Welt. Israel ist Sprungbrett sowohl ins Mittelmeer als auch nach Afrika für ihre imperialistischen Pläne zu gebrauchen.

Der imperialistische Aggressor ist von der revolutionären Kühnheit der palästinensischen Volksmassen unter Führung der PLO überrascht worden. Die einheitlichen Aktionen der vereinten Streitkräfte, die den Feind an der Front in langwierige und verbissene Nachhutgefechte zu verwickeln und zur gleichen Zeit hinter den Linien des Feindes mit Guerillaangriffen und durch ständigen Artillerie- und Raketenbeschuß gegen seine hinteren Linien zu operieren, haben den geplanten „Blitzkrieg“ des israelischen Aggressors zunichtegemacht.

Begin ist von Carter nach Amerika zitiert worden, wo Carter ihm zu verstehen gab, daß er versagt hat. Gleichzeitig versuchen die US-Imperialisten Rettungsversuche einzuleiten. In Israel hat sich in Abwesenheit Begins sein Kriegsminister Weizmann für die Bildung einer „Nationalen Friedensregierung“ stark gemacht, worin die Sozialdemokratische Arbeiterpartei einbezogen werden soll. Offensichtlich soll nach dem Willen Carters der Kopf von Begin rollen. Die militärische Aggression gegen das palästinensische Volk sollte die innere Zersetzung und Schwäche des Siedlerregimes durch den „Antritt der Flucht nach vorn“ überwinden und die Autorität des Siedlerregimes wiederherstellen. Das ist nicht gelungen. Jetzt soll durch die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung die Unterdrückung der Aufstände, Streiks und Demonstrationen in den besetzten Gebieten im Westjordanland und in Israel selbst nachhaltig gelingen.

Mit der Demagogie der Sozialdemokratie sollen neue „Friedensverhandlungen“ mit Ägyptens Präsident Sadat angekurbelt werden, und mittels dieser die Spaltung des arabischen Lagers durch endgültiges Rausbrechen Ägyptens aus der arabischen Front bewerkstelligt werden. Gleichzeitig wollen die US-Imperialisten sich durch Entsendung der UNO-Truppe einen dauerhaften Arm zur jederzeitigen Intervention schaffen. Sogleich sind die westdeutschen Imperialisten zur Stelle, die mit Transportflugzeugen der Bundeswehr Ende nächster Woche Fahrzeuge und Ausrüstungen norwegischer Soldaten in den Libanon fliegen werden. Der französische Imperialismus, die ehemalige Kolonialmacht Libanons und Syriens, ist bereits mit den ersten 300 Fallschirmjägern angerückt. Die Imperialisten sind in tiefer Sorge, wobei gleichzeitig jeder einzelne von ihnen „Morgenluft“ wittert. Die Stimmenthaltung der Sozialimperialisten bei der UNO-Abstimmung heißt natürlich nicht, daß sie gegen die Entsendung von UNO-Truppen in den Libanon sind. Zumindest erhoffen sie sich durch die Beteiligung eines Mitgliedlandes des Warschauer Paktes mit von der Partie zu sein. Sie lauern auf Intervention seit Jahren und propagieren an jeder möglichen Stelle die Einberufung einer Genfer Nahostkonferenz unter ihrem Vorsitz und dem der USA, wo sie sich zur Garantiemacht für den Frieden im Nahen Osten ernennen lassen wollen, was ihnen jederzeitiges Interventionsrecht sichert.

„Selbstverständlich zwingt die UdSSR niemandem ihre Vorstellungen von den möglichen Grundlagen einer Nahostregelung auf ... Doch ist es der Sowjetunion bei weitem nicht gleichgültig, wie und auf welchem Fundament die friedliche Regelung in einem Raum erfolgen wird, der in unmittelbarer Nähe ihrer Grenze liegt ... Allein eine umfassende, gerechte Nahostregelung durch die Wiedereinberufung der Genfer Konferenz kann den Frieden sichern.“ (Neue Zeit 4/77 und 3/78)

Der Frieden im Nahen Osten kann nicht von den beiden Supermächten kommen und auch von keiner anderen imperialistischen Macht. Der einzig wirkliche Garant für die Erringung des Friedens im Nahen Osten ist der bewaffnete Befreiungskampf des palästinensischen Volkes und der Zusammenschluß der arabischen Nation zur Zerschlagung des israelischen Kolonialstaats. Der gerechte Kampf des palästinensischen Volkes für seine legitimen Rechte ist die Sache aller freiheitsliebenden Völker der Welt, der ihre Unterstützung braucht. – (Z-Red.)

Die technische Revolution im Bereich des Nachrichten- und Kommunikationswesens

Die westdeutsche Bourgeoisie ist im Begriff, technische Umwälzungen der Produktionsanlagen in wichtigen Industrien einzuleiten und durchzuführen. Im Maschinenbau soll umgerüstet werden auf NC-gesteuerte Werkzeugmaschinen. Das Transportwesen soll revolutioniert werden durch neuartige schienengebundene Hochleistungsschnellbahnen (Magnetschwebebahn), die Geschwindigkeiten bis zu 500 Stundenkilometern zulassen. Einschneidende technische Umwälzungen werden auch im Kommunikations- und Nachrichtenwesen vorgenommen. Dies alles geschieht in Erwartung von Höchstprofit. Die internationale Konkurrenz soll geschlagen werden. Im Bereich Nachrichten- und Kommunikationswesen hat sich in bezug auf die Nachrichtenübertragungssysteme die westdeutsche Bourgeoisie über ein bestimmtes System noch nicht einigen können. Nicht entschieden ist die Frage, ob das vorhandene Fernsprechnetz zur Datenübertragung ausreicht. Nicht entschieden ist, in welchem Umfang zum Telefonnetz parallel neue Netze zur Übertragung von Daten aufgebaut werden. Nicht entschieden ist, ob für die „Bildschirmzeitung“ generell Breitbandsysteme das einzig Wahre sind oder nicht. Nicht entschieden ist, ob optische Übertragungssysteme, also sogenannte „Glasfaserkanäle“, vor allem eingesetzt werden sollen. Die Post führt gegenwärtig mit Glasfaserkanälen umfangreiche Versuche durch. Heftige Kämpfe finden mit den anderen imperialistischen Staaten statt, welches Übertragungssystem nun das beste sei und infolgedessen als internationale Norm eingeführt werden soll.

Relativ fortgeschritten ist die technische Umwälzung in den vielfältigen Formen der Textver- und -bearbeitung sowie der Datenspeicheranlagen. Für den Kapitalisten ist die Kommunikation, das heißt die ständige Information über seinen Betrieb, über wirtschaftliche und politische Ereignisse in seiner Branche, in anderen Branchen, auf dem Inlandsmarkt sowie auf dem Auslandsmarkt augenscheinlich wichtig. Je schneller und umfassender er die notwendigen Informationen zur Hand hat, desto schneller und schlagkräftiger kann er sein Kapital einsetzen.

Eifrig propagiert die Bourgeoispresse die Neuerungen im Kommunikationswesen als glänzende Neuerungen für den sogenannten „Verbraucher“. Im letzten Jahr auf der Funkausstellung in Westberlin wurde die „Bildschirmzeitung“ als Instrument vorgestellt, womit die Volksmassen sich jederzeit über das Theaterprogramm, über Sportergebnisse, über die Wetterlage und Ähnliches mehr informieren können. Das ist natürlich Augenwischerei. Tatsächlich sind die Auswirkungen der neuen Maschinerie verschärfte Ausbeutung, Rationalisierung, Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit, so daß ähnlich wie die Arbeiter der Druckindustrie große Abteilungen der Arbeiterklasse gezwungen sein werden, Kämpfe gegen die Auswirkungen der technischen Umwälzung zu führen. Alle Arbeiten im Bereich Nachrichten und Kommunikation werden sich grundlegend verändern.

Auffälligste Erscheinung ist die Ablösung der herkömmlichen Verwaltungsarbeit, der Buchhaltung, der Aktenführung, des Korrespondenzwesens mittels Briefen durch Arbeit an sogenannten Terminals im Verbund mit Datenspeicheranlagen. Mit dem Terminal ist es möglich, Daten oder Texte über eine Tastatur erstens z.B. auf eine Magnetbandkassette zu speichern und gleichzeitig die Daten oder den Text auf einem Bildschirm sichtbar zu machen. Der als Schrift auf dem Bildschirm sichtbare Text ist gleichzeitig in Form von elektrischen Signalen auf der Kassette vorhanden und kann deshalb per Knopfdruck auf eine Datenspeicheranlage (Computer) übertragen werden, wie es auch möglich ist, in Form von elektrischen Signalen auf den Computer gespeicherte Texte per Knopfdruck abzuberufen und auf dem zum Terminal gehörigen Bildschirm als lesbare Schrift sichtbar zu machen. Da elektrische Signale prinzipiell über jede beliebige Entfernung mittels eines Trägersystems, wie z.B. das Fernsprechnetz eines ist, transportiert werden können, ist es möglich, mit dem Terminal mit Computern zu korrespondieren, die sich in anderen Städten und anderen Ländern befinden. Es ist natürlich auch möglich, mit anderen Terminals zu korrespondieren. Das bedeutet für den Kapitalisten beträchtliche Vorteile.

Um seine Ware zu verkaufen, muß er mit dem Käufer einen Kaufvertrag abschließen. Hat sein Geschäftspartner wie er auch Terminals zur Verfügung, so kann er den Entwurf des Vertrages auf dem Bildschirm seines Terminals erscheinen lassen, kann diesen Entwurf überspielen und auf dem Terminalbildschirm seines Geschäftspartners sichtbar machen lassen. Der kann dann, falls er nicht einverstanden ist, was eigentlich die Regel ist, Änderungen direkt einfügen und kann den korrigierten Text zurücküberspielen. Das kann einigemale hin- und hergehen, bis sich geeinigt worden ist. Sodann kann jeder der beiden Geschäftspartner die endgültige Fassung auf seinen hauseigenen Computer abspeichern und jederzeit als Text auf Papier ausdrucken lassen. Blitzschnell lassen sich so Geschäfte abschließen, während der ganze Vorgang mit herkömmlicher Verwaltungsarbeit und Korrespondenz mit Briefen nur mit einer Vielzahl von Arbeitskräften bei erheblich größerem Zeitaufwand durchgeführt werden kann. Hierbei handelt es sich natürlich nur um den denkbar einfachsten Vorgang, einen schlichten Kauf bzw. Verkauf. Mittels Terminals, die über ein Übertragungsnetz korrespondieren können, sind natürlich eine Vielfalt von Operationen möglich, zum Beispiel, daß sich ständig die Entwicklung der Börsenkurse sichtbar machen läßt, daß sich Kaufabschlüsse auf fernen Märkten jederzeit direkt verfolgen lassen, daß der gesamte bargeldlose Geldverkehr zwischen den Banken so durchgeführt und verfolgt wird usw. Generell gilt, daß es mit den Terminals, verbunden mit dem entsprechenden Übertragungssystem möglich ist, sich sozusagen an den Ort des Geschehens zu versetzen, wo immer der sich auch befinde.

Große Auswirkungen hat die technische Umwälzung des Kommunikationswesens natürlich auf die Druck- und Zeitungsindustrie. Es sind bereits Geräte in Anwendung, womit ein Auslandskorrespondent einer Zeitung seinen Text tippen kann, ihn über Bildschirm kontrollieren, mit den notwendigen Satzbefehlen versehen, ihn abspeichern und an seine Redaktion über das normale Telefonnetz versenden kann, so daß der Text ohne weitere Aufbereitung dort sofort gesetzt werden kann. Es ist in Zukunft deshalb mit einer Dezentralisierung der Redaktionsarbeit zu rechnen, wo alle Arbeiten des Korrigierens, Redigierens usw. vor Ort erledigt werden.

Die Übertragung über das normale Telefonnetz ist natürlich nur möglich bei vorheriger Übertragung des in elektrischen Signalen vorhandenen Textes auf die „tonfrequenten“ Frequenzbereiche des Telefonnetzes. Das geschieht durch ein sogenanntes Modem (zusammengesetzt aus Modulation und Demodulation). Es gibt allerdings Geräte, wo ein solches Modem bereits eingebaut, ferner das Gerät mit einem Batterieantrieb ausgerüstet ist, so daß die Übertragung ohne viel Umstände von jeder beliebigen Telefonzelle aus machbar ist. Für die Bourgeoisie ist die Änderung der Zeitungsarbeit allerdings nur ein Nebenzweig. Ihr geht es vor allem um die Erfassung aller wirtschaftlichen und auch politischen Daten, die zur Tätigung ihrer Geschäfte notwendig sind. Die großen Monopole, die überall auf der Welt Zweigstellen unterhalten, sind bereits größtenteils so ausgerüstet, daß sie über Terminals und dezentrale Computeranlagen verfügen, mittels derer sie den Geschäftsverkehr innerhalb des Konzerns organisieren. Zunächst war die Entwicklung so, daß die großen Konzerne sich zentrale sogenannte Datenbänke aufzubauen im Begriff waren, wo alle für sie notwendigen Daten gespeichert sind. Der Kostenaufwand ist allerdings beträchtlich, der Nutzeffekt kleinerer, miteinander korrespondierender Datenbänke wesentlich größer, so daß inzwischen die großen Monopole den Staat eingesetzt haben, der solche zentralen Datenbänke nun errichtet, womit für die Bourgeoisie der jederzeitige Zugriff auf alle für sie notwendigen Daten gesichert sein soll. Zunächst plant die westdeutsche Bourgeoisie, noch einmal in bezug auf das Zeitungswesen, daß die Nachrichtenagentur dpa ausgerüstet wird mit einer Datenbank, wo dann die Zeitungen sich Artikel bestellen können, indem sie Thema und Länge angeben. Die Zeitungsredakteure werden dann den einen oder anderen Satz noch ändern können, der Kern des Artikels bleibt jedoch ein dpa-Produkt.

Ferner sind in Planung bzw. schon im Bau die Ausrüstung des Bundesamtes für Statistik mit einer Datenbank sowie die Ausrüstung staatlicher Wirtschaftsinstitute, der Staatsbibliotheken und ähnliches mehr mit Datenbänken.

Einige große Konzerne wie BASF, Höchst, Boehringer sind bereits mit den neuartigen Kommunikationsmitteln ausgerüstet oder gerade im Begriff, die Umrüstung vorzunehmen.

Die Finanzbourgeoisie hat erkennen lassen, daß sie den öffentlichen Dienst ebenfalls in der Weise umrüsten will. Der neue Forschungsminister Volker Hauff hat dazu in seiner Dissertation bereits Andeutungen gemacht.

Die genauen Auswirkungen auf die Arbeiter- und Volksmassen sind von ihrem Umfang her noch gar nicht abzuschätzen. Es wird zu enormen kapitalistischen Rationalisierungen kommen. Die Arbeit an den Bildschirmgeräten ist sehr anspannend. Rentieren und mehr als das wird sich die Umrüstung für die Bourgeoisie nur durch Einführung von Nacht- und Schichtarbeit im großen Umfang. Die klassische Buchhaltung, wo abends der Buchhalter Feierabend hat, soll einem System weichen, wo zu jeder Tages- und Nachtzeit der Zugriff auf Betriebsdaten mittels Terminal möglich ist. Es wird zu Teilzeitbeschäftigungen im öffentlichen Dienst kommen in ganz anderen Ausmaßen als heute der Fall. An den großen Rechenzentren ist bereits heute die Nachtarbeit gängige Praxis.

Die gängigen Kommunikationsmittel, die die Volksmassen benutzen können, wie z.B. Briefe, werden erstens ständig teurer und durch Rationalisierungen bei der Post auch ständig langsamer. Da gegenwärtig ein Großteil des Datenverkehrs der Computer noch über das normale Fernsprechnetz läuft, werden die für die Computer günstigsten Sendezeiten verbilligt, wobei von den bürgerlichen Politikern über den doch so günstigen „Mondscheintarif“ für den „Verbraucher“ dahergeredet wird, als wenn es normal wäre, daß ein Arbeiter um Mitternacht mit seinen Verwandten telefoniert.

Der Platzbedarf für die Verwaltung der kapitalistischen Produktion wird rasant abnehmen. In Frankfurt stehen schon heute zigtausend Quadratmeter Büroräume leer und sind nicht zu vermarkten. Die Kapitalisten benötigen sie nicht mehr, weil riesige Aktenablagen und ein Großteil der zur Verwaltung nötigen Hilfsmittel verschwinden werden zugunsten kleinerer Datenspeicheranlagen, die verhältnismäßig wenig Platz beanspruchen.

Durch die Zentralisierung aller wichtigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Daten und Fakten in den Datenbänken des bürgerlichen Staates wird man als einzelner Arbeiter keine Möglichkeit des Zugriffs zu diesen Daten haben. Die herkömmlichen Bibliotheken, früher Zentren verfügbaren Wissens, werden in ihrer Bedeutung erheblich herabgesetzt.

Das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist die Ursache für die Erscheinung, daß die Entwicklung der technischen Kombinationen der Arbeitsprozesse zu einer gewaltigen Unterdrückung und Behinderung der Entfaltung der Produktivkräfte, vor allem der wichtigsten Produktivkraft, der produzierenden Klasse, der Arbeiterklasse selber führt. Die neuartigen Kommunikationsmittel, an sich glänzend für eine auf Planung aufgebaute Volkswirtschaft einzusetzen, werden unter den Bedingungen des Chaos und der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise zu einem Instrument der vielfältigen Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse u.a. durch Einführung der Nacht- und Schichtarbeit in großem Maßstab, wie es auch zu einem Instrument der allseitigen Unterdrückung des Volkes durch Ausschluß von diesen Kommunikationsmitteln und damit Ausschluß von Informationen wird. Die Imperialisten konkurrieren darum, weltweit ihre Nachrichten- und Kommunikationsmittel zur Versklavung der unterdrückten Völker einzusetzen. Es ist deshalb sehr entscheidend für die Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt, inwieweit die Volksrepublik China und andere Länder der Dritten Welt mit dem Bau und dem Einsatz eigener Nachrichtensatelliten und eigener Nachrichtenindustrien vorankommen.

Es ist für die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern und ihre revolutionäre Führung absolut unumgänglich, daß sie sich in gewissem Umfang neuartiger Kommunikationsmittel als sachlicher Hilfsmittel des Klassenkampfes bedient. – (Z-Red.)

Siemens Daten- und Informationssysteme führend in Europa, ausgerichtet auf den US-Markt, beherrschend in der Dritten Welt

1955 stieg die Firma Siemens in das Geschäft der elektronischen Datenverarbeitung ein und unternimmt seit Anfang der 70er Jahre verstärkte Anstrengungen, die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Einer der schärfsten Konkurrenten auf diesem Markt IBM (USA) „sieht dem neuen Anlauf von Siemens am Computermarkt interessiert, wenn auch gelassen zu. Offenbar scheint der Branchenerste der Meinung zu sein, Siemens sei reichlich spät in dieses Metier, das sich erst Mitte der fünfziger Jahre als Wachstumssparte herauskristallisierte, hineingegangen und auf einen schon rasch fahrenden Zug gesprungen.“ (Handelsblatt, 24.11.77)

Nur mit Hilfe von scharfen Rationalisierungen im eigenen Konzern, permanenter Lohnsenkung und Intensivierung der Arbeit konnte der Einstieg gelingen. Siemens belegt heute den 5. Platz der größten Elektrokonzerne hinter IGM, General Electric, ITT und Philips mit einem Umsatz von 18,7 Milliarden DM. Kurzarbeit bei unverminderter Produktion war eine Methode dazu. 1976 wurden die Lohnstückkosten um 2,7% gesenkt.

In der Datentechnik baute Siemens seine Stellung auf dem Weltmarkt systematisch aus. 1976 wurde der Konzernbereich Daten- und Informationstechnik gesondert organisiert, „mit der festen Absicht, ein Kerngebiet des Unternehmens daraus zu machen“ (Geschäftsbericht 1976). Diese Hoffnung gründet sich darauf, daß große Rationalisierungen im Verwaltungs- und Kommunikationssystem nötig geworden sind und dazu Datentechnik entwickelt wird. Das Geschäft konnte Siemens sich nicht entgehen lassen, zumal Folgeaufträge zu erwarten sind: Ausbau, Kabelnetze usw. Da das Telefon- und Fernschreibnetz grundlegend für das Datennetz ist, waren die Startbedingungen für Siemens von Anfang an nicht schlecht. Auf dem Gebiet der Fernschreiber hatten sie bereits die Konkurrenten geschlagen: etwa ein Drittel aller öffentlichen Fernschreibnetze der Welt hat Siemens ausgerüstet. Die entsprechenden Konzernteile in Argentinien, Brasilien, Iran, Korea und Südafrika wurden seit 1970 schwungvoll ausgebaut, um über die dort niedrigen Löhne die Kosten zu senken, ebenso die Werke für Datentechnik in Belgien, Portugal und Mexiko. Die ersten Großaufträge für elektronische Daten- und Fernschreibvermittlungsstellen in den USA und Südafrika konnten verbucht werden.

1973/74 machten die Bereiche Datentechnik, Nachrichtentechnik und Bauelemente bereits 45% des Umsatzes aus (1968/69: 35%).

Nachdem Siemens auf dem europäischen Markt führend war, galt es, den US-Markt zu erobern. Die Siemens-Kapitalisten bescheinigen den US-Konzernen besondere „Innovationsfreudigkeit“, was schlicht darauf zurückzuführen ist, daß in den USA lange Zeit mit relativ veralteter Maschinerie ein hohes Quantum Arbeit aus der Arbeiterklasse herausgeschunden wurde. Das erfordert jetzt aber die Intensivierung der Arbeit durch neue Maschinerie, die in der Lage ist, mehr und schneller die Arbeitskraft einzusaugen, ist nötig, um die Weltmarktstellung zu halten. Siemens verspricht sich einen großen Anteil an den anstehenden Rationalisierungsinvestitionen. Um diesen Anteil zu erreichen, wurden „kapitalintensive Rationalisierungen vorgenommen, die eine starke Produktionszunahme ohne Belegschaftserweiterung“ ermöglichen. (Geschäftsbericht 73/74)


Weltweites Stützpunktnetz der Firma Siemens mit Vertretungen in 129 Ländern

Grundlage für den Sprung in die USA ist die führende Stellung in der BRD und Europa: 1974 wurden Datenverarbeitungsanlagen für die Sozialversicherungen in der BRD installiert, zwecks rationellerer Überwachung, mehrere Bestellungen von Ortskrankenkassen gingen ein. Der Österreichische Energieverbund ließ eine Datenbank von Siemens installieren, Polen bestellte ein Behörden-Datennetz. Großaufträge für Fernschreiber kamen aus Norwegen, Finnland, Irland, Telexnetze für Venezuela, Zaire, Malaysia, Brasilien, Sudan und Libyen. Weiter: Fernschreibvermittlungen für Algerien, Nigeria, Indonesien, elektronische Vermittlungsstellen für Italien, Finnland, Österreich und Venezuela.

Die südafrikanische und malayische Post bestellten Vermittlungseinrichtungen. Dann: Großaufträge für Nachrichtenkabel in Indonesien, Mittelamerika, Südafrika und Dänemark, Erweiterung des Telexnetzes in Algerien, Freiluftnetz für Nigeria.

Siemens erhielt den größten Anteil der staatlichen Förderung für Elektrotechnik mit 23,5 Millionen DM und war in der Lage, die Dickson Electronics Corporation (USA) aufzukaufen. 1976 installierte Siemens Fernsprechvermittlungen in Griechenland und Libyen.

Auf dieser Grundlage gelang Siemens 1977 der entscheidende Sprung auf den US-Markt: Siemens schloß mit Intel Corporation in den USA (Mikrocomputer und Computerprogramme) einen Kooperationsvertrag, kaufte 20% der Firma Advanced Micro Divices, gründete mit ihr eine gemeinsame Tochtergesellschaft und übernahm 80% der Firma Litronix. Schließlich gründete Siemens eine gemeinsame Firma mit Corning Glass Works, Hersteller von Glasfaserkabeln, die für die Bildübertragung gebraucht werden.

Wichtig waren diese Geschäfte vor allem für die Nutzung der Vertriebsnetze dieser Firmen, um auf dem US-Markt Fuß zu fassen. Über die Beteiligung am Rationalisierungsgeschäft in den USA hinaus verspricht Siemens sich von dort aus auch weitere Zugriffe auf den Weltmarkt zu günstigeren Konkurrenzbedingungen aufgrund des fallenden Dollarkurses.

Für die westdeutsche Finanzbourgeoisie ist der Siemens-Konzern ein entscheidender Vorreiter ihrer Expansionspläne. Die Installation von Nachrichten und Datennetzen durch einen westdeutschen Konzern erleichtert der Bourgeoisie den Zugriff auf fremde Märkte und ganze Länder. – (Z-Red.)

Jetzt können die Kapitalisten geschlagen werden!

– Aber Steinkühlers Irrtümer sind gefährlich

Am späten Samstagabend gingen Steinkühler und Dürr auseinander, ohne Einigung erzielt zu haben. Man vertagte sich auf Dienstag, 11.00 Uhr. Dürr, dem schwant, daß ihm seine Kapitalistenkumpanen jetzt keine Kränze winden werden, vermerkte, „der Karren steckt im Dreck“. Der „Dreck“, in dem Dürrs Karren steckt, ist der Kampf der Arbeiter, aber wahrscheinlich hat der Biedermann gar nicht gemerkt, was er da sagt. Franz Steinkühler erklärte im ZDF, warum es an ihm nicht gelegen habe:

„Die IG Metall hat sich mehr als einige Schritte nach vorne bewegt, um dann festzustellen, daß die Arbeitgeber auch heute noch erklärt haben, bei ihren Positionen bleibt es, und damit ist klar, daß das, was als Denkmodell dann, wenn die Arbeitgeber sich bewegen würden, machbar wäre, nicht machbar ist. Dann bleibt es bei unterschiedlichen Grundsätzen oder bei grundsätzlichen Unterschieden.“

Wäre der Mann jetzt in der CDU, dann hätte er von Wehner, der die bürgerliche Unart der Namenswortspiele liebt, seinen „Schleimfühler“ aber ganz eindeutig weg. Wir begnügen uns damit, daß er eben ein SPD-Mann ist, und halten ihm zugute, daß er in dem gleichen Interview auch noch gesagt hat:

„Ja, die Tarifkommission hat einen Teil der von uns gezeigten Kompromißbereitschaft als zu weitgehend gerügt. Zu weitgehend deshalb, weil wir eben berichten mußten, daß von den Arbeitgebern allzuviel Bewegung nicht gezeigt wurde.“

Dieser Teil des Interviews kam allerdings bloß in den ARD-Nachrichten, man mußte sich's zusammenstükkeln. Aus den Äußerungsfragmenten läßt sich schließen: Steinkühler hat, um sein Abgruppierungsschutzmodell unter Dach und Fach zu kriegen, mit einem für die Kapitalisten sehr günstigen Abschluß in den Prozenten gewunken. Wahrscheinlich wurde sogar die Forderung auf Räumung der Lohngruppen I und II aufgegeben. Gegenüber Journalisten – wir haben diese Äußerung nicht wörtlich – sagte Steinkühler so ungefähr:

Der große Brocken, an dem die Verhandlungen hängen würden, sei die Absicherung. Das Eigentum der Arbeiter, die Qualifikation, müsse geschützt werden. Die Arbeitgeber wollten die Verminderung der Qualifikation mit Geld heilen, was nicht gehe. Das sei auch volkswirtschaftlich nicht vertretbar, der internationalen Konkurrenz könne nur durch eine hervorragende Qualifikation entgegengetreten werden.

Wir haben schon mehrfach von der Steinkühler-Erfindung der Sicherung der Qualifikationsstruktur berichtet. So, wie die Forderung gestellt ist, nutzt sie den Arbeitern nichts, sondern wird langfristig eine ungeheure Spaltung verursachen. Warum greifen dann die Kapitalisten nicht zu? Warum lassen sie sich nicht darauf ein? Um das zu verstehen, muß man den Rummel miterlebt haben, der insbesondere in Nordwürttemberg-Nordbaden vor nicht ganz zehn Jahren mit der Einführung der „analytischen Arbeitsplatzbewertung“ veranstaltet wurde. Nach dem System der analytischen Arbeitsplatzbewertung wird festgestellt, wie vielseitig die Belastung der menschlichen Arbeitskraft an einem Arbeitsplatze ist, und dann wird eingeführt. Diejenigen, die Rosinen im Kopfe hatten vom Fortschritt im Kapitalismus, Franz Steinkühler, damals noch junger Mann in der IGM-Führungsspitze, stand mitten drin, erklärten, nach diesem System käme es bei steigender Qualifikation zu steigenden Löhnen, und das wäre doch hervorragend, denn die Qualifikation steige ja.

Da aber der Fortschritt der kapitalistischen Produktion stets wegen des Fortschrittes in der Ausbeutung der Arbeiter gemacht wird, und da die Ausbeutung der Arbeiter bei Vereinseitigung der Arbeit am besten perfektioniert werden kann, mußte das System der „analytischen ...“ *auf die Dauer unbedingt* zu einer Abgruppierungsbewegung führen. Diejenigen, denen bereits damals die Gesetze der politischen Ökonomie bekannt waren, warnten. Aber Steinkühler und Konsorten wußten es besser. Karl Marx sei alt und sie wären jung und lauter solcher Unsinn.

Jetzt, da der Kapitalismus sein Gesicht zeigt, kommt Steinkühler auf den Dreh, von den Kapitalisten die Aufrechterhaltung der Qualifikationsstruktur zu verlangen. Besonders absurd ist, daß er sich dabei auf den hohen Profit beruft, den sie international machen könnten, wenn sie ihm nur folgten. Wer die Verwandlung der industriellen Arbeit in eine Qual für den Arbeiter aufheben will, der muß schon auf den Kapitalismus losgehen und soll nicht versuchen, auf „humanere“ Weise Profitmacherei zu verweisen. Aber weil das erste nicht ins Parteiprogramm der SPD paßt, muß der Unsinn her. Jedes wirkliche Schutzmittel gegen die kapitalistische Rationalisierung – Lohnforderung und Forderung auf Arbeitszeitverkürzung – wird dann fallengelassen.

Mit der „Qualifikation“ des Arbeiters hat das ganze nichts zu tun. Denn selbstverständlich schätzen die Kapitalisten den „qualifizierten“, das heißt den vielseitigen Arbeiter. Diesen können sie im Laufe der Zeit besonders gut mit eben *verschiedenen*, jeweils *ziemlich* komplizierten, aber im einzelnen äußerst stumpfsinnigen Arbeiten voll „auslasten“. *Und* nach dem System der analytischen Arbeitsplatzbewertung können sie diesem Mann auch noch dauernd weniger zahlen, gerade, je öfter sie ihn von einer stumpfsinnigen Arbeit zur nächststumpfsinnigeren verschieben.

Versteht sich, daß die Arbeiter Sicherheit vor solchen Lumpereien verlangen, und zwar gebieterisch. Aber wenn man jetzt einfach fordern würde: Abschluß von 7%, Beseitigung der Lohngruppen I, II, III und Verbot, herunterzugruppieren, wäre das System der „analytischen ...“ für die meisten Arbeiter hin, denn die Punkte würden belanglos. Dies aber war vor zehn Jahren von Steinkühler gekreißt und muß deswegen bleiben. Die Gefahr, daß Steinkühler irgendein Monster in den laufenden Verhandlungen gebiert, dessen Hebamme ein 5%iger Abschluß vielleicht wäre, ist erheblich. An die Wand gedrückter Reformismus wird immer gefährlicher, und nur äußerster Druck, nur die Gefahr der Niederlage in der Urabstimmung kann das verhüten. – (Z-Red.)

Ford-Betriebsrat lehnt Kurzarbeit ab und streicht Überstunden

Köln. Die Geschäftsleitung bei Ford hat am 23. März durch Aushang bekanntgegeben, daß sie für Montag, den 3. April, Kurzarbeit beantragt hat für die Bereiche Motorenwerk (M1), Chassiswerk (M2), Getriebewerk (M3) und Instandsetzung (S-Bereich), also für den allergrößten Teil des Werkes in Köln-Niehl. Genaue Festlegungen sollen zwei Tage vorher bekanntgegeben werden. Der Betriebsrat hat die Kurzarbeit abgelehnt und ab sofort alle Überstunden gestrichen. Die Geschäftsleitung hat weiter mitgeteilt, daß sie ein Gespräch mit der IG Metall angestrebt hat, das aber nicht zustandegekommen ist. Bei einer Lohnsumme von 2,1 Mrd. DM (1977) „sparen“ die Ford-Kapitalisten bei einem Abschluß zum Kapitalistenangebot von 3% 85 Mio. DM, was zehn Prozent der letzten Dividendenzahlung sind. Die Ford-Arbeiter sollen die Kurzarbeit mit 3,5 Mio. DM Lohneinbußen pro Woche bezahlen und zusätzlich noch 9,2 Mio. DM Kurzarbeitergeld.

Nachtschichtarbeiter um Lohn geprellt

Braunschweig. Die Nachtschichtarbeiter bei VW wurden um die Feiertagszulage geprellt. In der Nacht von Donnerstag auf Karfreitag hätte VW für sechs Stunden 150% des Lohns zusätzlich zahlen müssen, durchschnittlich pro Arbeiter etwa 105 DM. Aus „technischen Gründen“ mußten die Arbeiter in der Osterwoche bereits Sonntagabend anfangen, wo sie für zwei Stunden am Sonntag 100% Zulage erhalten (etwa 24 DM). Über 80 DM pro Arbeiter haben die VW-Kapitalisten eingesteckt.

HDW – Propaganda für Kriegsproduktion

Kiel. Die „Kieler Nachrichten“ melden am 21. März die Unterzeichnung eines Vertrages über den Bau von sechs 1400-tons-U-Booten für Iran und die Verhandlungen über die Lieferung von sechs Fregatten an den Iran. Die Bundesmarine sei bereit, die jeweiligen Besatzungen in der BRD auszubilden. Durch die U-Boote sollen 1100 Arbeitsplätze gesichert werden. Handelsschiffe würden momentan keinen Gewinn einfahren, jedoch U-Boote, daher sei der Auftrag insgesamt nützlich. SPD-Gansel und Simonis melden Bedenken an. Der Tarifkampf findet keine Erwähnung. Gleichzeitig wird berichtet, daß der Erzbischof von Zentraleuropa und Metropolit für Deutschland der Orthodoxen Kirche Irineos an der Taufe eines für Griechenland bestimmten U-Bootes der HDW teilgenommen habe und ein U-Boot für Ecuador abgeliefert worden sei.

keinen Gewinn einfahren, jedoch U-Boote, daher sei der Auftrag insgesamt nützlich. SPD-Gansel und Simonis melden Bedenken an. Der Tarifkampf findet keine Erwähnung. Gleichzeitig wird berichtet, daß der Erzbischof von Zentraleuropa und Metropolit für Deutschland der Orthodoxen Kirche Irineos an der Taufe eines für Griechenland bestimmten U-Bootes der HDW teilgenommen habe und ein U-Boot für Ecuador abgeliefert worden sei.

Schmücker so unter Druck setzen, daß er zahlt!
Die beste Antwort auf die angekündigte Kurzarbeit bei VW
Wolfsburg. Seit Freitag, den 17.3., kann der VW-Vorstand keine Golf-Diesel mehr produzieren lassen. Aufgrund des Streiks in Nordwürttemberg/Nordbaden fehlen die Einspritz-
chern. Schmücker hatte seine Schwierigkeiten mit der Festsetzung des Kurzarbeitstermins: erst sollte sie bereits am 31.3. anfangen. Diesen Termin mußte Schmücker schon zurück-
kampf in anderen Tarifbezirken, den vollen Lohn auszubezahlen.“ Es liegt auf der Hand, daß die Mitglieder der Betriebsräte, der Großen Tarifkommission und der Vertrauens-
fort waren zwei, drei Meister und Blaumänner da, sie sind ungeheuer nervös, trauen sich aber nicht, gegen den Lohnkampf aufzutreten. In der Halle 1 kommt der Ausschuß etwa auf

Schmücker so unter Druck setzen, daß er zahlt!

Die beste Antwort auf die angekündigte Kurzarbeit bei VW

Wolfsburg. Seit Freitag, den 17.3., kann der VW-Vorstand keine Golf-Diesel mehr produzieren lassen. Aufgrund des Streiks in Nordwürttemberg/Nordbaden fehlen die Einspritzpumpen. Jetzt hat der VW-Vorstand „vorsorglich“ – wie die „Wolfsburger Nachrichten“ schreiben – Kurzarbeit ab 3.4. für alle VW-Werke angemeldet. Etwa 60000 VW-Arbeiter sollen kurzarbeiten. Das wird ebenfalls in den VW-Zulieferbetrieben Stockungen nach sich ziehen. Der VW-Vorstand fährt starke Geschütze gegen den Lohnkampf der Metallarbeiter in Nordwürttemberg/Nordbaden auf, die genauso gegen den Lohnkampf der VW-Arbeiter gerichtet sind. Man kann sich gut vorstellen, daß hier auch die Bundes- und Landesregierung über ihre Aktienmehrheit im Interesse des „Gemeinwohls“ ihre Finger mit im Spiel haben. Darauf deutet jedenfalls hin, daß die Arbeitsämter 60% des Nettolohnes als Kurzarbeitergeld zahlen wollen, was sie nach der „Neutralitätsverordnung“ aus dem Jahre 1973 eigentlich nicht bräuchten. Die Automobilarbeiter sollen so aus dem Lohnkampf herausgehalten werden und gleichzeitig damit Druck auf die streikenden Metaller ausgeübt werden, die sich verantwortlich fühlen sollen für den Lohnverlust der VW-Arbeiter.

Am 4.4., also 1 Tag nach Beginn der Kurzarbeit, soll der erste Schlichtungsspruch für die VW-Werke gefällt werden. Dieses eröffnet den Kapitalisten auch noch die Möglichkeit, den Metallarbeitern im Süden durch einen Schlichtungsspruch in den Rücken zu fallen. Die VW-Arbeiter jedenfalls wären zu diesem Zeitpunkt in ihrer Kampfkraft entscheidend geschwächt. Es ist schon so, daß der Schachzug der Kapitalisten geschickt ist, und besonders bitter ist, daß er über die Arbeitslosenversicherungsbeiträge der Arbeiter gezahlt wird.

Aber die VW-Arbeiter wissen, daß Schmücker zahlen kann und verlangen ein Angebot in der Gegend von 8%. Es gibt jetzt viele Arbeiter, die die taktische Lage im Lohnkampf beraten, und wie Schmücker noch vor der Kurzarbeit zu einem Angebot gezwungen werden kann. Das würde die Front der Kapitalisten ganz gehörig zersetzen. Am 29.3. tritt das erste Mal die Schlichtungskommission zusammen. Die Aktionseinheit der Arbeiter entwickelt sich. Der Vertrauensleutekörper der IGM bei VW Braunschweig hat jetzt den Betriebsrat einstimmig aufgefordert, den streikenden Metallarbeitern im Süden die Solidarität zu versichern. Schmücker hatte seine Schwierigkeiten mit der Festsetzung des Kurzarbeitstermins: erst sollte sie bereits am 31.3. anfangen. Diesen Termin mußte Schmücker schon zurücknehmen. Die Schwierigkeiten rühren daher, daß bis in die Reihe der Großen Tarifkommission und der Betriebsräte Bedenken über die Zustimmung zu solch abgekartetem Spiel bestehen: Gerhard Mogwitz, der Betriebsratsvorsitzende bei VW Hannover und Mitglied der Verhandlungskommission der IGM, erklärte gegenüber einem Reporter der Umschau am Abend des NDR zur Kurzarbeit in den VW-Werken: „Ja, zunächst muß ich hier für den Betriebsrat sagen, daß in unserem System die Kurzarbeit mit dazu benutzt wird, als Möglichkeit für die Arbeitgeber, für Unternehmer bestimmte Dinge zu finanzieren. (...) Es müßte vielmehr so sein, daß die Unternehmer gezwungen werden, auch bei Arbeitskampf in anderen Tarifbezirken, den vollen Lohn auszubezahlen.“

Es liegt auf der Hand, daß die Mitglieder der Betriebsräte, der Großen Tarifkommission und der Vertrauenskörperleitungen große Verantwortung dafür tragen, wie dieser Lohnkampf ausgehen wird. Und es liegt auch auf der Hand, daß die beste Unterstützung des Streiks in Nordwürttemberg/Nordbaden ist, jetzt alles zu tun, damit Schmücker mit dem Angebot überkommt. Produktionsausfall mag für Schmücker eine Zeitlang unter den Bedingungen annehmbar sein, daß die Lohnfront der Arbeiter daran zerbricht und das Arbeitsamt die Lohnkosten zahlt. Wenn die Produktion lahmliegt und er die Löhne trotzdem zahlen muß, sieht das schon ganz anders aus. Es gibt eine Reihe Arbeiter, die sagen, wir müßten gleich streiken. Im VW-Werk Salzgitter ist zwei Mal das Motorenband II stehengeblieben, sofort waren zwei, drei Meister und Blaumänner da, sie sind ungeheuer nervös, trauen sich aber nicht, gegen den Lohnkampf aufzutreten. In der Halle 1 kommt der Ausschuß etwa auf 15%.

Obendrein ist es so, daß die Arbeiter sich jetzt viel Zeit nehmen und gar nicht einsehen, warum sie viel Arbeitskraft verausgaben sollen, wo kein Preis für die Arbeitskraft feststeht. Besprechungen mit den Vertrauensleuten werden jetzt in mehreren Abteilungen zur Erörterung der Lage täglich und ausgiebig durchgeführt. An Bändern in der Halle 12 wird an manchen Abschnitten kein Handschlag mehr als nötig gerührt. Das kann man beliebig ausdehnen, insbesondere am 29.3., wenn die Verhandlungsführung des VW-Vorstandes und der IGM im Rahmen der Schlichtung sowieso zusammentreffen. – (Zelle VW, Bezirk Südostniedersachsen)

Schlichtung bei VW eingeleitet

Wolfsburg. Laut IG-Metall-Flugblatt und Mitteilung des Zentralen Tarifwesens der VW-Kapitalisten ist dem Vorstand am 17. März die Mitteilung der Bezirksleitung der IG Metall Hannover über das Scheitern der Tarifverhandlungen überbracht worden. Daraufhin ist die Schlichtung eingeleitet worden. Am 29. März werden sich termingemäß nach der Schlichtungsvereinbarung von 1965 die Schlichtungskommissionsmitglieder treffen und bis zum 4. April, spätestens aber bis zum 7. April einen Vorschlag unterbreiten. Als Schlichter wurden benannt: Adolf Jungbluth und Dr. Jürgen Säcker, wobei Jungbluth stimmberechtigt ist. Die Schlichtung kann sich durch die Erklärungsfristen bis längstens zum 13. April hinziehen.

Schlichtungsverhandlungen in Westberlin vertagt

Westberlin. Die erneuten Schlichtungsverhandlungen in Westberlin am 23. März wurden ergebnislos auf Dienstag nach Ostern vertagt. Die Berichterstattung in der „Berliner Abendschau“ betonte besonders die Forderung der IG Metall nach 2% zusätzlich für die unteren Lohngruppen, die über die 7,5% hinausgeht. Hervorgehoben wurde, daß diese Forderung insgesamt 40000 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Westberliner Metallindustrie betreffen würde, insbesondere Frauen in der Elektroindustrie. Darin unterscheide sich die Struktur in Westberlin von der in Westdeutschland. Ein Ende der Verhandlungen sei in Westberlin erst zu erwarten, wenn ein Ergebnis in Nordwürttemberg-Nordbaden vorliegt. Die Ortsverwaltung der IG Metall hat beschlossen, gegen die Kurzarbeit bei Daimler zu klagen wegen „Verstoßes gegen das Mitbestimmungsrecht“.

Schlichtungsverhandlungen in Hessen gescheitert

Frankfurt. Die Schlichtungsverhandlungen im Metalltarifkampf in Hessen sind gescheitert. Schlichter Gutowski schlug 4,6% vor. Die Große Tarifkommission der IG Metall tagt nach Ostern, um über den Antrag auf Urabstimmung und Streik zu entscheiden.

Schlichtung im Saarland

Saarbrücken. Am 29. März beginnt unter dem Vorsitz des Saarbrücker Universitätsprofessors Albeck die Schlichtung in der metallverarbeitenden Industrie. Die Verhandlungen waren gescheitert, nachdem bis zum 1. März kein höheres Angebot als 3% von den Metallkapitalisten vorgelegt worden war. Im Saarland arbeiten über 50000 in der Metallverarbeitung, davon über 20000 im Stahl- und Maschinenbau.

Auf den Baustellen stehen die Zeichen auf Sturm

Kein Lohnangebot der Kapitalisten / Neue Maschinen, neues Material verschärfen Akkordhetze

Wie lange arbeitet Ihr hier an diesem Haus?

Dies ist ein Sechs-Familienhaus, drei Stockwerke. Die reinen Maurerarbeiten betragen ca. vier Wochen mit sieben Kollegen in unserer Kolonne. Man fährt tagtäglich an seinen eigenen Bauwerken vorbei, nur gehören sie uns nicht.

Wie hat sich die Arbeitshetze in den letzten Jahren bei Euch ausgewirkt?

Als erstes möchte ich sagen, daß die Presse und die Kapitalisten behaupten, daß die Arbeit auf dem Bau in den letzten Jahren leichter geworden sei. Das stimmt nicht. Die Kapitalisten versuchen, verstärkt Maschinen einzusetzen, um das Arbeitstempo zu beschleunigen. So war es z.B. früher so, daß die Kolonne einen oder zwei Steinträger hatte, die so am Tag einige tausend Steine aufs Gerüst getragen haben mit sogenannten Fiedeln. Dann, Mitte der sechziger Jahre, haben die Kapitalisten zunehmend mehr Kräne eingesetzt, die die Steine jetzt aufs Gerüst setzen. Das hat unseren Akkord gesenkt, weil wir von unserem Akkord jetzt den Kranführer bezahlen müssen und der Akkord runtergegangen ist, weil eben ein Kran vom Kraner gestellt wird. Um jetzt denselben Akkord halten zu können, müssen wir wesentlich mehr Steine vermauern, das geht auf die Gesundheit.

Ihr müßt also schneller arbeiten als vor 10 bis 15 Jahren, hat sich da auch an den Materialien etwas verändert?

Und ob. In den Häusern werden ja Zwischenwände und die tragende Schale der Außenwände meistens mit Weißen, d.h. mit Kalksandsteinen gemauert. Die Kapitalisten sind dazu übergegangen, die Steinformate ständig zu vergrößern. Die gebräuchlichsten Steine sind heute 2 DF und 3 DF geworden. Sie sind eineinhalb bzw. zweieinhalb Mal so groß wie ein normaler Stein. Nach ein bis zwei Wochen Akkord mit diesen Steinen tun einem die Gelenke weh, und du merkst das dann bei jedem Stein und versuchst, möglichst schnell wieder die Normalformatigen zu mauern. Die Wände werden mit den großen Steinen dann natürlich schneller hochgezogen, aber der Lohn ist niedriger, und du gehst dabei kaputt. Die Kapitalisten haben da folgende Logik: Je größer die Steine, je schneller sind die Wände hoch, desto größer der Profit.

Hat sich die Zusammensetzung der Belegschaft durch die Einführung neuer Techniken verändert?

Noch kaum, aber die Kapitalisten versuchen, Lohngelder einzusparen, indem sie mehr Fachwerker einstellen wollen, das sind Hilfsarbeiter. Darauf zielt auch die neue Stufenausbildung für Bauarbeiter ab. Die jungen Kollegen können in der ersten Stufe (zwei Jahre) eine Facharbeiterprüfung ablegen, z.B. Hochbaufacharbeiter oder Tiefbaufacharbeiter. Sie können dann praktisch überall eingesetzt werden. Nach der zweiten Stufe (2 2/4 Jahre) ist man dann Spezialfacharbeiter, z.B. Maurer oder Betonbauer, so wie heute die Facharbeiter. Die Kapitalisten wollen nicht mehr soviel gelernte Maurer oder Betonbauer auf den Baustellen, sondern vielmehr Arbeiter, die überall eingesetzt werden können und weniger Lohn bekommen.

Wie ist der Stand des Lohnkampfes, und was haben die Kapitalisten geboten?

Die Tarifkommission hat 7,7% mehr Lohn und Anhebung des 13. Monatsgehaltes von 36 auf 72 Gesamtstundenlöhne gefordert. Auf unserer Baustelle sind wir mit den 7,7% gar nicht zufrieden. Einmal sind wir hier in Hamburg sowieso größtenteils für Festgeld, und weniger als die Metaller sollten wir schon gar nicht fordern, sonst fallen wir denen in den Rücken. Soweit ich informiert bin, haben die Kapitalisten überhaupt noch kein Angebot gemacht. Daraus schließen wir, daß wir unsere Forderungen nur mit Streik durchsetzen können. Auf den Baustellen stehen die Zeichen auf Sturm, das hat auch die Protestversammlung von 900 Kollegen am 6. März im Hamburger Gewerkschaftshaus gezeigt. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Das Ergebnis des Druckerstreiks

Die Arbeiter und Angestellten in der Druckindustrie hatten seit mehr als drei Wochen einen großen und eindrucksvollen Kampf geführt. Am vergangenen Montag billigten Tarifkommissionen der IG Druck den unter dem Schlichter Stingl und angetrieben von Bundesminister Wischnewski ausgehandelten Tarifvertrag einstimmig:

– In der Texterfassung sind vorrangig Fachkräfte der Druckindustrie zu beschäftigen, deren Arbeitsplatz durch die Einführung des rechnergesteuerten Textsystems entfällt. (§ 3)

– Für die Gestaltungs- und Korrekturarbeiten sind für acht Jahre Fachkräfte der Druckindustrie, insbesondere Schriftsetzer, einzusetzen. (§ 2)

– Die Tätigkeiten im rechnergesteuerten Textsystem sind Angestelltentätigkeiten. Das Tarifentgelt ist in den jeweiligen regionalen Gehaltstarifen noch zu vereinbaren. Schriftsetzer, Perforatortaster und Korrektoren erhalten eine Ausgleichszulage, deren Höhe sich aus der Differenz zwischen altem und neuem Tarifentgelt ergibt. (§ 11)

– Von Redakteuren darf Bildschirmarbeit nur zum Lesen und Redigieren verlangt werden und zur erstmaligen Niederschrift eigener Artikel. (§ 15)

– Bei Arbeiten mit überwiegendem Blickkontakt zum Bildschirm muß zur Entlastung der Augen jede Stunde eine fünfminütige oder alle zwei Stunden eine 15minütige Unterbrechung bestehen. Diese Unterbrechung kann auch in der *Steuerung des Arbeitsablaufes* geschehen. (§ 13) Wenn Unterbrechungen nicht möglich sind, so darf die Arbeit am Bildschirmgerät sechs Stunden innerhalb der regelmäßigen betrieblichen Arbeitszeit nicht überschreiten. (§ 13 Absatz 4)

In den entscheidenden Punkten, Regelung der Arbeitsbedingungen an den Bildschirmgeräten und Regelung der Löhne [illegible] *aller* an den Bildschirmgeräten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist nichts erreicht. Im Gegenteil, die „Pausen"regelung bedeutet, daß die Pausen noch nicht einmal garantiert sind durch die Möglichkeit, die fünf- oder 15minütige Unterbrechung durch die Zuweisung anderer Arbeiten zu gestalten und weiter ist selbst die von vier auf sechs Stunden ausgedehnte Schranke für Bildschirmarbeit als *allgemeine Schranke* fallengelassen, weil die im Vertrag festgelegte 6-Stunden-Regelung nur bei Nichtgewährung der Pausen gilt.

Ersichtlich, daß mit der jetzigen Regelung Tür und Tor offen sind für die unerträgliche Ausdehnung des Arbeitstages aller am Bildschirmgerät Beschäftigten. Die Beschränkung der Satzzeichen auf 8000 pro Stunde, wie es die IG Druck 1976 gefordert hatte, ist ganz aus der tarifvertraglichen Regelung draußen. Der Akkordhetze an den Bildschirmgeräten, den ständigen Verletzungen des Normalarbeitstages durch Überstunden, Nacht- und Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit setzt der Tarifvertrag keine Schranken. Damit ist der Weg frei für die Kapitalisten, die Vereinfachung der Arbeit an den neuen Bildschirmgeräten zur Steigerung der Arbeitshetze ins Unerträgliche und zur Lohnsenkung zu nutzen. Selbst die paar Schutzmaßnahmen, die zur „Sicherung" der Maschinensetzer erreicht wurden, können sich schnell als brüchig erweisen. Das zeigt sich an den Ausgleichszahlungen, die für alle Arbeiter, die nicht Schriftsetzer- oder Korrektorentätigkeiten ausgeübt haben, nach dem Vertrag innerhalb von wenigen Jahren auf Null gekürzt werden (beim zweiten Tarifabschluß um 20%, beim dritten um 25%, beim vierten um 33,3%, beim fünften um 50% und beim sechsten um 100% des jeweils noch gültigen Restbetrages). Oder die Kapitalisten lagern zum Beispiel Satz aus dem Betrieb aus, schließen den alten und gründen eine neue Firma. Die Taktik des Hauptvorstandes, den Kampf auf die Verteidigung des Maschinensetzerberufs einzuschränken, hat den der Kampfkraft der Druckarbeiter entsprechenden Erfolg verhindert. Die Forderungen gegen die Auswirkung der Rationalisierung sind zurückgestellt worden, und die Forderung des Gewerkschaftstages nach der 35-Stunden-Woche bleibt auf dem Papier.

Nichts ist mit ihm erledigt, nicht die Forderung nach Beschränkung der verlangten Satzzeichen auf 8000 pro Stunde, Ablehnung der Einführung von Akkordarbeit und Bezahlung in Höhe des Ecklohns. Für den Lohntarifkampf hat die IG Druck und Papier 7.5% Lohnerhöhung gefordert. In verschiedenen Bezirken (Frankfurt und Darmstadt) ist die Streichung der unteren Lohngruppen gefordert. Ein Mindestbetrag von 132 Mark entspricht der Forderung von 7,5% auf den Ecklohn. Auf die Durchsetzung dieser Forderungen muß sich die Bewegung der Druckarbeiter konzentrieren. Keine Rede davon, daß nach diesem Abschluß Ruhe in den Druckbetrieben einkehren wird. – (Z-Red.)

Kapitalisten wissen, was sie mit dem „Schülerberg" anfangen wollen

Kurzlebige Arbeitergenerationen durch intensive Vernutzung im Arbeitsprozeß

Es ging um die „Strukturprobleme der deutschen Wirtschaft", als sich Helmut Schmidt Anfang des Monats mit Vertretern der westdeutschen Monopolbourgeoisie traf. Von Amerongen vom Industrie- und Handelstag, Schnittker vom Zentralverband des Deutschen Handwerks, die beiden Nachfolger des seligen Schleyer, Esser von der BDA und Fasolt vom BDI, sowie Conzen von der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels erläuterten dem Kanzler, dem Wirtschafts- und Bildungsminister die Konsequenzen, die aus dem Berufsbildungsbericht 1978 im Interesse des „notwendigen Strukturwandels" zu ziehen sind. Von besonderer Bedeutung ist der Bourgeoisie die frühzeitige Vernutzung der jugendlichen unverbrauchten Arbeitskraft. Bei diesem Gespräch, dessen Inhalt Schmidt mit „Spitzenvertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes erörtern" will, ging es den Bourgeoisvertretern insbesondere darum, *„daß die steigende Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen in allen Wirtschaftszweigen und Berufsfeldern befriedigt werden soll, – daß verstärkte Anstrengungen in Regionen mit einem bisher ungünstigen Verhältnis von Angebot und Nachfrage bei Ausbildungsplätzen unternommen werden müssen, – daß das Angebot für Mädchen in dafür geeigneten Ausbildungsberufen erweitert werden muß, – daß auch Jugendliche, die bei steigender Nachfrage besondere Schwierigkeiten haben, wie Hauptschüler ohne Abschluß und Sonderschulabsolventen, mit Angeboten versorgt werden müssen."*

Mit all diesen Maßnahmen wollen die Kapitalisten sich den uneingeschränkten Zugriff auf die jugendliche Arbeitskraft sichern, um die Ausbeutung der Arbeiterklasse brutal zu steigern; durch gewaltige Schinderei Profite herauszuholen, die es ihnen ermöglichen, für ihre imperialistische Konkurrenzschlacht hinreichend ausgerüstet zu sein. Mit „Strukturbereinigung" haben die Kapitalisten Maßnahmen im Auge, die ihre imperialistische Expansion im Innern absichern: Senkung der Reallöhne der Arbeiter, Unterwerfung der Arbeiterklasse, Modernisierung des Produktionsapparats.

„Der technische Wandel erfordert eine stärkere Berücksichtigung der Eigenerziehung. Der junge Mensch muß also vor allem unspezifische Arbeits- und Denktechniken erlernen. (...) Diesem Ziel entsprechend müssen die Ausbildungsinhalte eine Stufe abstrakter werden. (...) Kontrolle reicht zur Sicherung der Leistungsbereitschaft nicht mehr aus, sie muß streckenweise ersetzt werden durch Motivation zur Arbeit", erklärte Dr. Walter Eberle (Hoechst AG) auf dem 7. Bildungspolitischen Studiengespräch in Bonn.

In der Druckindustrie ist die Umrüstung des Produktionsapparates verhältnismäßig weit gediehen. Kein Setzer ist in der Lage 260 Anschläge in der Minute acht Stunden am Tag zu setzen. Mit 35 Jahren ist er restlos geschafft. Die dauernde Zufuhr unverbrauchter Arbeitskraft ist für die Kapitalisten unerläßlich. Der hartnäckige Kampf der Druckarbeiter für den Erhalt ihrer Arbeitskraft ist kein Wunder, sondern unvermeidlich. Die Einführung der neuen Techniken führt unter den Bedingungen der kapitalistischen Profitproduktion dazu, daß der Verkauf der Arbeitskraft von vornherein auf 10 bis 15 Jahre eingeschränkt werden muß, die Kapitalisten ein größeres Interesse an vielen kurzlebigen Arbeitergenerationen haben als an wenigen langlebigen.

„Die Automation bestimme das Bild und nicht der ausgebildete Mensch", erklärte unlängst der Bundesverband Druck. „Dies gelte vor allem für die „Vorstufen" des Druckprozesses, für die Formherstellung. Im Rahmen der revidierten Ausbildungsvorschriften, die ab 1.4.78 in Kraft treten sollen, soll es die bisherigen Lehrberufe: Buchdrucker, Offsetdrucker oder Tiefdrucker nicht mehr geben. Vielmehr ist eine Grundausbildung vorgesehen für Drucker, die „sich im dritten Lehrjahr für ein spezielles Verfahren *entscheiden* müssen."

Am 24.1.78 erschien in Bonn die „Erste Verordnung über die Berufsausbildung zum Schriftsetzer", die am 25.1.78 in Kraft trat. Diese Verordnung sieht eine Ausbildung vor, die dem Umfang nach erweitert ist, aber in ihren neuen Elementen nur aus Theorie besteht. „Kenntnisse der *Grundlagen*" heißt es da. Die neue Verordnung enthält folgende Ausbildungsgänge:

Im ersten Halbjahr wird Setzen (Bleisatz – Handsatz), Korrigieren und Abziehen gelernt, das Herstellen von Layouts und Manuskript bzw. Satzumfangsberechnungen. Im zweiten die verschiedenen Montagemethoden von Fotosatz und Filmen, im dritten der Einbau von Abbildungen. Im vierten Halbjahr Klebeentwürfe und die Herstellung von Vorlagen für die Reproduktion. Im fünften sollen Kenntnisse der manuellen und maschinellen Satzverfahren sowie der Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung bei der Satzherstellung hinzukommen. Im letzten Halbjahr die Herstellung reproduktionsfähiger Abzüge, Manuskriptvorbereitung, Film- und Fotopapierverarbeitung und Herstellung von Strichaufnahmen sowie Kontaktkopien.

Dieses neue „Berufsbild" sieht vor, daß der „alte Setzer" jetzt als Zeichner, Manuskriptvorbereiter, Fotograf, Montierer, Lithograf und Kopierer arbeiten soll, und auch als Setzer. Die Texterfassung, das frühere Setzen, lassen die Kapitalisten von gut ausgebildeten, meist weiblichen Schreibkräften zu Niedrigstlöhnen machen. Nur die Gestaltung der ganzen Seiten soll von „Fachkräften" gemacht werden. Das „Eintasten" der Texte wird zu einer mörderischen Arbeit.

Notwendig ist die Bereitstellung unverbrauchter Arbeitskraft. Man sieht, daß die Kapitalisten sehr wohl wissen, was sie mit dem sogenannten „Schülerberg" anfangen wollen. Für die Texterfassung eignen sich vor allem Mittelschülerinnen und Abiturientinnen mit guten Grammatik- und Sprachkenntnissen, die im Deutschunterricht durch berüchtigte Lektüren wie „Herr der Fliegen" präpariert all das setzen sollen, was das Kapitalistenhirn für profitträchtig erachtet, und das ist nicht von Pappe.

Die Neuordnung der Berufsbildung ist noch lange nicht abgeschlossen, wie es der Kapitalistenverband hinzustellen versucht. Von den 1962 noch 29 Ausbildungsberufen im Grafischen Gewerbe gibt es heute noch ganze acht. Entsprechend der Einführung neuer Techniken werden die Lehrberufe auf zwei reduziert: auf den Formhersteller und den Drucker. Alle früher durch Lehrberufe umschriebenen Arbeiten werden zu einfachen Tätigkeiten. Die vormals notwendige handwerkliche Geschicklichkeit tritt hinter der erforderlichen „Unvernutztheit" zurück.

Die neue Ausbildungsordnung für Setzer spiegelt das Interesse der Kapitalisten wider: Einführung von Akkord- und Schichtarbeit und Lohndrückerei. Nicht erledigt ist mit dem Tarifabschluß in der Druckindustrie der Kampf für Beschränkung der verlangten Satzzeichen, gegen Akkord- und Schichtarbeit. – (Z-Red.)

Erfolgreicher Überstundenboykott im Lohnkampf der englischen Lehrer

Am 6. März haben die Lehrer an zahlreichen Schulen in England und Wales begonnen, die „freiwilligen" Überstunden zu verweigern, um für ihre Lohnforderungen zu kämpfen. Sie weigerten sich, erstens das Geld für das Schulessen einzuziehen, zweitens in der Mittagspause Aufsicht zu führen, drittens ihre Autos für Schulzwecke einzusetzen, viertens Arbeiten außerhalb der normalen Schulzeit zu verrichten. Die Ableistung dieser „freiwilligen" Arbeiten beruht auf einem Abkommen von 1968, das den „freiwilligen" Einsatz von Lehrern z.B. bei Schulmahlzeiten vorsieht, um den „Schulessendienst nicht zu stören und seine Kosten nicht unvernünftig zu erhöhen". Die Boykottaktionen der Lehrer haben den Schulbetrieb in vielen englischen Städten zusammenbrechen lassen. Daran sieht man, in welchem Umfang der britische Staat die Lehrer unbezahlte Überstunden machen läßt. Vor den Osterferien haben die Lehrer in 347 der 558 Bezirksorganisationen der größten britischen Lehrergewerkschaft NUT die Aktion geschlossen durchgeführt.

Eine kürzlich veröffentlichte offizielle Untersuchung hat ergeben, daß die durchschnittliche Wochenarbeitszeit eines englischen Lehrers 43 Stunden beträgt, wenn man von einer 45minütigen täglichen Mittagspause und einem vierwöchigen Urlaub wie in ähnlichen Berufen ausgeht. Ein Lehrer mit abgeschlossener Ausbildung verdient in der niedrigsten Gehaltsstufe im ersten Arbeitsjahr einschließlich Zulagen knapp 900 DM brutto monatlich, in der höchsten Gehaltsstufe ab dem neunten Arbeitsjahr, wenn er keine zusätzlichen Funktionen z.B. der Schulaufsicht hat, 2007 DM. Dazu kommen in einigen Fällen Zuschläge, z.B. ein Ortszuschlag für die Innenstadt von London von 134 DM monatlich.

Die Schulbehörden hatten Ende Februar eine Gehaltserhöhung von 9% angeboten plus 1%, das vor allem zur Steigerung der Gehälter der Schulleitungen verwendet werden sollte. Dieses Angebot lag noch unter der Regierungslohnleitlinie von 10%. Die Gewerkschaft fordert eine Erhöhung von 12,5%. Angesichts der Aktionen der Lehrer begann die Front der Schulbehörden bald zu bröckeln. Der Vorsitzende des Ausschusses der örtlichen Schulbehörden ist zurückgetreten, elf örtliche und zwei bezirkliche Schulbehörden haben ihre Unterstützung für die Forderungen der Lehrer erklärt.

Am 20. März machten die Schulbehörden ein neues Angebot von 9,8%, am 22. März einigten sich die Verhandlungskommissionen auf eine allgemeine Gehaltserhöhung von 10%.

Die Aktionen zwingen die Regierung zu einem Angebot

Eine Lehrerin aus Liverpool hat uns vor dem Bekanntwerden dieses Vorschlags berichtet:

„Unsere tarifliche Arbeitszeit in der Schule beträgt sieben Stunden am Tag an fünf Wochentagen. Dazu kommen die Vorbereitungsstunden zu Hause.



In der Schule muß man ein- bis zweimal pro Woche Fluraufsicht während der Mittagspause machen, und wer außerdem beim Mittagessen Aufsicht führt, bekommt das Mittagessen kostenlos. Damit sollen wir dazu gebracht werden, möglichst viel Essensaufsicht zu machen, damit sie die Frauen sparen können, die dafür extra bezahlt werden müssen. Tatsächlich ist es so, daß der Direktor meistens mehr ‚freiwillige' Arbeit durchsetzt. Er kommt dann mit dem Aufsichtsplan und sagt: Hier ist noch eine Lücke und hier, und man steht schlecht da, wenn man nein sagt. Ich bin in jeder Mittagspause in der Schule, obwohl ich nur einmal in der Woche offiziell Aufsicht habe. Dazu kommt dann noch Sport, Theaterproben usw. nach Schulschluß. Als wir vor kurzem ein Theaterstück aufgeführt haben, war ich mehrere Abende in der Woche in der Schule, am Schluß jeden Abend von 6 bis 11 Uhr zum Kostüme Nähen.

Unsere Forderung von 12,5% ist jetzt der staatlichen Vermittlungsstelle vorgelegt worden. Früher wurde erst das Ergebnis der Vermittlung abgewartet, bevor irgendwelche Kampfmaßnahmen ergriffen wurden. Dieses Mal haben wir nicht darauf gewartet. Das hat die Regierung sehr schnell dazu gebracht, die 9,8% vorzulegen. Insgesamt ist die Wirkung der Aktion unterschiedlich. Hier in Liverpool hat die Schulaufsicht zur Essensaufsicht zusätzlich Frauen eingestellt, so daß der Schulbetrieb über Mittag weiterläuft. In anderen Orten, z.B. in Newcastle, Birmingham und Nottingham, haben sie sich geweigert, und die Schulen mußten mittags geschlossen werden. Der Beschluß, keine Privatautos für Schulzwecke zu benutzen, wirkt sich überall auf den Schulbetrieb aus, weil die integrierten Schulen oftmals einfach durch Zusammenlegung mehrerer Schulen entstanden sind. Ich z.B. arbeite an einer Schule mit 1200 Schülern in den zwei Stadtteilen, und die Schulgebäude liegen zweieinhalb Kilometer auseinander. Zwischen den einzelnen Stunden gehen die Lehrer jetzt zu Fuß von einer Klasse zur anderen.

Die Schulbehörden hatten ein Angebot gemacht von 9% für alle und einem Prozent der Gesamtlohnsumme zum Ausbau der Gehaltsunterschiede zwischen den Lehrern. Die Gewerkschaft fordert selbst den Ausbau dieser Unterschiede, hat aber immer erklärt, daß das zusätzlich zu einer allgemeinen Lohnerhöhung sein müsse. Die Verhandlungskommission tritt, glaube ich, weiter für zusätzliche Erhöhungen ein. Aber in den Aktionen ist davon jetzt nicht mehr die Rede." – (Korrespondentenbericht Liverpool/London)

Der „aufgeklärte Unternehmer" Rosenthal gibt „Karl Marx mehr und mehr recht"

Die „Welt der Arbeit" des DGB hat den Kapitalisten Rosenthal interviewt, den „sozialdemokratischen Unternehmer seltener und kostbarer Porzellane", SPD-MdB, „einen der engagiertesten Anwälte der Vermögensbeteiligung im Betrieb". Der Kapitalist hat eine halbe Seite der Zeitung gekriegt für seine Forderung nach stärkerer „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" und zwar in Form des Kaufs von Aktien oder sonstigen Anleihen an Unternehmen. Er selber praktiziert das in seinem Betrieb seit 1963. Die Sache geht ihm aber zu langsam: „Der Fortschritt ist eine Schnecke." Er drängt die Regierung nach Einhaltung ihrer Ankündigungen. Schließlich handele es sich dabei um eine absolute „ökonomische und gesellschaftspolitische Notwendigkeit". Ökonomisch notwendig für die Investitionen der Kapitalisten zwecks Rationalisierung. Gesellschaftspolitisch: „Schauen Sie, jeder, der ein bißchen durchblickt, muß doch endlich merken, daß Karl Marx mit seiner Entfremdungstheorie mehr und mehr recht behält. Nur gilt das eben nicht nur für den Kapitalismus, sondern für die Industriegesellschaft schlechthin." Überall sei das Gefühl, daß „die da oben" bestimmen und „wir da unten" malochen. Dagegen sei aber in der BRD was getan: „die Beteiligung der Arbeitnehmer am Sagen (Mitbestimmung) und am Haben (Vermögensbeteiligung)". Man mache bloß noch nicht genügend daraus. Die gesetzliche Ausweitung der Vermögensbildung muß her und die Möglichkeit, daß ein Arbeiter sich gleich an mehreren Unternehmen beteiligen kann.

Brandt und Wehner wußten, warum sie diesen Burschen 1976 zur erneuten Kandidatur zum Bundestag überredeten und ihm einen sicheren Platz verschafften. Was er tatsächlich verlangt, ist die Verwandlung großer Summen Lohnes in Kapital für die Exportoffensive. Er selber hat auf diese Weise nach offiziellen Angaben 12 Millionen DM herausgeschlagen. Zugunsten von „Vermögensbeteiligung" sollen ausreichende Lohnforderungen ein für allemal vorbei sein und die Arbeiter sollen sich noch für Kapitalisten halten. Aber keine Belegschaftsaktie ändert etwas am Zwang des Arbeiters, die Arbeitskraft zu verkaufen, an der Lohnsklaverei, an der Ausbeutung. Karl Marx, auf den sich Rosenthal gar noch beruft, hat den notwendigen Gang der Entwicklung des Kapitalismus so gekennzeichnet: „Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit ihm und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriiert." (Karl Marx, Das Kapital, Band I) Es gilt auch für Rosenthal. – (Z-Red.)

Der Manteltarif für die Chemieindustrie enthält zahlreiche Hintertüren zur schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiter

Hauenschild äußert Bereitschaft, bei Zugeständnissen der Kapitalisten beim Manteltarif schnell die 7%-Forderung herunterhandeln zu lassen / 110 DM mindestens und Verbot der Nachtarbeit sind entscheidend

Zum Jahresende ist der Manteltarifvertrag aus dem Jahre 1973 für die 600000 Arbeiter und Angestellten in der Chemieindustrie ausgelaufen. Die IG Chemie hat den Vertrag im August letzten Jahres gekündigt.

Der alte Manteltarifvertrag ließ den Kapitalisten an vielen Punkten Hintertüren offen, Conti-Schicht und 12 Stunden Wechselschicht einzuführen und damit Nachtarbeit für einen immer größeren Teil der Belegschaft zur Regel zu machen. Die Chemiekapitalisten, die die Ausbeutung der Chemiearbeiter aufgrund der Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit gewaltig gesteigert haben, unterbreiteten den Sozialdemokraten im Hauptvorstand der IG Chemie bei ersten „Vorgesprächen" am 24.11. letzten Jahres den Vorschlag, den gekündigten Manteltarifvertrag wieder in Kraft zu setzen, weil die „wirtschaftliche Lage" keine „doppelte Belastung" durch einen neuen Manteltarifvertrag und einen neuen Lohn- und Gehaltstarif zulassen würde.

Der Hauptvorstand der IG Chemie konnte es sich nicht erlauben, den alten Tarif wieder in Kraft zu setzen, war aber schon bei der Aufstellung der Forderung für den Lohnkampf sehr um das Wohl der Kapitalisten besorgt.

Im Januar empfahl er den Vertrauensleuten „bei der Aufstellung ihrer Forderung eine Grenze von 7% nicht zu überschreiten" und forderte sie auf, „mit dem richtigen Augenmaß für die wirtschaftlichen Konsequenzen" den „erschwerten Bedingungen" Rechnung zu tragen. (Rundbrief des Hauptvorstandes vom Januar 1978)

Bei allen bisherigen Lohnverhandlungen in diesem Jahr ging es um ein *Angebot* von wenigstens 7%, und die Hafenarbeiter haben mit ihrem Streik 7% im Abschluß durchgesetzt. Warum sollte es beim Lohnkampf der Chemiearbeiter nicht um ein solches Angebot gehen? Es muß also ein Angebot von 7% verlangt werden, weil es sonst augenscheinlich überhaupt keinen Sinn hat zu verhandeln, es sei denn, man will den Chemiekapitalisten ihre Expansionspläne auch noch aus dem Lohn finanzieren. Hauenschild hat das offensichtlich vor, wie sonst kann er den Vertrauensleuten vorschlagen, „eine Grenze von 7% nicht zu überschreiten". Diese Grenze zu unterschreiten wird Hauenschilds nächste Bemühung sein.

Daß die Masse der Chemiearbeiter dieses Vorhaben nicht teilt, zeigen die Beschlüsse von Belegschaften, eine Mindestforderung aufzustellen. Die Chemiearbeiter und -Angestellten können sich auf einer Mindestforderung von 110 DM zusammenschließen.

Sie entspricht ungefähr 7% auf den Lohn der gelernten Chemiearbeiter und verhindert, daß die ungelernten Arbeiter im Lohnstandard weiter gedrückt werden. Für die Angestellten ist zudem die Forderung nach Streichung aller Eingangsstufen unter 1200 DM richtig, die es noch gibt und in der Regel die Tarifgruppen K 1 und T 1 betreffen. Diese Forderungen muß man jetzt gegenüber den Kapitalisten erheben, mit denen der Hauptvorstand am 30.3. in Aachen verhandeln will.

Die Sozialdemokraten im Hauptvorstand haben offensichtlich anderes vor. Sie haben sich auf den Vorschlag des Hauptgeschäftsführers des Kapitalistenverbandes „Arbeitsring Chemie" Dr. Karl Molitor eingelassen, „im Zuge der Lohnrunde eine manteltarifvertragliche Teillösung" herbeizuführen und auch über den Lohn zentrale Verhandlungen zu führen.

Die Chemiearbeiter haben keinen Grund zuzusehen, wie Hauenschild sich die Prozente auch noch ausdrücklich durch „Zugeständnisse" der Kapitalisten beim Manteltarifvertrag herunterhandeln lassen will. „Wenn die Arbeitgeber bereit sind, im Rahmen der MTV-Verhandlungen Vereinbarungen zu treffen, welche der Sicherung der Arbeitsplätze dienen, sollten die bezirklichen Tarifkommissionen bereit sein, diesem Tatbestand Rechnung zu tragen."

Die Chemiearbeiter haben auch keinen Grund, den tariflosen Zustand beim Manteltarif zu dulden, damit die Kapitalisten die Zeit ohne Vertrag nutzen können, um die Nachtarbeit durch Conti und 12 Stunden Wechselschicht noch mehr auszudehnen. Darauf läuft die Taktik der Kapitalisten hinaus, statt der Manteltarifverhandlungen „einen zusätzlichen Urlaubstag für alle Tarifarbeitnehmer als im Rahmen der Lohnrunde verhandlungsfähiges Element" anzubieten, was Hauenschild wahrscheinlich schon als „Zugeständnis" ansehen wird. „Zu den übrigen Forderungen der Gewerkschaft will der Arbeitsring erst gegen Jahresende eine Gegenkonzeption vorlegen." (Handelsblatt, 13.3.78)

Die IG Chemie hat für die Manteltarifverhandlungen vor allem zwei Forderungen aufgestellt: „Verkürzung der Arbeitszeit in vollkontinuierlichen Schichtbetrieben von 42 auf 40 Stunden wöchentlich bei vollem Entgeltausgleich" und „mindestens 6 Wochen Grundurlaub für alle Arbeitnehmer".

Eine Forderung gegen die zunehmende Nachtarbeit durch die Conti- und 12-Stunden-Wechselschicht hat der Hauptvorstand nicht aufgestellt.

Die zunehmende Nachtarbeit ist aber das Entscheidende bei der Ruinierung der Arbeitskraft der Chemiearbeiter, der auch durch die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden keine wesentlichen Schranken gezogen werden können, zumal der § 2 I 2, der die Arbeitszeit der Wechselschichtarbeiter festlegt, keine Begrenzung der täglichen Arbeitszeit enthält, und damit der 12-Stunden-Wechselschicht und der Samstags- und Sonntagsarbeit Tür und Tor öffnet.

Mit der Formulierung „in vollkontinuierlichen Schichtbetrieben" untermauert der Hauptvorstand die Nachtarbeit und bewegt sich voll auf der Linie des alten Tarifvertrages, in dem bereits festgeschrieben war:

„Als Nachtarbeit gilt die in der Zeit von 22 Uhr bis 6 Uhr geleistete Arbeit." (§ 3 II)

„Als kontinuierlich gelten solche Arbeitsplätze, die auch in der Zeit von Samstag 14 Uhr bis Montag 6 Uhr ganz oder teilweise besetzt sind." (§ 4 III 1).

„Samstags soll die Arbeitszeit nicht über 13 Uhr ausgedehnt werden ... Diese Bestimmungen finden keine Anwendung auf die regelmäßige Schichtarbeit ..." (§ 3 IV)

„Die in der Wechselschicht des vollkontinuierlichen Betriebes anfallende Sonntagsarbeit darf 1/7 der regelmäßigen wöchentlichen Gesamtarbeitszeit nicht überschreiten. Hierbei bleibt es der betrieblichen Vereinbarung überlassen, zur Erreichung zusätzlicher Sonntagsfreischichten Schichten bis zu 12 Stunden an Sonntagen einzulegen."

Allein die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden ist auch schon deswegen nicht geeignet, der Ausbeutung Schranken zu setzen, weil die Chemiekapitalisten mit anderen Bestimmungen des Manteltarifvertrages die Möglichkeit haben, ohne Zustimmung des Betriebsrates Nacht-, Sonntags-, Feiertags- und Überstundenarbeit jederzeit anzuordnen, und weil zahlreiche andere Paragraphen dem achtstündigen Arbeitstag entgegenstehen:

„Hierbei (bei „notwendiger Mehrarbeit, Nachtarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit, d. Red.) ist *abgesehen* von betrieblichen oder technischen Sofortmaßnahmen das Einvernehmen mit dem Betriebsrat erforderlich." (§ 3 IV)

„Aus dringenden betrieblichen Gründen" kann Arbeit auch während der Pausen angeordnet werden und können die Pausen willkürlich verlegt werden:

„Die ... ausgefallene Pausenzeit ist am gleichen Tage nachzugewähren, falls nicht ausnahmsweise dringende betriebliche Gründe eine Nachgewährung verhindern." (§ 2 III 3.)

„4. Wird die Arbeit aus technischen Gründen unvorhergesehen unterbrochen, so kann die Pause verlegt werden ..." (§ 2 III 4.)

Mit der Einführung der gleitenden Arbeitszeit legt der Manteltarifvertrag den 10-Stundentag fest und mit der Einführung von „Zeitschulden" und „Zeitguthaben" wird den Kapitalisten die Zahlung von Zuschlägen für Überstunden erspart:

„Bei gleitender Arbeitszeit kann die tägliche Arbeitszeit bis zu 10 Stunden betragen. Zeitschulden oder Zeitguthaben sind im Abrechnungszeitraum auszugleichen. Betrieblich ist festzulegen, bis zu welcher Höhe Zeitguthaben oder Zeitschulden in den nächsten Abrechnungszeitraum übertragen werden können. Zuschlagspflichtige Mehrarbeit ist die über die betriebliche Normalarbeitszeit hinausgehende Arbeit, soweit sie ausdrücklich angeordnet war. Zeitguthaben sind keine Mehrarbeit." (§ 2 V)

Sogar unbezahlte Überstundenarbeit können die Kapitalisten mit Hilfe des Manteltarifvertrages durchsetzen:

„Bei Angestellten sind gelegentlich geringfügige Überschreitungen der regelmäßigen tariflichen Arbeitszeit mit dem Monatsgehalt abgegolten." (§ 3 I.)

Schier schrankenlose Ausdehnung des Arbeitstages legt der § 5 für die Arbeiter und Angestellten mit Arbeitsbereitschaft und LKW-Fahrer fest:

„Für LKW-Fahrer und Beifahrer, die überwiegend im Güterfernverkehr eingesetzt sind, kann die regelmäßige Gesamtarbeitszeit in der Doppelwoche auf 120 Stunden davon in einer der beiden Wochen auf 65 Stunden ausgedehnt werden, wenn aus besonderen Gründen (z.B. ausgedehnte Routen, Transport von verderblichen und lebenswichtigen Gütern, Verkehrsferne des Betriebes usw.) die Arbeitszeit nach Ziff. 1 (49-Stundenwoche, 10-Stundentag) nicht ausreicht." (§ 5 I 3.)

„Zu der regelmäßigen täglichen 8stündigen Arbeitszeit tritt eine regelmäßige tägliche Arbeitsbereitschaft bis zu 8 Stunden und eine regelmäßige Bereitschaftsruhe von mindestens 8 Stunden" (§ 5 II 1.), womit eine 24stündige Anwesenheit im Betrieb festgelegt ist.

„Auf die Anwesenheitszeit im Betrieb (Arbeitsbereitschaft und Arbeitsruhezeit) muß jeweils eine Freizeit gleicher Länge folgen."

All diese Paragraphen müssen aus dem Manteltarifvertrag gestrichen werden, wenn die Forderung nach der 40-Stundenwoche überhaupt einen Sinn haben soll. Entscheidend ist aber der Kampf gegen die Nachtarbeit, mit der die Kapitalisten die Chemiearbeiter rund um die Uhr aufs schärfste ausbeuten. Nur durch die Beseitigung der Nachtarbeit können die Chemiearbeiter Schritte tun, die Schichtarbeit, die Samstags-, Sonntags- und Feiertagsarbeit abzuschaffen, den *Normal*arbeitstag durchzusetzen und den Kampf für seine Verkürzung auf 7 Stunden an 5 Tagen in der Woche zu führen. – (Z-Red.)

„Die Chance des amerikanischen Marktes wahrnehmen ..."

Große Umwälzungen in der Reifenindustrie

„Der Autoboom hat uns vor dem Gröbsten bewahrt. Er war für uns ein Antrieb, er ist ein Drittel des Geschäftes und was für uns wichtig ist – wir setzen auf die Karte Automobilindustrie, die Erstausrüstung – wir sind durch die Hochleistungsautomobile bauende deutsche Automobilindustrie gezwungen (in Anführungszeichen), Hochleistungsreifen zu produzieren. (....)

Wir haben 20% unserer Personenwagenreifenproduktion in Frankreich. Wenn unsere hannoversche Fabrik in Frankreich wäre, würden wir 30 Millionen allein an Personalkosten im Jahr sparen. Das ist aber nicht die Antwort. Wir müssen auch hier für Beschäftigung sorgen, und das heißt, wir müssen uns etwas einfallen lassen. Mehr Leistung und andere Struktur. (...) Wir haben es durch die Qualität, durch die Automobilindustrie, durch die Tatsache, daß wir zu den ganz wenigen gehören, die heute LKW-Ganzstahltechnologie beherrschen, geschafft, uns Exportvoraussetzungen zu erarbeiten. Aber jetzt kommt die neue Komponente, der Dollarverfall, und das bedeutet für uns, wir müssen uns wieder mehr einfallen lassen, mehr leisten, um die Chance des amerikanischen Marktes ... wahrnehmen zu können. Also in Zukunft setzen wir aber noch mehr auf LKW als auf den PKW. Der PKW wird seine führende Rolle behalten und im LKW ist in Zukunft die Expansion." (Hahn, Vorstandsvorsitzender der Continental AG Hannover, im Nordschau Magazin, 13.3.78)

30 Millionen könnten die Conti-Kapitalisten sparen, wenn ... Sie können es nicht! Aus der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse haben sie den Profit gezogen, mit dem sie in anderen Ländern Fabriken bauen. Sie wollen ihre Bedingungen für den Waren- wie für den Kapitalexport weiter verbessern. "... Die Chance des amerikanischen Marktes nutzen ... Die USA – der größte Reifenmarkt der Welt, Westdeutschland der zweitgrößte. Ein recht handfester Grund, die Produktion nicht aus Westdeutschland auszulagern, sondern die Ausbeutung zu verschärfen, die Konkurrenzschlacht also hier und von hier aus zu führen. 40 Millionen sollen bei Continental für Entwicklung eingesetzt werden und 150 Millionen innerhalb von drei Jahren für Investitionen in den Reifenfabriken, die Hälfte der Gesamtinvestitionen. 300 Millionen Investitionen im ganzen für alle Produktionsbereiche.

Conti hat die Ausbeutung bis an die Grenzen getrieben, Beispiel Reifenherstellung:

In zwei Arbeitsgängen wird der Reifenrohling hergestellt. Im ersten Arbeitsgang wird an den Reifenwickelmaschinen die Karkasse (Reifenunterbau), im zweiten an den Gürtelmaschinen der Rohling fertiggestellt.

Erster Arbeitsgang: Material einhängen (Rollen bis zu 500 kg, nur die großen werden mit Kran eingehängt, die kleinen von Hand, Puls erhöht sich hierbei auf 140), Gummilage auf die Trommel ziehen, Schalter treten – Trommel macht Umdrehung, Messer nehmen, Gummilage durchschneiden, Messer weg, Gummilage an Schnittkanten zusammensetzen, Schalter – Gummilage geht zurück, Kern in Maschinen einsetzen (kreisförmiges Gummiteil, das in sich Stahlgewebe enthält, sitzt beim fertigen Reifen auf der Felge), Schalter – zweite Gummilage kommt, auf die Trommel aufziehen, Messer nehmen, abschneiden, Schalter – zweite Lage weg, Nummer des Wicklers aufkleben, Schalter – Gummistreifen zur Verstärkung, auf die Trommel ziehen, Schalter – Trommel dreht, Gummistreifen abschneiden, Schalter – Gummistreifen weg, Schalter – Maschine dreht. In der Zwischenzeit neuen Kern nehmen und einsetzen. Schalter – fertige Karkasse von der Maschine nehmen.

1,5 Minuten hat der Arbeiter für diesen Arbeitsgang. 256 Karkassen sind der volle Akkord. Die Wickelmaschinen sind zwölf Jahre alt. Damals haben zwei Arbeiter etwa 50 Karkassen gefertigt. Die „Normalbelastung" eines Wicklers drückt sich im Puls von 125 aus.

Bei den Begürtelungsmaschinen sind alle alten Maschinen ersetzt durch neue, Baujahr 1976 und 1977. Alles andere als Erleichterung haben sie für die Arbeiter gebracht. Heute arbeiten an einer Maschine zwei Arbeiter und fertigen pro Schicht 340 Reifen. Vor zwölf Jahren fertigten drei Arbeiter pro Schicht 80 Reifen. Die letzte Akkordverschärfung haben die Conti-Kapitalisten im Januar durchgesetzt. Sie haben die Meßminuten gestrichen, sieben Minuten zu Anfang der Schicht, in denen die Arbeiter die Maschineneinstellung überprüft haben. Pro Schicht pressen die Kapitalisten dem Arbeiter jetzt zwei Reifen mehr ab, im Jahr sind das über 10000.

... im Lkw ist in Zukunft die Expansion ... sechs neue SAV-Maschinen für Lkw-Reifen, das Stück für 3 Mio. DM, haben die Conti-Kapitalisten aus den Arbeitern geschunden. Erst haben drei Arbeiter an zwei Maschinen 48 Reifen pro Schicht gefertigt, dann 58, 60 und jetzt 70 mit zwei Arbeitern.

Das Durchschnittsalter auf der Conti ist 42 Jahre, bei den Reifenwicklern liegt es zwischen 28 und 30 Jahren, lange hält keiner durch. Bei vollem Akkord (145%) verdient der Reifenwickler 13,33 DM die Stunde plus 20 Pfennig innerbetrieblicher Zulage, gearbeitet wird in drei Schichten. Es gibt Zuschläge: für Spätschicht 81 Pfennig, für die Zeit von 22 bis 23 Uhr 2,04 DM und für die Nachtschicht 3,67 DM. Bei einer Nachtschicht im Monat kommt ein lediger Reifenwickler auf 1700 DM netto.

Mit der ständig steigenden Schweißauspressung ging der Versuch massiver Lohnsenkung einher: Vor zwei Jahren haben – in der Hauptsache die Wickler – zwei Tage gegen die Streichung der 3-Schicht-Zulage gestreikt. Die Kapitalisten konnten sich durchsetzen, bis zu 200 DM netto haben sie dadurch den Lohn gekürzt.

Zum 1.1.78 planten die Kapitalisten die Einführung des Pufferlohns (Höchstgrenze 142%). „Versuchsweise" wurde er in einigen Abteilungen eingeführt. Bei 150%-Akkordarbeitern bedeutet die Einführung des Pufferlohns Lohnkürzung bis zu 140 DM. Bei den Wicklern ist er nicht durchgesetzt worden.

Nach Ostern eine Woche Kurzarbeit für 2000 Arbeiter – ein beliebtes Mittel der Kapitalisten, die Ausbeutung weiter zu intensivieren. Das muß aber gar nicht dabei herauskommen. 15 Arbeiter der Conti haben einen Brief an die kämpfenden Metaller geschickt und ihre Unterstützung zugesichert. – (N-Red/Bezirk Hannover)

Mitgliederversammlung beschließt 173 DM Festgeld

Hamburg. Die Mitgliederversammlung der IG Chemie bei den Hamburger Aluminiumwerken hat gegen den Vorschlag des Hauptvorstandes sich für eine Festgeldforderung von 173 DM entschieden. Die Forderung wurde einstimmig bei einer Enthaltung angenommen. Enthalten hatte sich der Ortssekretär Bühler.

Chemie: Forderungen aufgestellt

Hannover/Ludwigshafen. Am 21. März hat die Tarifkommission des Bezirks Niedersachsen der IG Chemie die Forderung für die zum 30. April gekündigten Tarife aufgestellt: 7%, 50 DM für die Auszubildenden. Zuvor hatten in den Betrieben des Bezirkes die Vertrauensleutekörper folgende Forderungen aufgestellt: Wolff Walsrode 7%, mindestens 175 DM; Pelikan Hannover 150 DM; Geha Hannover 5% und 70 DM; Benecke Hannover 5% und 70 DM; Kali-Chemie Nienburg 4% und 50 DM. In Rheinland-Pfalz fordert die Tarifkommission 7% und hat zentralen Verhandlungen mit dem Kapitalistenverband zugestimmt.

Drei Schichten für Lehrlinge

Westberlin. Die Schering-Kapitalisten haben mit den Sozialdemokraten eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen, wonach Chemiefacharbeiterlehrlinge, die über 18 Jahre sind, während der Berufsschulferien Dreischicht arbeiten sollen.

Nach 4%-Abschluß: Verlängerung des Arbeitstags

Düsseldorf. Die Speditionsabteilung bei Mannesmann-Rath ist der Endpunkt der Röhrenproduktion im Werk. Die Verhältnisse hier lassen Rückschlüsse auf alle vorgelagerten Produktionsabschnitte zu. Gegenwärtig machen Werksleitung und Betriebsrat in Optimismus, was die Auftragslage betrifft. Fleißig ordnen die Kapitalisten Überstunden, Dreischicht statt Zweischicht und Wochenendschichten an. So ist vor drei Wochen in der Spedition nach längerer Unterbrechung wieder eine Nachtschicht gefahren worden, um einen Großauftrag möglichst schnell zu verladen. In der darauf folgenden Woche gab es zwar keine Nachtschicht, dafür mußten aber die Arbeiter auf der Spätschicht zweimal statt bis 22 Uhr bis Mitternacht arbeiten. Außerdem ist an den drei letzten Samstagen vor Ostern jeweils samstags in drei Schichten gearbeitet worden. Statt 40 Stunden in der Woche hat jeder Kollege zwischen 48 und 52 Stunden für die Kapitalisten gearbeitet. Der Achtstundentag und die 40-Stunden-Woche stehen nur auf dem Papier. Möglich ist das auf Grundlage des 4-Prozent-Abschlusses. Der Grundlohn beträgt jetzt zwischen 10,55 und 10,59 DM, rund 40 Pfennig mehr brutto in der Stunde.

Jetzt 7% mehr Lohn, mindestens 132 DM!

München. Am Montag herrschte in den beiden Betrieben Münchner Merkur und Süddeutscher Verlag mächtige Empörung über das Verhandlungsergebnis, bislang wurden aber keine Protestmaßnahmen eingeleitet. Der Landesvorstand Baumann betonte auf der Mitgliederversammlung der IG Druck in München, daß auch „Kompromisse" gemacht werden müßten bei der Frage des Lohns und beim Manteltarif und bei den Spartenanhängen. „Anders geht es nicht." Auf der Mitgliederversammlung sind drei Kollegen aufgetreten und haben klargemacht, daß jetzt die richtigen Forderungen nach 7%, mindestens 132 DM mehr Lohn, aufgestellt werden müssen.

Nach Streik und Aussperrung ist die Einheit größer geworden

Wiesbaden. Am Montag wurde die Aussperrung ab 12 Uhr aufgehoben. Die IG Druck und Papier setzte die Schwerpunktstreiks ab 12 Uhr ab. Um 10 Uhr war im DGB-Haus Mainz eine Streikversammlung der Kollegen der Mainzer Verlagsanstalt. Verschiedene Punkte des neuen Tarifvertrags wurden von den Gewerkschaftsfunktionären erläutert. Beifall gab es keinen. Beifall gab es, als es gegen den Kapitalisten ging, der von Streikbrechern Notzeitungen produzieren ließ. Es gab Prämien ab 100 DM. Um 10 Uhr war die Streikversammlung der Arbeiter der Wiesbadener Graphischen Betriebe. Ab 12 Uhr sollte wieder gearbeitet werden. Es wurde einstimmig beschlossen (außer Spätschicht), heute nicht mehr in den Betrieb zu gehen. In der Offsetabteilung sollte Spätschicht eingeteilt werden für den Rest der Woche. Das wurde abgelehnt.

Aktion gegen Presseerklärung der Kapitalisten

Osnabrück. Am Montag, den 20. März, mußten die Arbeiter der „Neuen Osnabrücker Zeitung" ab 12 Uhr wieder arbeiten. Für die Dienstagsausgabe der „Neuen Osnabrücker Zeitung" wollten die Kapitalisten eine Meldung über das Nichterscheinen der Zeitung reinbringen, mit deren Inhalt die Arbeiter nicht einverstanden waren. Daraufhin wurde erst einmal eine Versammlung abgehalten, auf der die Sache beraten wurde. Der Chef solle her und Stellung nehmen, verlangten die Arbeiter. Dieser war nachts um 24 Uhr nirgends aufzutreiben. Der Direktor wurde aus dem Bett geklingelt. Nach langem Hin und Her einigte man sich, daß der Betriebsrat am nächsten Tag eine Gegendarstellung in die Zeitung setzt. Während der ganzen Zeit wurde so gut wie gar nicht gearbeitet.

Wirtschaftsförderung: Ausbau der Expansionsbasis der Kapitalisten

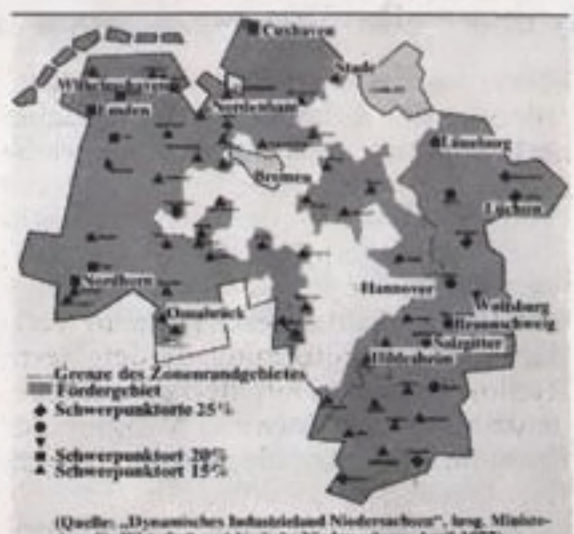
„Eine Gewerbeansiedlung wird in Niedersachsen nicht an fehlenden Landesmitteln scheitern", verspricht die CDU in ihrem Landtagsprogramm den Kapitalisten. Der Jahreswirtschaftsbericht Niedersachsen 1977 zieht Bilanz über das Erreichte: „Niedersachsen verfügt:
– an den Flußmündungen von Ems, Jade, Weser und Elbe über leistungsfähige Häfen mit seeschifftiefem Wasser; Wilhelmshaven ist der einzige deutsche Tiefwasserhafen für Schiffe bis zu 250000 tdw;
– über 17000 Hektar erschlossenes preisgünstiges Industriegelände;
– über ein leistungsfähiges Netz an regionalen und überregionalen Verkehrsverbindungen auf Straßen, Schienen und Wasserwegen;
– über ein breitgefächertes und langfristig gesichertes Energieangebot."



Der Wilhelmshavener Hafen soll weiter ausgebaut und die anderen Nordseehäfen stärker gefördert werden. Geplant sind die Autobahnen: Küstenautobahn Holland – Schleswig-Holstein, Emslandautobahn, die die Nordseehäfen mit dem Ruhrgebiet verbindet, Stade-Lüneburg-Autobahn, schon vorgeplant, wenn die Autobahn Westberlin-Norddeutschland gebaut wird und eine Verbindung von Wolfsburg in die DDR.

Das Land Niedersachsen sieht in seinem Haushalt 1978 1355460900 DM für Bauausgaben, Investitionen und Investitionszuschüsse und besondere Finanzierungsausgaben vor, das sind 120030000 DM mehr als 1977. Für die kommunale Infrastruktur wurden in den Jahren 1972 bis 1976 vom Land und dem Bund 861688000 DM an Zuschüssen und 263144000 DM an Krediten vergeben. Standort-Nachteile sollen so ausgeglichen werden, strukturschwache ländliche Gebiete gefördert werden.

Tatsächlich sind dies alles Vorleistungen, ohne die kein Kapitalist sich in Niedersachsen „ansiedeln" würde. Sie schaffen den Kapitalisten tote Kosten vom Hals, die sonst auf ihre Profitrate drücken würden, senken z.B. die Transportzeiten und damit Transportkosten. Die Hauptzuschüsse gehen



(Quelle: „Dynamisches Industrieland Niedersachsen", hrsg. Ministerium für Wirtschaft und Verkehr Niedersachsen, April 1977)

dann auch in die ehemaligen Regierungsbezirke Braunschweig, Oldenburg und Aurich. In Braunschweig gibt es die meisten Industriearbeiter Niedersachsens, und dort wird über 20% des Umsatzes der niedersächsichen Industrie erarbeitet. Aurich und Oldenburg mit den Häfen Emden, Leer, Wilhelmshaven sind wichtige Stützen im Expansionsprogramm der westdeutschen Imperialisten, Umschlaghäfen für Rohstoffe. Aus der Karte kann man gut entnehmen, daß diese Gebiete weiter gefördert werden sollen: Denn „Niedersachsen liegt zwischen EG und Comecon" – in der EG wollen die westdeutschen Imperialisten die Vormachtstellung erreichen, im Comecon neue Märkte erobern. – (N-Red.)

Puvogel, zurück ins Glied

*„Die leitenden Grundgedanken bei der Entmannung gefährlicher Sittlichkeitsverbrecher", Dissertation zur Erlangung der juristischen Doktorwürde ..., vorgelegt von Hans Puvogel, Gerichtsreferendar, 1937

Feldherrenträume
Schmidt in der Kaiserpfalz

Goslar. Die „DZ" (Zeitung der SPD für Niedersachsen) erschien am 21.3. mit folgender Schlagzeile: „Arbeitskampf: Jetzt auch Druck auf die Metaller – Aussperrung – Rücksichtslose Maßnahme/SPD stützt Arbeitnehmer". Untendrunter in rot umrandetem Kasten: Foto von Kanzler Schmidt beim Goslarschen Bankett, wo er sich am Freitag vorletzter Woche zusammen mit 180 Bourgeois und bewacht von 120 Polizistenn den Bauch vollgeschlagen hat. Schmidt hat das Ganze als „Arbeitsessen" bezeichnet.
als „Arbeitsessen" bezeichnet.

Geladen hatte die Stadt Goslar „zu dem schon traditionellen mittelalterlichen Schmaus" neben Schmidt „180 Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Kunst, Kirche, Publizistik, Justiz und Bundeswehr"

Die „Speiß-Kart" nach Rezepten aus dem Kochbuch von 1587 des kurfürstlichen Mundkochs Marxen Rumpolt bot „Vorspeiskappaunen mit Muscatenblüt, Petersilgen Wurtzel, grüngeferbet mit wolschmeckende Kräuter, sauer eyngemacht mit Limonien". Nach einer pikanten Krautsuppe wurde unter dem Signal von Trompeten der „Braten von einem Beeren", kurz zuvor in Sibirien geschossen und noch unzerteilt in früherer Gestalt, von Fackelträgern umgeben, in den Saal getragen, was die versammelten in der Tradition der untergegangenen Feudalklasse schwelgenden Bourgeois sichtlich entzückt haben soll. Den Abschluß bildeten „frische Feigen in Teig, aus Wein und Mehl gewalget, am Spieß gebacken und warm serviert". Zum „Beeren" wurde Rotwein getrunken, ansonsten Bier und schließlich „Kräuterschnaps zur Bewältigung der leiblichen Genüsse".

Kanzler Schmidt hat der erlauchte Kreis und die festliche Stimmung beflügelt. Vom Herold ließ er sich als „hochwohlmögender Kanzler des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, unseres Reiches Steuermann" begrüßen.


[redacted]

Der Bau der Kaiserpfalz (1005 bis 1015 / Heinrich II) „bedeutete die Schaffung eines neuen Stützpunktes kaiserlicher Macht im Norden Deutschlands mit dem Harz als Zentrum" (Goslar – die 1000-jährige Kaiser- und Reichsstadt im Harz). Der Wahlspruch Heinrichs: „Erneuerung des Frankenreichs", war unter Karl dem Großen Anfang des 9. Jahrhunderts das Gebiet der sechs EWG-Gründungsländer bis auf Süditalien, die Bretagne und Teile Norddeutschlands (Schleswig-Holstein) umfaßt hat. „In ihr (der Kaiserpfalz, Red.) hat sich im 11. Jahrhundert nicht nur deutsche, sondern auch europäische Geschichte vollzogen" (ebenda). Unter Friedrich I., genannt „Barbarossa", fanden die Reichstage in der Goslarer Kaiserpfalz statt, die jedesmal mit rauschenden Festen und großen Gelagen verbunden waren. Der Staufferkaiser Barbarossa hatte Mitte des 13. Jahrhunderts mehrmals versucht, Italien zu unterwerfen, scheiterte aber letztendlich. Unter Wilhelm I. wurde in der Kaiserpfalz nach dem gewonnenen Krieg gegen Frankreich die erste Reichsversammlung des neuen deutschen Reiches (1871) durchgeführt.

Um ihre Expansionspläne in die Tat umzusetzen, brauchen die westdeutschen Finanzbourgeois einen gepfefferten Lohnraubabschluß. Die hartnäckigen und zähen Streikkämpfe der Druck- und Metallarbeiter gegen die dauernden Lohnsenkungen sind ihnen gehörig in die Knochen gefahren. Jedenfalls hat sich Schmidt, der noch im Fernsehen auf die Frage, ob er sich nicht direkt einschalten wolle, von „Beibehaltung der Tarifautonomie" erzählt, angesichts der in der Kaiserpfalz versammelten Bourgeoismeute, hochpeitschen lassen: Streik sei kein
hochpeitschen lassen: Streik sei kein
nationales Unglück, „aber Konfrontation der sozialen Gruppen darf nicht ein Dauerprozeß werden, sondern sie muß immer wieder in den Ausgleich, den sozialen Konsens münden" (Goslarsche Zeitung). Streiken die Arbeiter trotzdem weiter, droht Schmidt: „Wer das nicht will, taugt nicht zur Wahrnehmung des Friedens" (Braunschweiger Zeitung). Zu vorgerückter Stunde und im festen Glauben, unter seinesgleichen zu sein (die im Saal anwesenden Polizisten und das Personal wurden zweimal vereidigt), soll der Kanzler in Tischgesprächen noch viel weiter gegangen sein und unter ausdrücklicher Zustimmung der übrigen Bourgeois seine tatsächlichen Absichten zum Druckerstreik geäußert haben, daß das nächste Mal (auch schon bei den Metallarbeitern) erst gar kein Schlichter eingesetzt würde. Wenn Arbeitswillige gehindert oder die Arbeiter in Demonstrationen auf die Straße gehen, solle gleich Polizei, auch mit chemischen Kampfmitteln, nicht nur mit Schlagstöcken, vorgehen. Man spuckt schon andere Töne auf einer Bourgeoisorgie und bewacht von etlicher Polizei als auf einer Betriebsversammlung vor etlichen tausend Arbeitern. – (Bezirk Südostniedersachsen)

„Prioritäten für die Braunschweiger Region" – Massenentlassungen, Lohnsenkung, Arbeitshetze

Braunschweig. „Wir müssen neue Wege finden, für die Region etwas zu tun", so Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht jüngst im Gespräch mit der „Braunschweiger Zeitung". Mit Wirtschaftsminister Küpker sei inzwischen abgesprochen, „Braunschweig in der Prioritätenliste für Wirtschaftsförderung weit nach oben zu holen", „wir haben das in den vergangenen Tagen intensiv im Kabinett diskutiert".

Welche „neuen" Wege sollen das sein? Die „Wirtschaftsförderung" für
sein? Die „Wirtschaftsförderung" für
VW hat in der Vergangenheit in folgendem bestanden:

Im April 1975 kündigt Schmücker die Entlassung von 25000 VW-Arbeitern bis 1976 an. Am 2.5.75 hat der Planungsausschuß von Land und Bund zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" ein bis zum 31.12.77 befristetes VW-Sonderprogramm beschlossen. 210 Mio. DM an Zuschüssen für Rationalisierungsinvestitionen hat VW bekommen, zusätzlich hat das Land Niedersachsen 23 Mio. DM für Infrastrukturinvestitionen zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig wurden die Höchstpräferenzen für Wolfsburg und Salzgitter um 10% auf 25% angehoben. Das Ergebnis für die Arbeiter: Steigerung des Akkords, z.B. ist durch die Einführung von Weingartenpressen für Stoßstangen die Stückzahl von 1500 auf 6000 erhöht worden; Intensivierung der Arbeit: An der automatischen Golf-Schweißstraße arbeiten 40 Arbeiter, vorher an der manuellen Käfer-Schweißstraße 248 Arbeiter; Lohnsenkung: 1978 soll eine Grünsandanlage aufgebaut werden, an der nur noch Arbeiter in den niedrigen Lohngruppen arbeiten sollen. Für die Kapitalisten hat sich das groß gelohnt. Sie haben ihr Expansionsprogramm in die USA verwirklicht.

Die „neuen" Wege können in nur noch mehr Schweißauspressung für die Arbeiter bestehen, weiteren Lohnsenkungen und größerer Auspressung der Volksmassen über Gebühren und Steuern.

Bei Rollei hat sich unter direktem Diktat der Norddeutschen Landesbank (NOLA) gleiches vollzogen:

1972 macht die Fotofirma Voigtländer Pleite, von der Firma Rollei, Frank & Heidecke niederkonkurriert. Es wird unter Vermittlung der Landesregierung eine Auffanggesellschaft „Voigtländer GmbH" gegründet, die zunächst 650 der vormals 1700 Arbeiter und Angestellten übernimmt. Beteiligt sind Rollei (damals noch Aktienmehrheit bei Zeiss-Ikon), Carl Zeiss und die Bank für Gemeinwirtschaft mit je einem Drittel am Kapital von 3 Mio. DM. Das Land Niedersachsen übernimmt eine Bürgschaft aus Mitteln der „Zonenrandförderung", die Stadt Braunschweig zahlt 6,7 Mio. DM für „Infrastrukturmaßnahmen" aus Mitteln der Zonenrandförderung. Das Land Niedersachsen beteiligt sich über die NOLA mit einem Aktienanteil von 46,7% an der Überführung von Rollei, Frank & Heidecke in die Rollei AG, den weiteren Aktienanteil hält die Hessische Landesbank, die restlichen 3% der frühere Kapitalist Frank. Rollei übernimmt den BfG-Anteil der Voigtländer GmbH, hält somit 2/3 der Anteile. Bis 1973 wurden in zwei Jahren 140 Mio. DM bei Rollei investiert.

Entlassung von 210 der noch 380 bei Voigtländer verbliebenen Arbeiter und Angestellten, die restlichen 170 arbeiten praktisch nur noch für Rollei. Rollei kündigt vom 31.1.75 bis 30.6. im Braunschweiger Werk 600 Entlas-
im Braunschweiger Werk 600 Entlas-
sungen der ca. 2100 Beschäftigten an. Der Vorstandvorsitzende Hähnelt der NOLA wird Aufsichtsratsvorsitzender bei Rollei, kündigt diese Entlassungen an und sagt gleich, daß er im Inland von 2400 auf 1000 Beschäftigte will, bei Rollei Singapur von 6000 auf 3000. Die NOLA hat bis Juni 1975 340 Mio. DM für ihren Einstieg bei Rollei aufgewendet, das Land Niedersachsen mußte dafür eine Deckungszusage von 250 Mio. DM machen. Für 60 Mio. DM erwirbt die NOLA die 100%-Mehrheit an Rollei-Singapur. Die Belegschaft des Braunschweiger Rolleiwerkes ist inzwischen auf 1470 Beschäftigte geschrumpft, Rollei weist für 1975 ein Investitionsvolumen von 25 Mio. DM aus, macht einen „Bilanzverlust" von 85 Mio. DM.

Bis zum September 1976 hat Rollei-Braunschweig wieder 1650 Beschäftigte, Vorstandsvorsitzender Peperzak fordert vom Land Unterstützung für eine eigene Objektivfertigung, die 200 Arbeitsplätze schaffen soll.

In Abstimmung mit dem NOLA-Vorstand und Aufsichtsrat wird am 2.2.77 die Reduzierung der Belegschaft in Braunschweig von 1800 auf 1000 angekündigt. Im März 1978 hält die NOLA inzwischen 97% des Aktienkapitals von Rollei, hat also die Anteile der Hessischen Landesbank gekauft. Der Beschluß des NOLA-Vorstandes wird bekanntgegeben, daß inzwischen Verhandlungen über den Verkauf des Braunschweiger Rollei-Werkes geführt werden, die Produktion vor allem der mittleren Kameras soll ganz nach Singapur verlagert werden, wo die Belegschaft inzwischen auf 4000 Beschäftigte gesunken ist. In Braunschweig soll nur noch Forschung und Entwicklung und die Produktion einer hochwertigen, komplizierten Kamera verbleiben. Der NOLA-Vorsitzende: „Rollei hat 1977 einen Verlust von 60 Mio. DM gemacht, deshalb müßte eine Straffung der Investitionen vorgenommen werden und die Kosten heruntergedrückt werden. Die Produktionsverlagerung sei logisch, weil die Differenz gerade bei den Fertigungslöhnen so hoch sei." Er gibt bekannt, daß bei Rollei auf jeden Fall 476 Arbeiter und Angestellte entlassen werden, zur Zeit sind noch etwa 1200 beschäftigt, für 1979 wird der Abschluß eines weiteren „Sanierungsprogramms" angekündigt. – (Bezirk Südostniedersachsen)

Je schneller der Verschleiß, desto höher die Kosten

Die Funktionäre des Finanzkapitals organisieren nicht nur Ausbeutung und Unterdrückung, sie kosten auch noch eine Menge. Und sie kosten um so mehr, je schneller sie sich verschleißen. Nicht bloß Reisen, Galadiners, Kuraufenthalte und Villen. Aber hier hat sich selbst die Bundesregierung, die ja Erfahrung in solchen Dingen hat, erheblich verschätzt. Vermutlich hat sie mit einem derartigen Verschleiß nicht gerechnet. 29782,05 DM Mehrbedarf insbesondere wegen notwendiger zusätzlicher Auslandsreisen des Bundeskanzlers mußten zugelegt werden. 350000 DM waren veranschlagt. Lokis Reisen auf die Galapagos und nach Borneo auf der Suche nach der schwarzen Orchidee noch gar nicht dazugerechnet.

Es gibt aber noch erstaunlichere Fehlkalkulationen: Mehraufwand aus Anlaß eines Entführungsfalls für die im Bundeskanzleramt zusammengetretenen Beratungsgremien 11205,34 DM. Bewacht werden mußten sie auch mehr, als sie gerechnet hatten: 57166,49 DM über die mit 130000 DM veranschlagte Summe hinaus.

Die „Zusammenstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im IV. Vierteljahr des Haushaltsjahres 1977" jedenfalls ist ein Dokument des für die Bundesregierung unerwartet starken Verschleißes. Insgesamt verursachte er Kosten von 1138558895,87 DM. Es sind Summen dabei wie über 168 Mio. außerplanmäßiger Versorgungsbezüge für Witwen und Witwer. 8 1/2 Millionen DM zusätzliche Bewachungskosten sind im Haushalt des Bundesministeriums für Verteidigung zu den bereits veranschlagten 225 Millionen dazugekommen.

Nun sollte man annehmen, daß die Kosten gesenkt werden, wenn der Verschleiß sich dahingehend zuspitzt, daß er die Form von Rücktritten oder anders geartetem Ausscheiden des jeweiligen Ministers annimmt. Die Minister Leber, Schlei, Rohde und Ravens waren kürzlich davon betroffen. Doch das macht erst recht zusätzliche Kosten. Nicht bloß, wie jedermann sich denken kann, die Pensionen, die jetzt zusätzlich zu den Gehältern der neuen Minister gezahlt werden müssen und über deren Höhe der Bundestag sich ausschweigt, um die persönliche Sphäre nicht zu verletzen und das Datengeheimnis zu wahren. Nein, eine Reihe von Umstellungen ist nötig. Neue Bilder müssen beispielsweise gemacht werden. 6500 Stück vom neuen Verteidigungsminister Apel für die Kasernen, damit der Oberbefehlshaber bekannt ist. Die Bilder von Leber werden beseitigt. Sie hatten 2254,86 DM gekostet. Ohne Rahmen, denn es werden Wechselrahmen verwendet, die für den schnellen Verschleiß billiger sind. Das Konterfei Apels wird „voraussichtlich 2500 DM nicht überschreiten." Schmidt war schon als Verteidigungsminister eine Sonderklasse. Seine Bilder sollen 80000 DM gekostet haben.

Und Apel hat nur eines von fünf neubesetzten Ministerien.

Wer nun annimmt, daß die Kosten, die diese Leute den Volksmassen verursachen, beendet sind, wenn sie tot sind, liegt falsch. 228224,12 DM hat es gekostet, Altbundeskanzler Erhard, Generalbundesanwalt Buback und BDI/BDA-Präsident Schleyer standesgemäß unter die Erde zu bringen verbunden mit einer großen Propagandaveranstaltung, genannt Staatsakt.

Das sind also pro vollständigem und endgültigem Verschleiß eines solchen Funktionärs 76074 Mark und 71 Pfennige. Die Unfallrenten für die Hinterbliebenen kommen dazu.

Ob zukünftig die Haushaltsposten für Staatsbegräbnisse aufgrund der Befürchtungen der bürgerlichen Politiker über weitere Tätigkeiten der „Terroristen" von vornherein höher veranschlagt werden sollen, war von den zuständigen Stellen noch nicht in Erfahrung zu bringen. – (Z-Red.)

Elisabeth-Krankenhaus in Westberlin als Sterbefabrik für Rentner bezeichnet

1. Verfahren durch Klinikleitung endet mit Freispruch

Gegen die Zustände im Elisabeth-Krankenhaus in Westberlin führen die Beschäftigten einen zähen Kampf. Sie nehmen es nicht hin, wenn verrentete Arbeiter sich zum Beispiel nur noch durch Flucht aus dem Hospital vor der frühen Vernichtung retten können.

Mitten im Winter sah man Patienten im Bademantel, denen der Ausbruch trotz abgesperrter Türen gelang, die einfach nach Hause wollten. Die Krankenhausleitung unter der Führung des Herrn Rudloff versuchte, den Beschäftigten ständig Mehrarbeit aufzuzwingen. Zwei Studenten, die im letzten Sommer während ihrer Semesterferien dort arbeiteten, unterstützten den zähen Kampf der Beschäftigten. Die Köchinnen verweigerten die verordnete Mehrarbeit, die Krankengymnastinnen, nach Aussage des Herrn Rudloff die „Faulsten", verbaten sich eindringlich in einem Protestbrief diese Frechheiten. In dem Maße, wie sich der Zusammenschluß der Beschäftigten gegen die Krankenhausleitung und die Maßnahmen des Senats über Bettenstreichungen und Krankenhausschließungen organisierte, sann Herr Rudloff darauf, diese Bewegung zu unterdrücken. Er entließ die zwei Studenten und hängte ihnen Strafverfahren wegen „Hausfriedensbruch" an.

Als der Bettenbedarfsplan des Senats, ein Teil der Umsetzung des Ehrenbergschen Vernichtungsprogramms vor Ort, die Schließung des Elisabeth-Krankenhauses für 1980 anordnete, sah Herr Rudloff seine Chance gekommen. Die gerechte Empörung der Massen gegen die Schließung mehrerer Krankenhäuser versuchte er zu nutzen, um das Krankenhaus in seiner ganzen Pracht zu retten. Dafür ließ er Gutachten anfertigen, die die solide Finanzsituation von einer Wirtschaftskommission bestätigten. Herausgeschunden wurde sie auf Kosten der Mehrarbeit für die Beschäftigten und die sich verschlechternde medizinische Versorgung der Patienten.

Die Liegezeit wurde verkürzt, durch Personalmangel konnte zum Beispiel ein Türkenjunge, der mit Schnittwunden an der Hand eingeliefert wurde, nicht richtig behandelt werden. Die Wunde infizierte sich und man machte kurzen Prozeß, die Fingerkuppen wurden amputiert. Mehr Personal könnte bei der Pflege der Patienten die Liegestellen vermeiden. Bleibt keine Zeit zum Fönen, Massieren etc. oder werden keine Spezialbetten angeschafft, müssen die Patienten sich halt quälen. Einfache Wahrheiten, daß es sich im Hospital um eine Rentnersterbefabrik handelt, konnte von Herrn Rudloff in einem Brief an die Kommunistische Volkszeitung dann auch nicht widerlegt werden. Herr Rudloff startete den Versuch, über die Gründung einer Bürgerinitiative den Aufbau einer gewerkschaftlichen Betriebsgruppe zu verhindern. Mit treuen Gefolgsleuten besetzte er den Initiativausschuß, der jedoch bald feststellen mußte, daß keinerlei Interesse bei den Beschäftigten für dies Projekt vorlag.

Es war auch unschwer zu erkennen, was in dem Kampf „für die gute Sache" und mit „Freizeit opfern" gemeint war. Auf dem Prozeßtermin war der Herr Rudloff Zeuge. Daß der „Hausfriedensbruch" nur Vorwand war, um die Enthüllung über die Zustände im Krankenhaus zu unterdrücken, bewies er selbst. Sofort erwähnte er das Ergebnis eines Gutachtens über die Hygiene im Krankenhaus und wo insbesondere das Hospital vorbildlich dabei wegkommt. Er eröffnete dem Gericht die Absicht, einen Diavortrag zu erstellen, um dem Vorwurf „er bringe Leute um" entgegenzuwirken. Auf Nachfrage der Angeklagten, ob denn auch z.B. der Betriebsrat von Mercator sich diesen Diavortrag ansehen dürfte, schäumte er vor Wut. Nein, nur für die Beschäftigten. Was ihn plagt, ist, daß der Betriebsrat das Inspektionsrecht für dieses Krankenhaus gefordert hatte, denn bei Unfällen ist es zuständig. Die „ultimative" Aufforderung des Betriebsrates hatte er verboten. Mit dem Diavortrag ist es auch so eine Sache, denn wer läßt sich auf Farbphotos blauen Dunst vormachen. Rudloff läßt Propagandamaterial sammeln, um die Wahrheit zu unterdrücken. Wir dagegen stützen uns auf die Tatsachen. Als die Angeklagten für diesen Prozeß Flugblätter vor dem Hospital verteilten, wurden sie stapelweise von Patienten und ihren Angehörigen mitgenommen.

Herr Rudloff kam mit dem „Hausfriedensbruch" nicht durch. Gerichtlich konnte er nicht festgestellt werden. Nun hat er Anzeige wegen Beleidigung gestellt. Nutzen wird es ihm wenig, denn Mercatorarbeiter haben sich das Hospital trotzdem angesehen und die Zustände bestätigt. Auch den nächsten Prozeß wird man nutzen, das Programm der Bourgeoisie weiter zu enthüllen und anzugreifen. – (Bezirk Westberlin)

Renovierung einer Station bei voller Belegung verhindert

Westberlin. Krankenhaus Neukölln. Die Krankenhausleitung wollte die Station 22 (40 Betten) bei voller Belegung renovieren lassen. Unerträglicher Lärm, Schmutz, Gestank von Lösungsmitteln bewirkten Verschlechterung des Zustandes bei Lungenpatienten, geschwollene Augen beim Personal, laufende Nasen, Hustenanfälle und allergische Erscheinungen. Das Personal forderte die Sperrung von mindestens zehn Betten. Eine Protestresolution wurde vorbereitet. Am nächsten Tag versuchten der Chefarzt, der Oberarzt und die Oberschwester die Beschäftigten und Patienten unter Druck zu setzen. Den Patienten rieten sie, doch nach Hause zu gehen, wenn sie den Gestank nicht ertragen könnten. Die Beschäftigten standen geschlossen hinter ihren Forderungen. Daraufhin wurden zehn Betten gesperrt und vier Patienten auf eine andere Station verlegt. Der Chefarzt mußte sich für seine Ausfälle vom Vortag entschuldigen.

Polizeiüberfall wegen Enthüllung über den Raub an Spendengeldern der ZANU

Westberlin. Vor Bilka-Zoo wurde am 25.3. auf Stelltafeln folgender Text angebracht: „ . . . 105 000 DM Spendengelder hat das Regierungspräsidium Tübingen beschlagnahmt. Spendengelder, die aus der Sammlung zur Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA stammen und Eigentum der ZANU/Patriotische Front sind. Dieses Gangsterstück unterscheidet sich von einem normalen Bankraub dadurch, daß die Herren vom Regierungspräsidium ohne Maske und Pistole erschienen, sondern mit einem Schriftstück. Wie wild ist der westdeutsche Staatsapparat, der dazu da ist, das Eigentum der Kapitalistenklasse zu sichern, hinter dem Geld und dem Eigentum her, das dem Kampf gegen die reichen Geldsäcke dient." Unter dem Vorwand der Nichtgenehmigung von Stellwänden wurden Genossen des KBW, ein Passant, der vom Überfall Fotos machte, die die Polizei sofort vernichtete, und eine Genossin der KPD festgenommen. Für den „beleidigenden Inhalt" hätten sie sich noch zu verantworten, drohte die Staatsmacht. Insbesondere der Versuch, durch den Überfall die geraubten Gelder um 12 DM Spenden zu erhöhen, ist fehlgeschlagen. Die Dose wurde rechtzeitig geleert.

Emsländer Bauern kämpfen gegen Atomkraftwerke und Speicherseen

Im Rahmen ihres imperialistischen Energieprogramms will die Bourgeoisie im Emsland 5 200 MW Atomenergie und einen 50 Mio. cbm Kühlwasserspeichersee durchsetzen. Mit allen Mitteln versucht sie das. Das Emsland habe die Chance „Energieprovinz" zu werden, Kernkraft würde Arbeitsplätze bringen, „viele Beschäftigungslose hoffen auf eine Antwort" heißt es in der „Meppener Tagespost" vom 23.3. Die industrielle Reservearmee versuchen sie für ihre Profitinteressen ins Feld zu führen. ÖTV-Ge-

gespost" vom 23.3. Die industrielle Reservearmee versuchen sie für ihre Profitinteressen ins Feld zu führen. ÖTV-Ge-

schäftsführer Holtgreve trommelt in einem Zeitungsinterview in die gleiche Richtung. Er tritt dort als „Bürger von Geeste", wo der Speichersee hin soll, auf. Daß er seit Oktober Aufsichtsratsmitglied bei den RWE ist, wurde dabei bekannt. Nach dem Interview ist ihm in Telefongesprächen und auch sonst gehörig die Meinung gesagt worden von den Bauern in Geeste.

Viele Bauern sind gegen die Anlagen, sie wissen, daß ausströmende radioaktive Stoffe Milchwirtschaft so gut wie unmöglich machen würden, das träfe besonders die kleinen Bauern, die nicht umstellen können auf andere Produkte. Vom Speichersee droht Höhersteigen des Grundwassers und damit ebenfalls Gefahr für die Landwirtschaft. Außerdem wollen die Anwohner nicht das Emsland durch 20 m hohe Deiche verschandeln lassen, zu deren Sicherheit sie zudem ausgesprochen wenig Vertrauen haben. Das sei alles „Katastrophenhysterie, die von einer Unkenntnis technischer Vorgänge und Zusammenhänge zeuge", meint dagegen der Direktor des Kraftwerks Lingen (Meppener Tagespost, 23.3.). Mit ihren Versuchen, die Bauern im Emsland für dumm zu verkaufen, sind die Herren von RWE und VEW nicht weit gekommen: Bei einer Versammlung im Februar in Geeste ist ihren hochbezahlten Wissenschaftlern von den 400 Anwesenden recht deutlich die Meinung gesagt worden: „Ihr wollt uns mit dem See und den Atomkraftwerken das ganze Dorf und die Höfe kaputtmachen. Wir wollen den See hier nicht haben!", betonte einer der Bauern unter großem Beifall.

RWE und VEW versuchen jetzt anders den Widerstand zu brechen: In Hüntel (wo eins der Kraftwerke hin soll) hat ein Bauer für 48 ha Land 120 ha Ersatzland plus Straßen-, Wege-, Wasser- und Stromanschluß, plus einige Zehntausender „Startgeld" bekommen. Vertreter der Bürgerinitiativen schätzen dieses Manöver als Spaltungsköder ein. Bekannt ist zumindest, daß im Emsland auf keinen Fall genügend Ersatzland vorhanden ist für die fünf bis sechs Bauern, die nach Angaben des Gemeinderates von Geeste mit Haus und Hof aussiedeln müßten, würde die nördliche Variante des Sees gebaut.

Die Spaltungsmanöver ziehen nicht. Der Gemeinderat hat in einer Stellungnahme an den Regierungspräsidenten zum Raumordnungsverfahren den Bau des Sees abgelehnt (18:2:1). Die Bürgerinitiativen Aschendorf, Cloppenburg, Meppen, Geeste und Lingen, die sich z.T. schon im Kampf gegen die Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie in Wippingen gegründet haben und insgesamt ca. 2 000 Mitglieder – hauptsächlich Bauern – zählen, haben am letzten Montag beschlossen, durch die Gründung einer Art Dachverband ihre Zusammenarbeit zu verstärken, und ihre Schlagkraft zu erhöhen. Der Schwerpunkt bei den für die Zukunft geplanten Untersuchungen und in der Agitation gegen die Projekte soll bei den Problemen „Arbeitsplätze" und „Landwirtschaft" liegen. An den Ortsausfahrten von Meppen und Geeste will man große Stelltafeln mit Parolen gegen Atomkraftwerke und Speicherseen aufstellen. Regelmäßige Infostände in den verschiedenen Orten im Emsland sind geplant. Nach den Osterferien soll ein Autokorso durch das Emsland durchgeführt werden mit Kundgebungen in mehreren Ortschaften. – (Bezirk Münsterland/Emsland, Zelle Meppen)

Der Schwindel mit der flexiblen Altersgrenze ist aufgedeckt

Rentenanpassungsbericht '78: „Die Rentenformel von 1972 hat sich bewährt"

Am 10. März hat die Bundesregierung den Rentenbericht 1978 vorgelegt, das Begleitdokument zum 21. Rentenanpassungsgesetz, mit dem Ehrenberg der Politik des Finanzkapitals gegenüber den Rentnern für die nächste Zeit Kontur gegeben hat. Im Lager der bürgerlichen Parteien gibt es Krach, der Sozialbeirat ist sich uneins, die Sozialdemokraten in der DGB-Spitze haben das 21. Rentenanpassungsgesetz abgelehnt und fordern statt der vorgesehenen Erhöhung von 4,5% für 1979 4% für 1980 und 1981, die Vorziehung der Einführung des Krankenversicherungsbeitrages für die Rentner. Im bürgerlichen Lager besteht die Uneinigkeit wie so oft über die Methode, das Tempo und die Spaltungslinien, derer sich die Bourgeoisie bedienen soll, um aus den Versicherungskassen der Arbeiter das zu machen, was sie für die Kapitalistenklasse sein sollen: sprudelnde Quellen aus Lohngeldern verwandelten Kapitals.

Mit den im 21. Rentenanpassungsgesetz vorgesehenen Erhöhungen der Renten für die nächsten Jahre ist das Ganovenstück der Abkoppelung der Renten von den Löhnen auf dem Tisch gelandet. Die für 1981 gleichzeitig vorgesehene Steigerung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung von 18 auf 18,5% in einer Lage, wo das Reallohnniveau der Arbeiterklasse merklich gesunken ist, greift die Bourgeoisie demagogisch auf, um die „soziale Gerechtigkeit" zu beschwören. Es könne nicht alles von den Arbeitern getragen werden, die Rentner, denen es verhältnismäßig gut gehe wegen der stark gestiegenen Renten der letzten Jahre, müßten auch ein Opfer bringen. Und das Opfer ist dann der Krankenversicherungsbeitrag ab 1982. Unter der Herrschaft der Bourgeoisie über die Solidarkassen der Proletarier verwandeln sich alle Fragen der Reproduktion in weitere Maßnahmen zur Ausplünderung und Unterdrückung. Der nächste Coup ist bereits formuliert. Im 21. Anpassungsgesetz wird die Senkung der Neurenten um etwa 3% festgeschrieben. Ehrenberg hat sich bemüht, die „soziale Ungerechtigkeit" zu beseitigen, daß die Neurenten von 1978 höher sind als die Bestandsrenten von 1979, weil erstere noch nach dem Steigerungssatz der Beitragsbemessungsgrundlage um 7,2% erhöht werden. Deshalb sollen die Neurenten im kommenden Jahr nicht um 4% erhöht, sondern an die Bestandsrenten „angeglichen" werden.

Solch infame Betrügereien sind möglich, weil die gesamte Rentenformel an jedem einzelnen ihrer Bestandteile Ansatzpunkte für Unverschämtheiten bietet. Sie ist selbst ein bürgerliches Machwerk, in dem die Ungleichmäßigkeit und Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise als „individueller Rentenfaktor" in Erscheinung tritt, die Spaltung des Lohnsystems die Rentenbeträge durchzieht und die verschiedenen Rentenarten (Berufsunfähigkeits- (BU-) Rente, Erwerbsunfähigkeits- (EU-) Rente, Altersruhegelder ab 65, 63, 62 Jahren) die Wirkungen der verschärften Ausbeutung und den Verschleiß bzw. die Ruinierung der Arbeitskraft zur Grundlage haben.

Die Spaltung der Renten in verschiedene Arten oder – nach der Propaganda der Bourgeoisie – die Errungenschaft der flexiblen Altersgrenze ist ein weiteres Beispiel bürgerlicher Betrugsmanöver, das inzwischen als solches beweisbar ist. 1972 hat der Bundestag das Rentenreformgesetz beschlossen, demzufolge sich Arbeiter und Angestellte, die mindestens 35 anrechnungsfähige Versicherungsjahre nachweisen, schon mit 63 Jahren verrenten lassen können. Ebenso bereits mit 62 Jahren, wenn sie vorher BU- oder EU-Rente bezogen haben, und gar mit 60 Jahren, wenn sie innerhalb von eineinhalb Jahren mindestens 52 Wochen arbeitslos waren.

Mit diesen „Wohltaten" für die alten Arbeiter wurde die Forderung nach Verkürzung des Rentenalters, eine Folge der verschärften Ausbeutung, verkehrt in einen üblen Schachzug zur Senkung der Renten. Tatsächlich war es schon 1972 so, daß immer weniger Arbeiter überhaupt noch die volle Altersgrenze von 65 Jahren erreichten, sich also vorzeitig verrenten lassen bzw. BU- und EU-Rente beantragen mußten. Alle diese Fälle sollten nun als „Altersruhegeld nach der flexiblen Altersgrenze" erscheinen, was keineswegs nur eine Änderung des Begriffes mit sich brachte. Da für die flexible Altersgrenze 35 Versicherungsjahre nachgewiesen werden müssen, sind diese Renten im Durchschnitt ein wenig *höher* als der Durchschnitt der Gesamtrenten, bei denen es eine Vielzahl von Klein- und Kleinstrenten gibt, die den Durchschnitt senken. Das ist einer der Hauptansatzpunkte bürgerlicher Demgagogie und Propaganda für die flexible Altersgrenze. Die meisten Fälle flexibler Altersruhegelder gehen aber auf solche Arbeiter zurück, die sich vor dem 65. Lebensjahr verrenten lassen, weil ihre Arbeitskraft verbraucht und für die Kapitalisten nicht mehr profitabel genug ist. Früher hätten sie BU- oder EU-Rente beantragt. Die Arbeiter und Angestellten, die schon weit vor 65 Jahren – etwa mit 55 – krank und verbraucht sind, machen dagegen kaum von einer Umwandlung ihrer BU- oder EU-Rente in flexible Altersruhegelder Gebrauch. 1976 erhielten sie vor der Umwandlung 674,80 DM, nachher 786,40 DM, was beides zuwenig zum Leben ist und sie es vorziehen, die Jahre bis 65 noch „mitzunehmen", um auf einen höheren Betrag anrechnungsfähiger Versicherungsjahre zu kommen. Das ist auch der springende Punkt bei der flexiblen Altersgrenze.

Entwicklung der durchschnittlichen Höhe der Renten

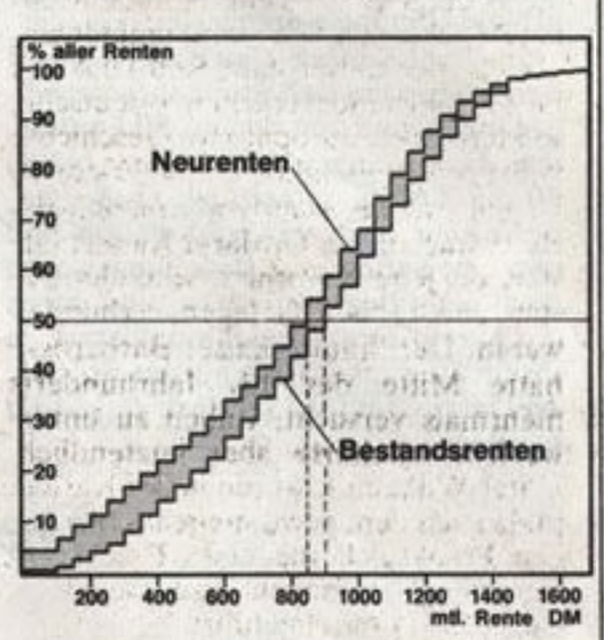
Datum	Anpassungssatz	Durchschnittliche Rentenhöhe aufgrund der Anpassungen	Durchschnittliche Rentenhöhe tatsächlich	Differenz
Arbeiterrentenversicherung				
1.1.72	6,3%	346,50 DM	346,50 DM	0
1.7.72	9,5%	399,67 DM	383,40DM(1.1.73)	
1.7.73	11,35%	445,03 DM	433,00 DM	– 12,03
1.7.74	11,2%	494,87 DM	484,90 DM	– 9,97
1.1.75	11,1%	549,80 DM	536,70 DM	– 13,10
1.1.76	11,0%	610,27 DM	591,30 DM	– 18,97
1.1.77	9,9%	670,68 DM	646,10 DM	– 24,58

Bei 5,2 Millionen Versichertenrenten (1.7.77) sind den Rentnern 1977 1,562 Milliarden DM vorenthalten und in die Kriegskasse der Finanzbourgeoisie gewandert.

Datum	Anpassungssatz	Durchschnittliche Rentenhöhe aufgrund der Anpassungen	Durchschnittliche Rentenhöhe tatsächlich	Differenz
Angestelltenrenten				
1.1.72	6,3%	584,40 DM	584,40 DM	0
1.7.72	9,5%	639,91 DM	638,10DM(1.1.73)	
1.7.73	11,35%	712,53 DM	709,80 DM	– 2,73
1.7.74	11,2%	792,33 DM	782,00 DM	– 10,33
1.7.75	11,1%	880,27 DM	858,10 DM	– 22,17
1.7.76	11,0%	977,09 DM	933,50 DM	– 43,59
1.7.77	9,9%	1073,82 DM	1011,30 DM	– 62,52

Aus den Geldern der Angestelltenversicherung sind auf demselben Wege 1,548 Milliarden DM von der Bourgeoisie unterschlagen worden.

Schichtung der Renten nach ihrer Höhe (1976)



Der Rentenbericht 1978 stellt befriedigt fest, daß die flexible Altersgrenze „verstärkt in Anspruch genommen" worden sei, sich also „bewährt" habe. Daß unter diesem Etikett nun die zahlreichen BU- und EU-Renten auftauchen, ist der wahre Hintergrund für diese Demagogie und keineswegs eine „wohltuende Wirkung" der flexiblen Altersgrenze. Die Wirkung auf das Rentenniveau insgesamt ist eine ganz andere, schleichend zwar, aber dennoch beträchtlich hat sie die Senkung des allgemeinen Niveaus herbeigeführt. Auf Zehntausende Lohnabhängige berechnet wirken sich jeweils drei bzw. zwei Versicherungsjahre, in einigen Fällen sogar fünf Jahre weniger auf die Rentenformel selbst aus und drücken das allgemeine Niveau. Im Schaubild ist aufgezeigt, daß 1976 die Neurenten im Durchschnitt bei 850 DM liegen, die Bestandsrenten noch bei 900 DM.

Heute läßt sich beweisen, was die Bourgeoisie 1972 im Schilde geführt hat und daß sich ihre Zielsetzung in der Rentenpolitik an jedem einzelnen Punkt zu untersuchen lohnt. – (Z-Red.)

Anerkennung der Patriotischen Front!

Bremen. Gerichtsreferendare in der ÖTV haben am 20. März den Beschluß an die 10. DGB-Jugendkonferenz zum südlichen Afrika bekräftigt und durch folgenden Beschluß ergänzt: „Gegenwärtig braucht das Volk in Zimbabwe unsere besondere Unterstützung. Durch die sogenannte „interne Lösung" will die Smith-Regierung das Volk spalten und sich eine abhängige Marionetten-Regierung einrichten. Wir unterstützen den Beschluß der OAU, allein die Patriotische Front als wahre Vertreterin des Willens des Volkes von Zimbabwe anzuerkennen. An die Bundesregierung erheben wir die Forderung: Sofortige Anerkennung der Patriotischen Front von Zimbabwe als alleinige Vertreterin des Volkes von Zimbabwe! Für diese Forderung müssen auch die DGB-Gewerkschaften eintreten."

Entfernung von ZANU-Plakaten verhindert

Mainz. In der Fachhochschule in Mainz mußten die Hausmeister im Auftrag der Dienstleitung mit Semesterbeginn immer systematisch die Aufrufe für die bewaffnete Kompanie der ZANLA abreißen. Am letzten Mittwoch erklärte ein Hausmeister vor dem Erstsemesterabend, daß er dies auf Befehl des Abteilungsleiters der Fachhochschule, Löffler, macht. Die Studenten diskutierten den Aufruf der ZANU, fünf Studentenparlamentsmitglieder unterstützen ihn bereits. In den nächsten Tagen blieb der Aufruf hängen.

Sammlung zur Unterstützung der ZANLA durchgesetzt

München. Während einer Sammlung an der Mensa der Universität wurden 33,84 DM gesammelt. Das Studentenwerk versuchte mit der Drohung, die Polizei zu holen, die Sammlung und die Durchführung von Kundgebungen zu verhindern. Das ist nicht gelungen. An den Kundgebungen nahmen bis zu 80 Studenten teil.

Studiengebühren, Strafgebühren, BAFöG-Rückzahlungen ...

Ein weitverzweigtes Netz zur Plünderung der Studentenmassen

Die Geschichte von Studien-, Straf- und Sozialgebühren ist Teil der Geschichte des Kampfs der besitzlosen Studenten an den Hochschulen. Bis 1966 mußten alle Studenten für jede Vorlesung Hörgebühren an den jeweiligen Professor zahlen. Daß dies 1967 ersetzt werden mußte durch einen einheitlichen Pauschalbetrag, hängt damit zusammen, daß mit der Entwicklung des westdeutschen Imperialismus immer mehr besitzlose Studenten an die Hochschulen gezwungen werden mußten. Damit hat sich auch der Widerspruch zwischen der bürgerlichen Wissenschaft und den Interessen der besitzlosen Klassen an den Hochschulen verschärft. Sicherlich wären die Professoren nicht nur verhungert, hätten sie weiterhin verlangt, von den besitzlosen Studenten für Dressur und Unterdrückung direkt bezahlt zu werden. 1969 mußte der bürgerliche Staat die Studiengebühren unter dem Druck der Studentenbewegung im Zuge der „Bildungsreform" fallen lassen. Was blieb waren Sozialgebühren für Studentenwerk und Krankenversicherung in Höhe von 54 DM, die die Bourgeoisie als Folge der Kämpfe der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre fünf Jahre lang nicht wesentlich erhöhen konnte. 1974 machte der Staat einen neuen Anlauf zu einem umfassenden Plünderungsfeldzug der Studentenmassen: Die studentische Krankenversicherung wurde aufgelöst, die Studenten gezwungen, sich in den übrigen Kassen zu versichern. Damit schnellten die Gebühren pro Semester von 109,50 (1975) auf 215 DM (1977).

Betrachtet man die Summe der Gebühren 1967 und 1978, so ist die Differenz nicht sehr groß. Was man den Zahlen nicht ansieht, ist der qualitative Unterschied der Ausplünderung. Die Bourgeoisie hat heute ein Gebührensystem eingeführt, das weit verzweigt ist und auf Spaltung der Studentenmassen berechnet ist. Mit dieser Methode hat sie vor, weitere Plünderungsmaßnahmen, Gebührenerhöhungen etc. gegen die Studentenmassen durchzusetzen.

Ein weiterer Hebel zur Ausplünderung der Studentenmassen ist das BAFöG. Nicht nur, daß viel zuwenig gezahlt wird, durch eine Fülle von Paragraphen wird dem Staat der Zugriff auf das bereits ausgezahlte BAFöG gesichert. Wird ein Anspruch auf Rückzahlung vom BAFöG-Amt geltend gemacht, so kann dieser direkt von den laufenden BAFöG-Zahlungen gepfändet werden. Ein Anspruch des Staates auf Rückzahlung liegt bereits vor, wenn die Ausbildung sechs Tage unterbrochen worden ist. Eine Unterbrechung liegt dann vor, wenn in dieser Zeit „keine ordnungsgemäße Ausbildung" stattgefunden hat.

Deutlich wird bei dem gesamten System der Studien-, Straf- und Sozialgebühren und dem BAFöG, daß es beruht auf der Spaltung der Studenten, daß es jeden einzelnen und in unterschiedlicher Höhe treffen soll, um insgesamt die Ausplünderung ein Stück voranzutreiben.

Es muß dem Staat aus der Hand geschlagen werden durch den Zusammenschluß der Studentenmassen im Kampf für die ausreichende Bezahlung der Arbeitskraft der Studenten sowie der Selbstverwaltung der studentischen Sozialeinrichtungen und die Bezahlung der Kosten ausschließlich durch den Staat. – (Sprecherrat Süd Studenten)

Ausgaben	Studenten 1967	Änderungen	Studenten 1978
Studiengrundgebühren	145 DM / 180 DM sonst. nat.mat.med.	Abschaffung zum WS 1970/71	–
Studentenwerksbeitrag	(ges. 40 DM)	Auflös. der Selbstverw. Verstaatl. SS 1976	(ges. 41 DM)
Krankenkasse einschl.	80 DM	Aufl. d. Stud. Kr.-Vers. SS 1975	174 DM
Krankenfürsorge		ab da priv. Kr. Vers.	
Unfallvers.	1,75 DM		
Förder./Darlehenskasse	50 DM		50 DM
Örtl. Studentenwerk	8,50 DM		18 DM
Verwaltung			
Studentenbücherei	1,50 DM	neue Strafgeb. ordn. v. 29.4.77	50 DM
Diebstahlvers.	1,25 DM		65 DM
AStA	1,25 DM		7,70 DM
Psych. thera. Beratg.			10 DM
Studentenarzt			65 DM
Kinderkrippe			3 DM
Ersatzgelder		Einführung zum SS 1974	durchschn. 52 DM nat., mat., med.,
Summe	185 DM / 220 DM		267 DM

Ausweitung der Kontrolle zwecks BAFöG-Senkung

Düsseldorf. Für die Immatrikulation bzw. Rückmeldung zum Sommersemester 1978 müssen neue umfangreichere Antragsformulare ausgefüllt werden. Neu ist insbesondere unter Punkt9 die Frage nach einem Beschäftigungsverhältnis der Studenten: „Werden Sie sich ab dem kommenden Semester in einem Dienst-, Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis befinden: (a) außerhalb dieser Hochschule, (b) innerhalb dieser Hochschule?" Der Zweck dieser Frage ist die Senkung des BAFöG. Viele Studenten haben dem BAFöG-Amt Arbeitsverhältnisse verschwiegen, weil jeder Betrag, der im Monat über 240 DM hinaus verdient wird, in voller Höhe vom BAFöG abgezogen wird. Wer diese Frage in den Antragsformularen nicht wahrheitsgemäß beantwortet, kann nicht nur, wie bisher, zur Rückzahlung von Geldern gezwungen werden, sondern auch die Immatrikulation/Rückmeldung kann rückgängig gemacht werden, d.h. man kann von der Hochschule geworfen werden.

Göttingen: AStA-Veranstaltung zu den Lohnkämpfen

Göttingen. Der AStA plant eine Veranstaltung zur Unterstützung des Lohnkampfes. „Wir begrüßen diese Veranstaltung ... weil sie zum einen ein Schritt zur Einheit von Studenten- und Arbeiterbewegung sein kann, und zum anderen, weil sie die Position des AStA als selbständiges Vertretungsorgan der Studenten stärkt. Wir unterstützen diese Veranstaltung zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch besonders deswegen, weil der Buback-Prozeß gerade ein Angriff auf unsere Kampfrechte – uneingeschränkte Organisations-, Meinungs- und Pressefreiheit – und auf unser Vertretungsorgan ist ... wir sind dafür, unserem Kampf gegen die Unterdrückung dieser Rechte in einer Demonstration gegen den Prozeß am 28. März Ausdruck zu verleihen." Mit neun Stimmen einstimmig verabschiedet.

Zentrale Medizinerprüfungen

Heidelberg. Diese Woche fand an der Universität für die Medizinstudenten die ärztliche Vorprüfung statt. Die Fachschaft Medizin ist dort aufgetreten mit Wandzeitungen zu den Durchfallquoten in den zentralen Prüfungen und zu den Wirkungen der AO-Novelle und zum Streik der Metallarbeiter. Es konnte anders als in den bisherigen Semestern durchgesetzt werden, daß diese Wandzeitungen im Prüfungslokal hängen blieben, trotz der Angriffe des Aufsichtspersonals. Im Anschluß an die Prüfung wurden von der Fachschaft 27 Unterschriften unter eine Solidaritätserklärung an die streikenden Metallarbeiter gesammelt.

In drei Semestern Solidaritätsresolutionen an die Metallarbeiter

Mannheim. Fachhochschule für Technik. Am 20. und 21. März wurden in drei Semestern Solidaritätsresolutionen an die streikenden Metallarbeiter verabschiedet und in die Streiklokale gebracht. In einem der Semester wurde die Resolution während der Vorlesung verabschiedet im Angriff auf den Vorlesungsstoff über Volkseinkommen und Sozialprodukt. Vier Studenten des Otto-Beck-Wohnheims verabschiedeten ebenfalls eine Resolution.

Nach der Beschlagnahmung des ZANU-Kontos unterstützen die Studenten erst recht die Ausrüstung einer ZANLA-Kompanie

Spendensammlung für die Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA in Hamburger Studentenwohnheimen

Hamburg. Am Freitag, dem 24. März, haben wir in zwei Wohnheimen für die Ausrüstung der ZANLA-Kompanie gesammelt, um gleich eine Antwort auf die Beschlagnahmung des ZANU-Kontos zu geben.

Im Gustav-Radbruch-Haus haben wir im Foyer eine Wandzeitung aufgehängt und mit den ca. 40 anwesenden Studenten über den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe diskutiert. 37 Mark wurden gespendet und auch Studenten, die sich bisher „für Politik eigentlich nicht interessierten", wollten die ZANU jetzt unterstützen, weil sie so wütend über die Konto-Beschlagnahmung waren.

Im Paul-Sudeck-Haus sind wir auf den Fluren bei den Studenten vorbeigegangen, und von den ca. 50 Studenten, die wir angetroffen haben, haben 30 die ZANU unterstützt. Studenten, die bisher noch gezögert hatten und den bewaffneten Befreiungskampf noch nicht begrüßt hatten, sind durch die Konto-Beschlagnahmung stark in ihrem Standpunkt erschüttert worden, und insgesamt sind 26 Mark gespendet worden.

Der unverschämte Angriff der Bundesregierung auf die ZANU und die Patriotische Front kann ein riesiges Eigentor werden. Wir wollen auf jeden Fall jetzt die Agitation für die Ausrüstung der ZANLA-Kompanie in allen Hamburger Wohnheimen durchführen. – (SSG Hamburg)



Hamburg. Im Studentenwohnheim Unnastraße führte die SSG/Hamburg am 25.3.78 Sammlungen für die ZANLA-Kompanie durch. Die 16 anwesenden Studenten spendeten 13 DM.

Westberlin. Zum Abschluß einer Propagandawoche, in deren Verlauf 56 DM und 7 Säcke mit Bekleidung gesammelt wurden, fand im Studentenwohnheim Hafenplatz eine Festveranstaltung statt, auf der erneut 231,61 DM gespendet wurden. Diese Veranstaltung wurde unterstützt von der Initiative, die im Ernst-Reuter-Heim, das der SPD gehört, die Unterstützung der ZANU organisiert und vor zwei Wochen ebenfalls ein Fest, damals gegen das Verbot der SPD-Verwaltung, durchgeführt hatte. Es wurde ein Dia-Vortrag gezeigt, sowie ein Basar und eine Versteigerung aus Spenden der Bewohner verschiedener Heime.

24 Studenten unterstützen den Aufruf der ZANU und fordern die Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung sowie die Herausgabe der Waldbühne in Westberlin für die Veranstaltung mit den Vertretern der ZANU am 27.4.1978.

Im Studentenwohnheim Düsseldorfer Straße wurde eine Veranstaltung durchgeführt zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe. Im Walther-May-Heim, Eigentümer die SPD, wurden bislang 28,40 DM gesammelt. Im Amilcar-Cabral-Haus hat die Selbstverwaltung beschlossen, Anfang April eine Veranstaltung zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes durchzuführen, zu der auch der Spielmannszug des SRK Westberlin eingeladen werden soll. Auf dem Prüfungsfest der Bibliothekarstudenten wurden 41 DM gesammelt. – (KHG Westberlin)

Deutscher Akademischer Austauschdienst für „weltoffene" Wissenschaft

Der Deutsche Akademische Austauschdienst ist in der BRD der größte zentrale Stipendiengeber im Bereich des Auslandsstudiums. Er tritt als juristisch private Institution auf, ist aber über die Finanzierung „nachgeordnete Organisation" der Bundesregierung bzw. organisatorisch an das Auswärtige Amt gebunden. Mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) hat sich die westdeutsche Bourgeoisie über den Staat, aber auch über unmittelbare Einflußnahme, ein Instrument zur ideologischen Ausrichtung der akademischen Intelligenz in der BRD und im Ausland geschaffen.

Von besonderem Nutzen scheint ihr gerade eine private Organisation zu sein, denn „in allen Kultur-Ländern hat man längst eingesehen, daß eine solche Stelle nicht rein behördlichen Charakter haben darf, weil sie leicht in den Ruf propagandistischer Tendenzen geraten könnte". (Professor Dr. Richter, Präsident des DAAD, 1955) Direkten Einfluß übt die Bourgeoisie über wirtschaftliche Verbände aus, wie z.B. den Bundesverband Deutscher Industrie oder den Industrie- und Handelstag, die mit den staatlichen Vertretern gemeinsam die Organe des DAAD besetzen. Für die NATO ist der DAAD ebenfalls tätig. Seine Arbeit nahm er 1950 nach neunjähriger Ruhepause auf Initiative der Kultusminister der Länder unter der Parole „Völkerverständigung als Ausdruck deutschen Lebenswillens" wieder auf. Sein Auftrag war klar: „Denn wir sind uns der Tatsache bewußt, daß unsere Institution kein Selbstzweck ist ... Wir könnten unsere Arbeit nicht leisten, wenn wir nicht in uns die Vision einer besseren Zukunft trügen. In dieser Vision finden wir uns vereint mit allen, welchen politische und wirtschaftliche Macht anvertraut ist ... Im Ursprung, in der Geschichte, in der Idee der Wissenschaft liegt es begründet, daß sie an Völkergrenzen nicht gebunden ist." (Prof. Dr. Richter) Unter der Prämisse, „daß der Aufenthalt (der Studenten) für Deutschland einen Gewinn bringt", wurden die Auslandsstipendien vergeben.

Zu Anfang der sechziger Jahre zeichnete sich bereits die Überproduktionskrise in der BRD ab und verstärkte sich 1965, was sich direkt in der Politik des DAAD ausdrückte. 1963 und 1965 entsandte er seine ersten Referenten nach Ost- und Westafrika. Beabsichtigte der DAAD mit der Ausweitung seiner Kulturpolitik die Herausbildung einiger ihm genehmer afrikanischer Intellektueller, die in ihren Heimatländern dem westdeutschen Kapital den Boden ebnen sollten, so ging die Bundesregierung daran, die Ausbildung der afrikanischen Studenten auf die Bedingungen des Kapitalexports zuzuschneiden. Bereits 1961 wurden die Stipendien vereinheitlicht und ihre Vergabe „entwicklungsrelevant" vorgenommen. Die Personenförderung wurde abgelöst durch die projektgebundene Förderung, bestimmt nach den Interessen der BRD und den „nationalen Prioritäten" der jeweiligen afrikanischen Staaten. Ideologisch wurde diese Politik mit dem Leitsatz des Auswärtigen Amtes „Kulturpolitik ist heute nicht mehr ein Privileg elitärer Gruppen, sondern ein Angebot an alle. Auswärtige Kulturpolitik bedeutet Internationalität und Weltoffenheit, besonders in einer Welt, die ökonomisch mehr und mehr integriert". Um ein Stipendium in der BRD zu bekommen, muß ein afrikanischer Student eine Fülle an Vorleistungen erbringen, die ihn als zukünftigen Garanten für den BRD-Imperialismus qualifiziert. Über eine „bilaterale Auswahlkommission" besetzt mit Afrikanern und Deutschen in Afrika bis hin zu der „Zentralen Auswahlkommission" in der BRD müssen sich die jeweiligen Interessenten behaupten. Fachrichtung, Leistungsnachweise und letztlich Rückkehr in die Heimat werden institutionell überprüft. Der DAAD entwickelte zusammen mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit das „Sur-Place-Stipendium", das anstrebt, daß direkt in Afrika „die Afrikanisierung des Lehrkörpers" beschleunigt wird. Für dieses Programm entsendet er deutsche Hochschullehrer und Wissenschaftler nach Afrika. In seinem Stipendienprogramm für 1978/79 bietet er jungen Wissenschaftlern die Aufnahme oder Fortsetzung ihrer Dissertations- oder Forschungsarbeiten in Afrika an. Bei seiner Stipendienvergabe erteilt er für Afrika höhere Stipendien als für die übrigen Länder der Dritten Welt (Afrika durchschnittlich 1613 DM, Lateinamerika durchschnittlich 1258 DM Stipendium).

Deutsche Wissenschaft und Forschung in Afrika gegen die Befreiungskämpfe der afrikanischen Völker ist die Stoßrichtung des DAAD. – (Z-Red.)

Die Soldatenbewegung kann sich Raum verschaffen

Munster-Prozesse: Der Kampf gegen die imperialistische Armee wird im Gerichtssaal fortgesetzt/Staatsapparat zeigt Wirkung

Vier Tage hatte das Landgericht Lüneburg angesetzt, um fünf Genossen abzuurteilen. Dieses Ziel ist nicht erreicht worden, bisher sind lediglich die vorgeladenen Zeugen verhört worden. Beschlagnahmte Schriftstücke sind noch nicht in den Prozeß „eingeführt" worden und können daher bisher auch noch nicht verwendet werden. Wenigstens drei weitere Tage werden nötig sein. Das ist ein Erfolg des Kampfes gegen diesen Prozeß, der verstärkt von Soldaten aus den Kasernen geführt wird, aber auch auf große Empörung in Lüneburg selbst stößt.

Diese Lage konnte auch geschaffen werden, weil die Angeklagten den Kampf gegen die imperialistische Armee im Prozeß fortgesetzt haben und sich dabei auf die Soldaten und Reservisten gestützt haben, die zum Teil unter massivem Druck von den Offizieren und vom MAD zu Aussagen gegen die Genossen gepreßt worden waren, diese Aussagen aber nicht mehr aufrechterhalten haben.

„Der Funke (Zeitung des SRK Munster, d.Red.) wurde von allen gelesen." „Die Artikel waren, was die Zustände in den Einheiten betrifft, richtig", das waren Aussagen der ersten vier Soldaten am 1. Prozeßtag. „Ich bin vom Hauptmann zum Stabsgebäude geschleppt, zusammengeschrieen und vom MAD verhört worden, dabei ist mit eine Lampe ins Gesicht gehalten worden", berichtete ein Soldat über das Zustandekommen eines Verhörprotokolls. Als am 3. Verhandlungstag ein Soldat, der berichtete, daß er elf Wochen hintereinander in die Kaserne gepreßt war und deshalb schließlich einen Selbstmordversuch unternahm, beim Vorsitzenden Richter Mann auf scheinbares Verständnis stieß, wurde der Richter von einem der angeklagten Genossen angegriffen und unterbrochen. Der Genosse enthüllte, daß Richter Mann wenige Tage zuvor einen Soldaten zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verknackt hatte wegen Fahnenflucht. Dieser Angriff jagte den Richter und seine Beisitzer förmlich aus dem Saal. Er verhängte 100 DM Ordnungsstrafe, weil der Genosse einfach weitergeredet hat.

Die 100 DM waren noch bis zur Mittagspause im Gerichtsgebäude durch Sammlung aufgebracht, weitere 31,01 DM konnten an die bewaffnete Kompanie der ZANLA abgeführt werden. Es war auch kein Zufall, daß

31,01 DM konnten an die bewaffnete Kompanie der ZANLA abgeführt werden. Es war auch kein Zufall, daß

ausgerechnet nach diesem Vorfall nach der Mittagspause die Bezirksregierung durch Besetzung des Gerichtssaales mit 23 politischen Polizisten provozierte. Erst nachdem Angeklagte und Verteidiger gegen diese Provokation hetzten und Anträge an das Gericht auf sofortige Abberufung stellten, wurden nach Rücksprache des Gerichts mit der Bezirksregierung die 23 Polizisten abgezogen. Die Demonstration und Kundgebung der SRK's der Region Nord und des KBW nach dem 1. Prozeßtag zeigte Wirkung auf den staatlichen Unterdrückungsapparat auf den verschiedenen Ebenen. Nicht



Agitation gegen den Prozeß in Lüneburg

nur, daß die Polizisten abgezogen werden mußten. An jedem Morgen lasen die Justizbeamten, die im Gerichtsgebäude anwesend waren, mit großem Interesse die täglichen Nachrichtendienste zu dem Prozeß. Als wir am Mittwoch in der Bäckerstraße in Lüneburg, einer Einkaufsstraße, Kundgebungen über den Verlauf des Prozesses machten, griffen zwei anwesende Polizisten nicht ein, obwohl generelles Megaphon-Verbot in der Innenstadt besteht. Am 4. Prozeßtag sind im Verlauf des Tages 26 Kommunistische Volkszeitungen, mehrere Broschüren und Programme verkauft, 7 Unterschriften zur Kandidatur des KBW zu den Landtagswahlen Nieder-

schüren und Programme verkauft, 7 Unterschriften zur Kandidatur des KBW zu den Landtagswahlen Nieder-

sachsen gesammelt worden, zusammen jetzt 25 während des Prozesses. Ca. 1000 Nachrichtendienste zum Verlauf des 3. Prozeßtages wurden verteilt.

Die Bourgeoisie muß an ihrem Ziel, ein grundsätzliches Urteil gegen das SRK und die Militärpolitik des KBW, festhalten, wenn sie ihre kriegslüsternen Interessen durchsetzen will. Mit dem Versand von Wolldecken und Medikamenten durch Bundeswehr-Luftwaffen-Maschinen in den Libanon werden Luftlandeoperationen geprobt, die jederzeit und an jeder Stelle der Welt durchgeführt werden könnten. Wie steht es bei solchen Aktionen gegenwärtig um die Soldaten in der imperialistischen Armee? Seit geraumer Zeit gibt es Fortschritte in der Verbindung der revolutionären Soldatenbewegung und der Arbeiterbewegung. In der Kampagne Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht sind Fortschritte gemacht worden. In einer Lage, wo die Arbeiterbewegung große Streiks gegen die dauernden Lohnsenkungen hartnäckig gegen alle Spaltungsversuche durchführt, die Sozialdemokratie mit ihrer Politik der Klassenversöhnung nicht mehr so einfach operieren kann, können sich die Arbeiter in den Betrieben und die in die Armee gepreßten Arbeiter schnell über ihre gemeinsamen Interessen ei-

operieren kann, können sich die Arbeiter in den Betrieben und die in die Armee gepreßten Arbeiter schnell über ihre gemeinsamen Interessen ei-

nigen. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht am 17.1.1978 generell entschieden, daß das Parteienprivileg auf den § 89 STGB keine Anwendung findet, das heißt, man kann sich bezüglich der politischen Einwirkung auf die Armee nicht darauf berufen, daß dies zur Tätigkeit der Partei gehört. Erstmals wurde die Anwendung des Parteienprivilegs im Öllerer-Prozeß vom Bundesgerichtshof abgelehnt. Damit ist der Weg für eine hohe Verurteilung ohne Schranke geebnet. Drei Tage nach dem Urteil des BVerfG hat die Staatsschutzkammer beim Landgericht Lüneburg den Termin für den Munster-Prozeß angekündigt, nachdem die Sache zuvor über ein halbes Jahr auf Eis gelegen hatte. Es ist nicht ausgemacht, daß die Bourgeoisie mit dem vorgesehenen hohen Urteil durchkommt. Die politischen Auseinandersetzungen in der Armee verlaufen nicht so, wie es ihren imperialistischen Interessen entspricht. Als Oberleutnant Rietze aus der Nachschubkompanie 330 in Lingen in der „Aktuellen" zum Thema „Palästinaproblem" gegen die PLO hetzte und Begin als Freiheitskämpfer lobte, wurde er von den Soldaten angegriffen. Sie nannten Begin einen Imperialistenknecht und verlangten die sofortige Anerkennung der PLO als einzig legitimer Vertreterin des palästinensischen Volkes. In den Kasernen entwickelt sich die Unterstützung der Kämpfe der Arbeiter. Aus verschiedenen Kasernen sind Erklärungen bekannt, mit denen Soldaten die Streiks der Drucker und Metallarbeiter unterstützen. 22 Soldaten aus der Kaserne in Lingen schreiben in einem Brief an die „Metall": „Wir werden mit 195 bzw. 210 DM Wehrsold abgespeist und durch Entziehung gewerkschaftlicher und politischer Freiheiten stark unterdrückt. (...) Unsere rechtlose Lage kann auch dazu genutzt werden, uns gegen eure Streiks einzusetzen. (...) Wir wollen uns dafür einsetzen, daß Metallarbeiter bei uns im politischen Unterricht über eure Lage und euren Kampf berichten können."

Der Angriff der Bourgeoisie auf die Soldatenbewegung kann wirkungslos werden, wenn der Kampf gegen den Prozeß in den Kasernen fortgesetzt und von Arbeitern aus den großen Betrieben unterstützt wird. Die Arbeiter- und die Soldatenbewegung hätte sich damit Raum verschafft. – (Sprecherrat Nord SRK)

trieben unterstützt wird. Die Arbeiter- und die Soldatenbewegung hätte sich damit Raum verschafft. – (Sprecherrat Nord SRK)

Arbeiter gegen Munster-Prozeß

Lüneburg. Sechs Arbeiter der Keula-Hütte aus Lüneburg fordern in einer Stellungnahme die Einstellung des Prozesses gegen die fünf ehemaligen Soldaten und Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige. Sie sprechen dem Gericht das Recht ab, „im Namen des Volkes" zu urteilen.

Matrosen Nacht für Nacht im Dienst

Kiel. Das 7. Schnellbootgeschwader mit zehn Booten der Zobelklasse, beheimatet in Kiel, ist einer der mordernsten Torpedoträger der NATO. Das Geschwader beendete vor einer Woche seinen über sechs Wochen dauernden Torpedo-Schießabschnitt. Die Besatzungen kamen während dieser Zeit nicht zur Ruhe. Da aus Übungszwecken nur nachts geschossen wird, bedeutet das tagsüber normalen Dienst und nachts, bis morgens in die Frühe, Torpedos schießen. Oft lassen Nebel, Sturm, Eisgang ein Übungsschießen nicht zu. Die nicht geschossenen Torpedos müssen dann am Wochenende nachgeschossen werden. Deshalb müssen die Mannschaften der Boote und Zielschiffe oft Wochenende für Wochenende Dienst machen. Bis jetzt ist der Forderung der Vertrauensleute nach Dienstausgleich noch nicht nachgegeben worden.

Demonstration gegen Besatzermanöver

Westberlin. Am 22. März führten die amerikanischen Besatzer eine Häuserkampfübung im Wohngebiet Kreuzberg durch. Das Manöver war in der Tagespresse detailliert angekündigt worden. Die Besatzertruppen verfügen über ganze Geisterstädte für den Häuserkampf auf ihren Übungsplätzen. Von 7.15 bis 9.30 Uhr probten amerikanische Soldaten die Einnahme eines Hauses in der Admiralstraße in Kreuzberg, in dem sich „Terroristen" verschanzt hätten. Die trugen schwarze Kapuzen und Helme, auf die Hammer und Sichel aufgemalt waren, und waren mit russischen Kalaschnikow bewaffnet. Bei den Soldaten war von Einsatzwillen nichts zu verspüren. Mehrfach mußten Offiziere eingreifen und für den militärischen Fortgang der Operation sorgen. Eine halbe Stunde vor dem Eintreffen der Besatzer hatte am Übungsort eine Demonstration des Soldaten- und Reservistenkomitees begonnen. Mit den Forderungen: Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, Besatzer raus! auf deutsch und englisch wurde beiderseits der anrükkenden Mannschaften „Spalier" gebildet. Auf die Forderung „Besatzer raus!" kam von den Soldaten Antworten wie: „Ich wollte, ich könnte", „Je eher, desto besser", „Ich stimme mit euch überein". Die Lage in der Besatzertruppe: Ein Soldat hält am Ende der Übung mit dem Gewehrkolben Stacheldraht runter, damit andere darübersteigen können. Als der Offizier drankommt, rutscht der Kolben „versehentlich" aus.

Aufhebung des Urteils gegen Hellmuth Kaiser!

Aufhebung des Urteils gegen Hellmuth Kaiser!

Zu neun Monaten auf Bewährung, einem Jahr Führerscheinentzug wurde Helmuth Kaiser am 17.3. vom Münchener Landgericht verurteilt. Er muß jeden Wohnungswechsel bei Gericht melden und soll eine Geldbuße von 1500 DM an die bayrische Polizeistiftung bezahlen.

Er hatte bei den Soldaten- und Reservistentagen 1977 den Lautsprecherwagen gefahren. Von Anfang an hatte die Bourgeoisie versucht, die Demonstration zu behindern. Sie hatte die Kundgebung auf dem Marienplatz nicht zugelassen. Die Soldaten und Reservisten haben das nicht hingenommen. Die Kundgebung wurde auf dem Marienplatz durchgeführt. Dazu wurden einige Polizisten in einem Bus und auf Motorrädern beiseitegeräumt. Der Lautsprecherwagen konnte durchfahren. Vertreter des SRK, des KBW und ein Vertreter der ZANU konnten zu den Menschen sprechen. Diese Kundgebung war ein wichtiger Schritt in der Verankerung der Forderungen der Soldatenbewegung.

Nach der Kundgebung gelang es der Polizei, Helmuth Kaiser festzunehmen. Er wurde für sechs Woohen unter Anklage des Landfriedensbruchs in Untersuchungshaft gesteckt. Aufgrund der breiten Bewegung zur Unterstützung des Kampfes der Soldaten mußte er gegen Kaution freigelassen werden. In dem Prozeß wollte die Bourgeoisie eine hohe Bestrafung Helmuth Kaisers erreichen und so gegen die Soldatenbewegung vorgehen. Sie wollte eine Bestrafung erreichen ohne Erwähnung der politischen Ziele, um die es bei der Demonstration ging. Dies ist ihr nicht gelungen, weil sich die Unterstützung der Forderung nach Freilassung und Aufhebung der Anklage schwungvoll entwickelt hat. Zum Schluß blieb dem Gericht nur noch ein Haufen Zeugen, die sich alle widersprachen, ein Film, der das genaue Gegenteil von dem zeigte, was Helmuth Kaiser vorgeworfen wurde, und ein Kratzer an einer Polizeimaschine, der einem gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr geschuldet sein sollte. Gefordert wurde eine Verurteilung von einem Jahr und neun Monaten. Jetzt neun Monate auf Bewährung, so glaubt die Bourgeoisie den Kampf um die Forderungen der Soldaten angreifen zu können und jetzt das Gerichtsurteil vielleicht noch als mildtätig darzustellen.

Wir fordern dazu auf, in der Vorbereitung der Soldaten- und Reservistentage 1978 den Kampf um die Aufhebung des Urteils gegen Helmuth Kaiser zu führen.

Weltweite konterrevolutionäre Tätigkeit des britischen Imperialismus

Die britische Regierung hat ihr neues Verteidigungsweißbuch vorgelegt. Die nebenstehende Aufstellung beruht darauf. Sie ist nicht vollständig. In weiteren Teilen der Welt treiben sich britische Truppen herum, in Südkorea unterstützen sie die US-Truppen mit Wachdiensten, auf den Fidji-Inseln unterhalten sie eine Schule für Dschungelkrieg. Die genannten Daten sind aber die wesentlichen.

Die britischen Imperialisten haben große Probleme mit ihren Auslandsstationierungen. Malta hat sie hinausgeworfen, sie müssen bis 1979 vollständig abziehen. Spanien fordert die Rückgabe Gibraltars. In Brunei und Oman kämpfen die Völker langandauernde Volkskriege gegen die britischen Imperialisten. Argentinien fordert die kolonial besetzten Falkland-Inseln zurück. Die Länder Mittelamerikas fordern den Abzug der britischen Imperialisten aus Belize. Der Ausbau der Kommando-Einheiten Nordnorwegens kann nur unter versuchtem Betrug an den Volksmassen, die gegen die Stationierung ausländischer Truppen sind, vorangehen. In Nordirland kommen die Besatzer unter immer stärkeres Feuer, dementsprechend sinkt ihre Moral.

Der britische Imperialismus, einst Welt- und Hegemonialmacht, wurde in das zweite Glied der imperialistischen Mächte gedrängt. Die Völker der Welt bleiben wachsam gegen den alten Blutsauger. Unter der Regie der Supermacht USA ist er an vorderster Front gegen die Revolution und in der Vorbereitung des imperialistischen Krieges; wie augenfällig im südlichen Afrika.

Die britische Flotte ist die drittgrößte der Welt. Neben 4 Polaris-Unterseebooten mit Atomwaffen verfügt sie über 187 Schiffe, u.a. 27 U-Boote, einen Flugzeugträger, zwei Hubschrauberträger, 14 Zerstörer und 56 Fregatten. Ein umfangreiches Modernisierungsprogramm soll die Marine kriegstüchtiger machen. 7 neue Fregatten und 2 Zerstörer wurden kürzlich in Dienst gestellt, 4 weitere Fregatten sind im Bau, ebenso ein Zerstörer, zwei neue U-Boote (atomgetrieben) und 2 U-Boot-Jäger.

Modernisiert werden auch Armee und Luftwaffe, prozentual geben die britischen Imperialisten mehr vom Kriegshaushalt für neue Waffen und Ausrüstungen aus als die anderen NATO-Mitglieder.

332500 Mann umfaßt die Truppe, 75500 Marine, 163100 Heer und 85000 Mann Luftwaffe (plus Verwaltungseinheiten). Von den 115000 Mann Kampftruppen des Heeres steht ein größerer Teil – 57000 Mann – in Westdeutschland als in Großbritannien und Nordirland (41700). Die Besatzungsarmee in Westdeutschland ist außerdem binnen kürzester Zeit auf doppelte Stärke zu bringen. Sie ist ein Stützpfeiler der US-Strategie für Westeuropa.

Die britische Bourgeoisie hört durch die Kollaboration mit dem US-Imperialismus nicht auf, ihre selbständigen imperialistischen Interessen zu verfolgen. Jetzt haben sie Prinz Charles auf eine längere Reise nach Brasilien und Venezuela geschickt, um „aggressivere Verkaufspolitik" der britischen Monopole anzukündigen. Er ist die Gallionsfigur der Flotte, die im Mai Richtung Panamakanal losgeschickt wird, bestehend aus dem Hubschrauberträger Blake, dem atomgetriebenen U-Boot „Conquerer" (Eroberer), einem Zerstörer, 4 Fregatten und drei Versorgungsschiffen. Sie sollen das ganze Jahr über „Übungen vor Nord-, Mittel- und Südamerika" durchführen. – (Korrespondentenbericht London)

Außerhalb Großbritanniens stationierte bzw. operierende britische Truppen

Innerhalb der NATO:

Norwegen – zwei Kommandogruppen einschließlich Artilleriebataillon und Pioniertruppe.

Westdeutschland – Rheinarmee. 57000 Mann, ausgerüstet mit 600 Panzern und über 2000 gepanzerten Fahrzeugen. Royal Air Force West Germany. 12 Staffeln, ausgerüstet mit allen modernen Flugzeugtypen.

Kanada – Ausbildungseinheit der Armee.

Nordsee, Ostatlantik, Kanal – Zerstörer, Fregatten, Minensucher, Unterseeboote, Nimrod-Frühwarnflugzeuge (alle als ständige NATO-Präsenz).

Westatlantik, Mittelmeer – Fregatten, Unterseeboote, Landungsschiffe (auf Testfahrt).

Außerhalb der NATO:

Westberlin – etwa 3000 Mann Berlin-Einheit der Armee (Berlin Field Force).

Nordirland – Besatzungstruppen aus allen drei Waffengattungen mit Patrouillenschiffen und Überwachungshubschraubern. 7812 Mann „Ulster Defence Regiment", Freiwilligeneinheit (teilweise nebenberuflich) der englischstämmigen (protestantischen) Siedler in Nordirland.

Gibraltar – eine Fregatte, ein Infanteriebataillon, ein Pioniertrupp, Hunter-Flugzeuge.

Malta – eine Marineinfanterie-Kompanie, Canberra-Flugzeuge (müssen teilweise 1978, alle spätestens 1979 abziehen).

Zypern – ein Infanteriebataillon plus zwei Infanteriekompanien, eine gepanzerte Spähstaffel, eine Einheit Alouette-Hubschrauber der Armee, ein Whirlwind-Hubschrauber der Luftwaffe. Diese auf dem britischen Truppengelände, immer noch im Kolonialbesitz. Als Teil der UN-Truppen auf Zypern: ein Infanteriebataillon minus zwei Kompanien, eine gepanzerte Spähstaffel, eine Einheit Alouette-Hubschrauber der Armee, vier Whirlwind-Hubschrauber der Luftwaffe.

Ghana – Vermessungsschiff der Marine.

Iran – Vermessungsschiffe und Beratergruppe der Marine, Beratergruppe der Armee.

Oman – Trainingsgruppe der Armee. „ausgeliehene" Piloten in der Luftwaffe.

Diego Garcia (Indischer Ozean) – Schiffsgruppe der Marine.

Brunei – ein Gurkha-Infanterie-Bataillon.

Hong Kong – 7500 Mann, darunter: drei Gurkha-Infanterie-Bataillone, ein Gurkha-Pioniertrupp, ein weiteres Infanteriebataillon, eine Luftwaffeneinheit.

Fernost-Besuchsflotte der Marine – im Moment bestehend aus einem Hubschrauberträger, fünf Fregatten, vier Versorgungsschiffen.

Australien / Neuseeland – Soldaten-Austauschprogramm (meist mit Offizieren) mit den Truppen (die der englischen Königin unterstehen). Mehrere gemeinsame Seeübungen jährlich.

Falkland-Inseln – Marineeinheit.

Antarktis – Eis-Patrouillenschiff.

Bermudas – Einsatz von 250 Mann gegen Kämpfe der Volksmassen gegen die rassistische Unterdrückung im Dezember 1977.

Belize – ein Infanteriebataillon plus zwei Kompanien, eine Luftwaffen-Regimentsstaffel mit Harrier- und Puma-Kampfflugzeugen, eine Fregatte mit Versorgungsschiffen.

Alle Angaben nach: Stellungnahme zum Verteidigungshaushalt 1978, London, Februar 1978

Carter kündigt den Verkauf großer US-Zinnreserven an

Am 3. März hat der US-Präsident Carter erklärt, seine Regierung werde einen Gesetzentwurf im Kongreß unterstützen, der die Reduzierung der staatlichen US-amerikanischen Zinnreserven von 200000 t auf 30000 t vorsieht. 170000 t, das entspricht fast der dreifachen Jahresproduktion des größten Kupferproduzenten der Welt, Malaysia. Die Zinnversorgung der westlichen imperialistischen Länder beruht zu über 90% auf der Produktion von Ländern der Dritten Welt, die im internationalen Zinnabkommen ITC zusammengeschlossen sind. Aufgrund dieses Zusammenschlusses konnten die Zinn produzierenden Länder Anfang Dezember 1977 einen Preis von 7355.50 Pfund Sterling pro Tonne Zinn (rund 31000 DM) auf dem Weltmarkt erzielen. Die Imperialisten, für die die Senkung der Rohstoffpreise und die Plünderung der Dritten Welt lebensnotwendig ist, konnten den Preis seitdem senken. Nach der Ankündigung der US-Imperialisten, sie würden den Markt mit ihren Vorräten überschwemmen, sank der Zinnpreis abermals auf 5770,50 Pfund St. (rund 23080 DM) pro Tonne. Der bolivianische Bergbauminister Camacho gab bekannt, Bolivien habe durch diese „wirtschaftliche Aggression" der US-Imperialisten in einer Woche 287000 Dollar verloren. Bolivien ist mit einer Jahresproduktion von 30000 Tonnen der zweitgrößte Zinnproduzent. Die Hälfte des bolivianischen Außenhandels entfällt auf den Zinnexport. Wichtige Projekte für die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes, wie der Bau eines Hüttenwerkes für die Verarbeitung der bolivianischen Metallvorkommen im Wert von 123 Mio. Dollar sind durch das Manöver der US-Imperialisten gefährdet.

Wachsender Zusammenschluß der westafrikanischen Staaten

Die Präsidenten von Liberia. Senegal.

Die Präsidenten von Liberia, Senegal, Elfenbeinküste, Togo sowie der Präsident Guineas, Sekou Touré, haben sich in Monrovia (Liberia) versammelt, um „an der Stärkung und Ausweitung ihrer Beziehungen auf allen Gebieten ... zu arbeiten", und „ihre alten Streitigkeiten zu begraben", wie im gemeinsamen Kommuniqué festgehalten wird. Die Sitzung verlief bewegt, da viele der Teilnehmer sich nicht gesehen hatten seit der Zeit des gemeinsamen Widerstandes gegen das französische Kolonialregime. 1968 war Guinea das einzige der unabhängig gewordenen Länder Westafrikas, das dem französischen Druck zum Eintritt in die „Comuneauté Francaise" widerstand. Die sowjetischen Revisionisten nützten die bedrängte Lage Guineas schamlos aus, um sich den Zugriff auf einen Großteil der Bauxitproduktion (des Hauptexportproduktes des Landes) zu sichern – zu Weltmarktpreisen von 1969! Gleichzeitig mißbrauchten sie die Hafenrechte für ihre Schiffe und die Landerechte für ihre Flugzeuge, um sich militärisch festzusetzen und Guinea in einen Aufmarschplatz für ihre militärischen Unternehmungen in Afrika zu machen, so im Angola-Krieg. Guinea hat in den letzten Jahren seine Beziehungen zur Sowjetunion immer mehr reduziert und hat jetzt stillschweigend den sowjetischen Spionageflugzeugen, die sich über Afrika und den Meeren tummeln, die Lande- und Auftankrechte in Conakry entzogen.

Französische Aggression gegen die Völker des Tschad

Seit Ende Februar verlegt die französische Regierung in Nachtflügen unter strenger Geheimhaltung Kampftruppen in den Tschad. Nach afrikanischen Quellen sollen es bereits 1000 Mann sein mitsamt schweren Waffen. Sie füllen den Kernkader von 300 Offizieren, Unteroffizieren und Spezialisten auf, die auch nach dem offiziellen Abzug der französischen Truppen aus dem Tschad im Jahr 1971 dort geblieben sind. – 1965 war nach tagelangen Unruhen in den Städten der bewaffnete Aufstand unter Führung der FROLINAT (der nationalen Befreiungsfront des Tschad) losgebrochen, der sich gegen die fortdauernde neokoloniale Einmischung und die Ausplünderung des Landes durch die französischen Imperialisten richtete. 1968 waren französische Paras (Fallschirmjäger) im Norden des Landes im großen Stil gegen die Aufständischen vorgegangen. In einem dreijährigen Krieg holten sie sich blutige Köpfe und zogen 1971 wieder ab. Seitdem hat sich der Aufstand weiter ausgebreitet. Im Januar/Februar dieses Jahres erlitten die Regierungstruppen eine Kette vernichtender Niederlagen und wurden, soweit sie nicht überliefen, völlig aufgerieben. Drei Viertel des Landes werden jetzt von den drei Armeen der FROLINAT kontrolliert. Die verschiedenen Flügel der FROLINAT haben sich in diesem Tagen erneut zusammengeschlossen und haben unter Vermittlung Libyens Gespräche mit der Regierung Malloum über die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit begonnen. Abzug der französischen Invasoren ist die erste Forderung des Volkes von Tschad. – Die gesamte französische Interventionsstreitmacht in Afrika wird gegenwärtig auf mindestens 7000 Mann geschätzt. Nur das kubanisch / sowjetische Expeditionskorps mit etwa insgesamt 30000 Mann ist noch größer.

Armee gegen die italienischen Volksmassen im Einsatz

Revisionisten verlangen nach Moros Entführung wiederum Aufnahme in die Regierung

Die italienische Bourgeoisie hat die Entführung Moros zum Anlaß für eine heftige Verschärfung der Reaktion genommen. Andreotti vor dem Parlament: Es muß verhindert werden, daß Italien unregierbar wird. Die Debatte über die Regierungserklärung, das Programm einer scharfen Unterdrükkung, Subventionierung der Kapitalisten und Steuertreiberei für die Massen, wurde von zwei Tagen auf einen zusammengekürzt. Rund 50000 Soldaten, Carabinieri und Sicherheitspolizisten sind im Einsatz; der Oberbefehl liegt bei Generalität und Verteidigungsministerium. Die Regierung hat mit Unterstützung aller bürgerlichen Parteien einschließlich der Revisionisten per Dekret eine Reihe zügelloser Sondermaßnahmen verordnet wie

– Ausdehnung der Telefonabhörmaßnahmen. Der Innenminister kann mündlich Antrag stellen, ein Richter kann mündlich entscheiden;
– Festnahmen bis zu 96 Stunden ohne Haftbefehl, Hausdurchsuchungen auch ohne richterliche Anordnung;
– Polizeiverhöre auch ohne Anwesenheit eines Rechtsanwalts;
– Erhöhung verschiedener Strafmaße, Vorrang von „Terroristenprozessen", an denen nur noch Berufsrichter beteiligt sind;
– alle Änderungen bei Wohnungen müssen der Polizei in 48 Stunden mitgeteilt werden.

Die Revisionisten, deren Fachleute das Dekret mit ausgearbeitet haben, verlangen angesichts der Lage ihren Eintritt in die Regierung. Sie empfehlen sich der Bourgeoisie als die schärfsten Hüter von „Recht und Ordnung", alles unter dem Aushängeschild von Politik im Interesse der Werktätigen:

„Es gibt heute keine dringendere revolutionäre Aufgabe, als die Umstürzler mit verbrannter Erde zu umgeben." So Revisionistenchef Berlinguer am 19.3. im Leitartikel der „Unità". Sein Parteifreund Lama, Chef der Gewerkschaftsbundes CGIL, gibt mit einem Aufruf zum Generalstreik Rückendeckung. Er verlangt eine einzige Spitzelei in den Betrieben und Gewerkschaften: „Unter uns selber sind jene, die gegen die Regierung agieren, die mit den Verbrechern sympathisieren, kokettieren, sie rechtfertigen." Sie aus „der Arbeiterklasse auszustoßen, ist ein Werk, das noch zu leisten ist." Jeder soll wachsam sein „am Arbeitsplatz, in den Schulen, in den Familien" und „mit den Ordnungskräften zusammenarbeiten." Er ruft gleichzeitig auf, die Sache in die eigene Hand zu nehmen, mit dem Gedanken an bewaffnete Gruppen, auf die sich die Revisionisten dann zur Eroberung der völligen Herrschaft stützen können.

Tatsächlich sind die Revisionisten heute bereits an der Regierungspolitik beteiligt, auch wenn sie noch nicht die verlangten Ministerposten haben. Mit dieser Entwicklung sind aber die US- und die westdeutschen Imperialisten nicht einverstanden. Sie befürchten eine Vorherrschaft der russischen Sozialimperialisten über den Weg einer revisionistischen Regierung. Kanzler Schmidt war im Bundestag „tief betroffen" und hat „jedwede Unterstützung" in Aussicht gestellt. Über BKA-Leute und den Fahndungscomputer haben Innenministerium und Kanzler in Italien die Hände im Spiel. „Wir schicken keine GSG 9 nach Italien", hat Schmidt erklärt. Es war also eine Erwägung. CDU-Geißler hat inzwischen die Entwicklung in Italien genutzt und eine Verfassungsänderung zum Einsatz der Bundeswehr bei „Terroristenfahndung" in der BRD gefordert.

Der Einsatz der italienischen Armee geschieht in Koordination mit den Kommandostellen, die die NATO in Italien für die Süd- und Südostflanke errichtet hat. Den Einsatz von Armee und Carabinieri verlangen die italienische Bourgeoisie und die NATO-Stellen, weil dort die demokratische Bewegung schwach ist im Gegensatz zur Sicherheitspolizei oder den „Stadtwächtern", auf die allein sie sich bei ihren gegenwärtigen Bürgerkriegsmaßnahmen nicht stützen kann. Außerdem sind die Revisionisten in Armee und Carabinieri kaum vertreten. Durch den Einsatz dieser Formationen soll ihr Spielraum eingeschränkt werden. Auf keinen Fall wollen die in der NATO zusammengeschlossenen Imperialisten Italien aufgeben, das Rückgrat der NATO-Südostflanke und der zentrale Stützpunkt der NATO im Mittelmeer.

Die US- und die westdeutschen Imperialisten halten das Land wirtschaftlich in Botmäßigkeit. Sie sind die Hauptgläubiger Italiens, das mit 19 Billionen Lire (47.5 Mrd. DM) an das Ausland verschuldet ist. In diesem März mußten 500 Mio. Dollar an den Internationalen Währungsfonds und ebensoviel an die Deutsche Bundesbank zurückbezahlt werden. 350 Mio. Dollar an die EG sind fällig. Gezahlt wird durch drastische Steigerung der Ausplünderung wie die Erhöhung der Bahnpreise um 18% Ende letzten Jahres. Oder durch die Plünderung der Versicherungskassen, wozu die Ausgaben für Gesundheitswesen und Sozialrenten gesenkt worden sind. In seiner Regierungserklärung hat Andreotti den Kurs für die Fortsetzung dieser Politik zugunsten der italienischen Bourgeoisie und der imperialistischen Gläubiger abgesteckt. Dazu zählt auch die Durchführung des „Gesetzes zur Neuordnung der Industrie". Die Regierung hat jetzt 10 Produktionszweige bestimmt, in denen den Kapitalisten auf Staatskosten der gesamte Produktionsapparat rationalisiert wird. Zur Unterstützung dieser Maßnahme fordert Lama seit Anfang des Jahres die Arbeiter zu Opfern auf.

„Man sollte meinen, daß jetzt jeder bei allem mitzieht", hat kürzlich ein ZDF-Kommentator nach Moros Entführung frohlockt. Tatsächlich gibt es gegen den Kurs Lamas in den Gewerkschaften erbitterten Widerstand. In Florenz ist gegen die staatlichen Bürgerkriegsmaßnahmen demonstriert worden. Als in Mailand zwei Tage nach Moros Entführung zwei Jugendliche von Faschisten ermordet worden sind, haben Tausende mehrere Tage lang Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt. – (Z-Red.)

Eintritt in die Regierung. Sie empfeh- Schmidt war im Bundestag „tief be- Ausland verschuldet ist. In diesem durchgeführt. – (Z-Red.)

Gestrandet auf der Jagd nach imperialistischem Extraprofit

US-Tanker mit deutscher Hilfe vor der Bretagne zerschellt / Die Ölpest ruiniert Tausende Fischer und Bauern

Am Donnerstag, 16. März, ist die Amoco Cadiz, ein Supertanker der US-Schiffahrtsgesellschaft Amoco mit Sitz in Liberia, der für die Shell Erdöl aus dem Golfgebiet nach Dünkirchen bringen sollte, vor Portsall an der Küste der Bretagne gestrandet und aufgerissen. Die französische Marine und die unvermeidlichen amerikanischen Experten waren mehr als acht volle Tage nicht in der Lage, einen Tropfen Öl aus dem auslaufenden Wrack auszupumpen. Am 24. März ist der Rumpf völlig zerbrochen und hat den Rest der insgesamt 230000 t Öl ins Meer entlassen. Die Ölflut reicht schon über 200 km die bretonische Küste entlang; ob sie bei anhaltendem Westwind sogar die Küste der Normandie erreichen wird oder bei drehendem Wind an die britische Küste hinübergeschwemmt wird, ist noch nicht absehbar.

Die Küste der Bretagne wird gerade an dieser Stelle von einigen tausend Fischern intensiv befischt. Neben verschiedenen Fischarten werden Austern, Muscheln, Krabben, Krebse, Langusten sowie Meeresfrüchte verschiedener Art gefangen oder genossenschaftlich in großen Kulturen gezüchtet. Andere Fischer haben sich auf die Anlage von Algen- und Seetang-Kulturen verlegt, die an die Arzneimittel- und Kosmetikindustrie geliefert werden; dafür haben sie sich teilweise neue spezielle Boote angeschafft. Bittere Ironie: es waren gerade die großen Ölpestkatastrophen der letzten zehn Jahre, die die bretonischen Fischer zu dieser Umorientierung gezwungen haben: 1967 die Strandung der Torrey Canyon vor Cornwall, 1976 die Boehlen und die Olympic Travery. Die Fischer haben sich in bedeutende Schulden stürzen müssen, um sich auf die Ausbeutung der noch vorhandenen Meereskulturen zu spezialisieren und sie wieder aufzuzüchten. Dies haben sie in Erwartung von Entschädigungszahlungen gemacht, die sie zu einem Teil bis heute noch nicht zu Gesicht bekommen haben. Die Küste der Bretagne ist außerdem für die werktätigen Massen in Frankreich eines der bevorzugten Erholungsgebiete. Sie wohnen vielfach bei den ruinierten Bauern, die sich mit diesem Nebenverdienst noch über Wasser halten oder sich auf den Betrieb einer kleinen Familienpension umgestellt haben. Kurzum, die Volksmassen dieser ganzen, von der kapitalistischen Entwicklung sonst verödeten Region leben außer von der Landwirtschaft im wesentlichen von der Fischerei und dem Fremdenverkehr, die beide durch die Ölpest auf lange Zeit weitgehend vernichtet sind.

Die herrschende französische Monopolbourgeoisie unternimmt geräuschvolle Notstandsmaßnahmen, um zu verhindern, daß die Massen die Sache selbst in die Hand nehmen. Als der Ministerpräsident Barre sich unvorsichtigerweise in das betroffene Gebiet wagte, entkam er nur unter Polizeideckung einer Menschenmenge, die ein paar Dinge mit ihm zu regeln gedachte. Die Bourgeoispresse strickt am Bild des „tragischen" Unglücksfalles, der durch verschiedene menschliche Schwächen und einige Auswüchse der internationalen Seeschiffahrt hervorgerufen wurde.

Die Wahrheit ist, daß grell wie selten in dieser Schiffskatastrophe die Jagd nach imperialistischem Extraprofit als die treibende Ursache hervorleuchtet.

Die Amoco Cadiz gehört zu den Supertankern, mit denen die großen internationalen Ölkonzerne drei Viertel ihres Geschäftes abwickeln. Sie lassen sie bevorzugt unter Flagge kleiner, von ihnen leichter erpressbare Länder laufen, in diesem Fall Liberias, die ihnen hinsichtlich der Sicherheitsregeln und der Ausbeutungsbedingungen auf dem Schiff keine Fesseln anlegen. Die Tanker sind so billig wie möglich gebaut. So war die Amoco Cadiz, als die Hydraulik zur Betätigung der Steuerruder ausfiel, sofort manövrierunfähig, weil sie nur eine Schraube und einen Motor hat. Mit doppeltem Antrieb läßt sich durch wechselweise Betätigung der Schrauben der Kurs halten. Die Besatzungen dieser Schiffe sind winzig, fast ausschließlich ungelernte Arbeiter, möglichst verschiedener Nationalität, zu Hungerlohn bezahlt und rücksichtslos überarbeitet. (vgl. KVZ 7/1977) Als die Amoco Cadiz auf Grund lief, riß der Schiffskörper sofort auf und strömte das Öl aus dem Schiffsbauch aus. Innere, geschützte Tanks zu bauen, ist den Ölkonzernen zu teuer.

Offenbar havarierte die Amoco Cadiz schon geraume Zeit, bevor sie die erste Warnung an die übrigen Schiffe, die zu dieser Zeit den Ärmelkanal passierten, richtete. Dabei ist die Passage zwischen der Bretagne und Cornwall der dichtbefahrenste Küstenpunkt des Weltschiffsverkehrs überhaupt. Aber die Ölgesellschaft und die Schiffseigner lassen sich Zeit in solchen Fällen. Schiff und Ladung sind vollkasko-versichert, manchmal ist der Verlust von beidem der schnellste Weg, zu Bargeld zu kommen. – Die schließlich ergangene Warnung an die übrigen Schiffe schnappte einer der im Ärmelkanal auf der Lauer liegenden Profi-Schlepper auf, die auf solche Funkrufe Tag und Nacht lauern. In diesem Fall war das die westdeutsche Pacific, betrieben von der Hamburger Firma Bugsier. Die Pacific jagte unaufgefordert zu dem havarierenden Tanker und bot an, ihn abzuschleppen, gemäß der „Lloyds form"-Bedingungen. Diesen Bedingungen zufolge gehört dem „Retter" ein Anteil sowohl des Schiffs als der Ladung, bis zu 10%, bei einem Supertanker ein ungeheurer Batzen Geld. Es begann ein Handel über die Bedingungen der Rettungsaktion, in den über Funkverkehr alle beteiligten Gesellschaften, die Shell, die Amoco und die Bugsier einbezogen waren. Derweilen trieb der Tanker auf die Küste zu. Der Kapitän der Pacific hatte um 14.20 Uhr schon ein Kabel legen lassen, aber mehr, um den fetten Karpfen an der Angel zu haben. Nach Aussagen der später durch Hubschrauber geretteten Besatzungsmitglieder dauerte das Gefeilsche um die Prozente insgesamt 4 Stunden. Erst um 16.30 Uhr zog die Pacific offenbar voll an. Jedenfalls stellte sich zu diesem Zeitpunkt erst heraus, daß die Kabel zu schwach waren. Das erste Kabel riß. Ein zweites Boot der Bugsier wurde herbeibeordert. Die Operation wurde mehrfach wiederholt, aber die Amoco Cadiz trieb unaufhaltsam auf die Felsenküste zu. Insgesamt drei Kabel rissen. Währenddessen mußte die Konkurrenz erbittert in die Röhre schauen, hier die niederländische Smit International, deren Schlepper Smit Houston ebenfalls den Braten gerochen und herbeigeeilt war: „Wir mußten hilflos zusehen, denn die Deutschen akzeptierten unsere Hilfe nicht." (De Telegraf, 20. März) Der Kapitän der Amoco seinerseits teilte der französischen Küstenwache auf Anfrage mit, alles sei in Ordnung, um die Intervention der französischen Marine zu vermeiden, die auch nicht gratis arbeitet. Erst nach 22.00 Uhr wurde SOS gefunkt. Da saß der Tanker schon auf Grund und das Öl lief aus.

Auf zahlreichen Demonstrationen und Versammlungen in der Bretagne fordern Arbeiter, Bauern und Fischer: Sofortige Unterstützungszahlungen der Regierung an die geschädigten Fischer! Arbeitslosengeld für die betroffenen Arbeiter! Und was die Kosten und Schäden der Ölpest an der bretonischen Küste angeht: Shell soll zahlen! – (Korrespondentenbericht Brüssel)



Demonstration der Fischer in Brest (Bretagne) gegen die Verseuchung der Atlantik-Küste durch das Öl des Tankers Amoco Cadiz

28000 israelische Soldaten überfallen den Südlibanon
Spendet für die medizinische Versorgung der palästinensischen und libanesischen Bevölkerung!

Unterstützt von Luftwaffe, Heer und Marine sind am 15.3.78 28000 israelische Soldaten in den Südlibanon eingefallen. Da sie auf militärischer Ebene keinen entscheidenden Erfolg erzielen konnten, konzentrierten sie die Artillerie- und Luftangriffe auf Flüchtlingslager und auf die libanesische Zivilbevölkerung. Die Verluste unter der Zivilbevölkerung sind unüberschaubar.

Mit dieser Aggression gegen das libanesische und das palästinensische Volk setzt Israel seine Expansions- und Terrorpolitik gegen die arabischen Völker fort. Im Rahmen dieser Politik soll nun auch der Südlibanon endgültig unter israelische Herrschaft gelangen und damit ein alter zionistischer Traum erfüllt werden. Dieser Traum wird schnell zerplatzen, das palästinensische Volk unter Führung der PLO wird nach diesem jüngsten Überfall noch entschlossener seinen gerechten Kampf für seine Freiheit und für die Befreiung ganz Palästinas weiterführen.

Damit dieser Kampf erfolgreich ist, braucht das palästinensische und das libanesische Volk internationale Unterstützung. Nach dem brutalen Überfall ist nun die medizinische Versorgung der Bevölkerung eine dringende Aufgabe. Deshalb rufen wir alle Menschen in der BRD auf, durch eine Spende für diese Versorgung beizutragen. Auch Medikamente – hauptsächlich Antibiotika und Verbandszeug – können helfen!

Spenden auf das Konto: 2528228 Dresdner Bank Bonn (ISPA)
Medikamente an die Adresse:
Informationsstelle Palästina, Kaiserstraße 237, 5300 Bonn

Carter bricht einseitig die Panamakanalverträge / USA beanspruchen jederzeitiges Interventionsrecht

Das panamaische Volk wird die Besetzer vertreiben

Am 16. März hat der US-Senat mit Zweidrittelmehrheit einen der von US-Präsident Carter und dem panamaischen Präsidenten Torrijos im September letzten Jahres unterzeichneten beiden neuen Panamakanalverträge angenommen. Mit breitem biblischen Grinsen dokumentierte Carter, daß ihm dabei gleich ein Vertragsbruch gelungen war. Statt, wie in Artikel V des sogenannten Neutralitätsvertrages (siehe nebenstehend) festgehalten, über die Herstellung der vollen Souveränität Panamas über die Kanalzone abzustimmen, haben die Senatoren ein Interventionsrecht verabschiedet. Danach sollen die US-Imperialisten auch noch nach dem Ablauf des Vertrags im Jahre 1999 jederzeit militärisch intervenieren dürfen, wenn der Kanal aus irgendwelchen Gründen geschlossen wird. Das amerikanische Wochenmagazin „Time" dachte prompt an eine militärische Intervention im Falle eines Generalstreiks. Zweitens wollen die US-Imperialisten über 1999 hinaus ihre Truppen in der Kanalzone stationieren, falls die beiden Regierungen es für „nötig oder angemessen" halten. Weitere Manöver sind zu erwarten, wenn der Grundvertrag am 10. April vom Senat verabschiedet werden soll. Der Panamakanal wird von den US-Imperialisten als „Binnenkanal" betrachtet. Erstens verbindet er die Kohle- und Industriezentren des Ostens der USA mit Kalifornien, zweitens ermöglicht er die Vereinigung der im Atlantischen und im Pazifischen Ozean stationierten Kriegsflotte, und drittens erspart er bei der Plünderung des chilenischen Kupfers, des peruanischen und bolivianischen Zinns und des ecuadorianischen und kolumbianischen Erdöls den Umweg um Kap Horn an der Südspitze Südamerikas. Die Kanalzone wurde von Theodore Roosevelt, dem Einsatzleiter der US-Expansion in die Karibik und auf den südamerikanischen Kontinent vor dem 1. Weltkrieg, deshalb systematisch zu einer konterrevolutionären Zentrale und dann zu einem Stützpunkt gegen den sozialimperialistischen Rivalen ausgebaut, der sich seit Anfang der sechziger Jahre („Kubakrise") direkt vor der US-imperialistischen Haustüre tummelt. Rund 60000 amerikanische Staatsbürger halten die Kanalzone besetzt, davon sind mindestens 15000 offiziell als Truppen ausgewiesen. Hier lagern Atomsprengköpfe, gibt es vier unterirdische Raketenbatterien, besteht die Möglichkeit, die Atom-U-Boote wieder aufzumunitionieren, hier befindet sich ein unterirdisches Rechenzentrum, das von den US-Syncom-Spionagesatelliten gespeist wird, hier ist das Ausbildungszentrum der „Green Berets".

Auf einer Tagung der Gewerkschaft der Bananenarbeiter hat der panamaische Staatschef Torrijos erklärt: „Es gibt Entscheidungen, es gibt die Tatkraft der Bevölkerung und es gibt die Regierung, die bereit ist, sich auf dem Weg zur Lösung unserer Probleme antreiben zu lassen ... Die Panamakanalverträge sind weder schlecht noch gut, es sind Verträge. Sie sind das Ergebnis der Bemühungen einer Gruppe unter meiner Leitung ... Wir haben dem Vertrag zugestimmt. Jetzt liegt es am Senat und Carter ... Ich sage, daß wir diejenigen sind, die das meiste verlieren würden, weil wir dann (falls des US-Senat nicht ratifiziert, Red.) 50000 Jugendliche, 50000 Panamaer rekrutieren müßten ... Keiner ist nervöser und fürchtet einen Angriff mehr als ein Mann mit sieben Millionen in seiner Tasche. Keiner möchte sieben Millionen in einem Land riskieren, das Schauplatz eines Guerillakampfes für seine eigene Befreiung sein könnte."

Die Präsidenten von Kolumbien, Mexiko, Costa Rica und Venezuela haben in der Erklärung von Bogotá im August 77 Panama in seinem rechtmäßigen und unaufschiebbarem Bestreben, die volle Souveränität über sein gesamtes Territorium wiederzuerlangen, bestärkt. Carters Betrugsmanöver mit dem Panamakanalvertrag werden so nicht lange Bestand haben. – (Z-Red.)

Die Geschichte Panamas ist eine Geschichte des Kampfes gegen Kolonialismus und Imperialismus

Anfang des 16. Jahrhunderts bricht der spanische Kolonialistenführer und Völkermörder Pizarro von Panama aus zur Eroberung Perus auf. Panama wird zwei Jahrhunderte lang zum Hauptverbindungsweg für den Raub des Silbers aus den Minen Südamerikas durch die spanischen Kolonialherrn.

1821 erkämpft das panamaische Volk die Unabhängigkeit von Spanien und schließt sich Kolumbien an.

1850 schließen die USA und Großbritannien einen Vertrag zur gemeinsamen Kontrolle des „Isthmus von Panama", der engsten Stelle zwischen Karibischer See und Pazifischem Ozean. Kolumbien wird von den USA zur Anerkennung dieses Vertrages und zur Vergabe einer Konzession für den Bau einer Eisenbahnlinie über den Isthmus an eine New Yorker Aktiengesellschaft gezwungen.

1855 wird die Eisenbahnlinie fertiggestellt. 30000 Arbeiter sterben beim Bau an Malaria, Gelbfieber und Typhus. Von den US-Kapitalisten wird sie als „technische Meisterleistung" gefeiert. Sie verkürzt die Strecke New York – San Francisco um 15000 Kilometer und transportiert vor allem Gold aus Kalifornien.

1901 kündigen die erstarkten US-Imperialisten den Vertrag mit Großbritannien, inszenieren, gestützt auf eine Unabhängigkeitsbewegung, einen Putsch, der zur Trennung von Kolumbien und zur Gründung der Republik Panama führt.

1903 schließen sie mit der neuen Regierung den Panamakanal-Vertrag, der ihnen „auf ewig" die volle Souveränität über die Kanalzone sichern soll. Der Kanal wird 1914 fertiggestellt.

1955 müssen die US-Imperialisten aufgrund des wachsenden Widerstandes der panamaischen Volksmassen die Zahlungen aus den Kanaleinnahmen an Panama erneut, wie schon 1936, erhöhen.

1964 brennen Schüler und Studenten in der Kanalzone Einrichtungen der US-Imperialisten nieder und fordern den vollständigen Abzug der US-Truppen.

1970 muß Nixon Verhandlungen über einen neuen Kanalvertrag aufnehmen, deren Abschluß die US-Imperialisten auch mit Hilfe eines Vetos im UNO-Sicherheitsrat gegen die Forderungen Panamas hinauszögern.

1977 unterzeichnet Carter den Panamakanalvertrag, der in Panama in einer Volksabstimmung mit 506000 gegen 245000 Stimmen angenommen wird.



Die Panamakanalverträge von 1903 und 1977

1903

Artikel I: Die Vereinigten Staaten garantieren die Unabhängigkeit der Republik Panama und werden sie aufrechterhalten.

Artikel II: Die Republik Panama gestattet den Vereinigten Staaten auf ewig den Gebrauch, die Okkupation und die Kontrolle einer Zone Land und Land unter Wasser ... von einer Breite von 10 Meilen ... die Republik Panama überläßt ferner den Vereinigten Staaten auf ewig den Gebrauch, die Okkupation und die Kontrolle jeden anderen Landes und Gewässers außerhalb der eben beschrieben Zone, das nötig und zweckmäßig sein könnte für den Bau, Unterhalt, Betrieb, die Sanitation und den Schutz des besagten Kanals ...

Artikel III: Die Republik Panama überläßt den Vereinigten Staaten alle jene Rechte, Befugnisse und Amtsgewalt innerhalb der in Artikel II erwähnten und beschriebenen Zone ..., die die Vereinigten Staaten hätten und ausübten, wenn sie der Souverän des Territoriums wären ...

Artikel XII: Die Regierung der Republik Panama gestattet allen Angestellten und Arbeitern jedweder Nationalität ... die Einwanderung und den freien Zugang zu den Geländen und Werkstätten des Kanals und seinen Nebenanlagen, ebenso ihren Familien; alle diese Personen sind vom Militärdienst der Republik Panama befreit.

Artikel XXIII: Falls es zu irgendeiner Zeit notwendig wird, für die Sicherheit oder zum Schutz des Kanals oder der ihn benützenden Schiffe oder der Eisenbahnen und Nebenanlagen bewaffnete Kräfte einzusetzen, so haben die Vereinigten Staaten das Recht, jederzeit nach ihrem Ermessen ihre Polizei und ihre Land- und Seestreitkräfte zu verwenden oder zu diesem Zweck Befestigungen zu errichten.

1977

Grundvertrag

Artikel I Abs. 2: ... gewährt die Republik Panama als territorialer Souverän den Vereinigten Staaten für die Dauer dieses Vertrages die Rechte, die notwendig sind, um die Durchfahrt von Schiffen durch den Kanal zu regulieren und den Kanal zu verwalten, zu betreiben, instandzuhalten, zu verbessern, zu schützen und zu verteidigen ...

Artikel II Abs. 2: Dieser Vertrag findet sein Ende am 31. Dezember 1999, 12 Uhr mittags nach Ortszeit von Panama.

Artikel V: Angestellte der Panamakanalkommission, ihre Angehörigen und Staatsangehörige der Vereinigten Staaten ... haben die Gesetze der Republik Pa-
... haben die Gesetze der Republik Pa-
nama zu achten und haben sich jeder mit dem Geist dieses Vertrags unvereinbaren Handlungsweise zu enthalten. Demgemäß haben sie sich von jeder politischen Betätigung in der Republik Panama wie auch von jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik Panama fernzuhalten.

Artikel XIII Abs. 1: Nach Beendigung dieses Vertrags wird die Republik Panama die volle Verantwortlichkeit für die Verwaltung, den Betrieb und die Instandhaltung des Panamakanals übernehmen.

Neutralitätsvertrag

Artikel V: Nach dem Ende des Panamakanalvertrags wird allein die Republik Panama den Kanal betreiben, militärische Kräfte, Verteidigungsanlagen und militärische Einrichtungen auf ihrem nationalen Territorium aufrechterhalten.

Interpretationen
(im Protokoll, aber nicht unterzeichnet)

Die korrekte Auslegung dieses Prinzips (der immerwährenden Neutralität, Red.) ist, daß jedes der beiden Länder im Einklang mit seinen Verfassungsvorschriften den Kanal gegen jede Bedrohung seines Neutralitätsstatus verteidigen wird und folglich das Recht hat, gegen jeden Angriff und jede Angriffsdrohung einzuschreiten, die gegen den Kanal oder gegen die friedliche Durchfahrt von Schiffen durch den Kanal gerichtet sind.

Das bedeutet kein Recht der Vereinigten Staaten auf Intervention in die inneren Angelegenheiten Panamas und darf auch nicht als solches ausgelegt werden. Jede Aktion der Vereinigten Staaten wird darauf gerichtet sein sicherzustellen, daß der Kanal offen, sicher und zugänglich bleibt, und sie wird niemals gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit Panamas gerichtet sein. Der Neutralitätsvertrag bestimmt, daß die Kriegsschiffe und Hilfsschiffe der Vereinigten Staaten und Panamas das Recht haben, den Kanal unverzüglich zu passieren ... *(zitiert nach F. Sitte, Panikzone Panama, Wien 1974, und: Europa-Archiv 23/1977)*

Länder der Dritten Welt erzwingen Steigerung des Kupferpreises

Am 1. März 1978 haben die kupferproduzierenden Länder Sambia, Zaire und Peru beschlossen, ihre Kupferproduktion um 15% einzuschränken. Der an der Londoner Metallbörse ausgehandelte Kupferpreis war seit März 1977 ununterbrochen gefallen und hatte am 1. März 1978 mit 611,50 Pfd.St. seinen tiefsten Stand seit Februar 1976 erreicht. Bedenkt man die Geldentwertung, war das wohl der niedrigste Stand aller Zeiten. Seit dem Beschluß der drei Regierungen ist der Kupferpreis trotz zahlreicher Erpressungsversuche durch die Imperialisten gestiegen (siehe Artikel über Sambia auf Seite 3) und stand am 22. März bei 660,50 Pfd.St. Unter der Überschrift „Kriegstrommeln am Sambesi" schreibt das britische Kapitalistenblatt „Metal Bulletin" am 10. März zum Abschluß eines „Abkommens über eine interne Lösung" in Zimbabwe:

„Südafrika kann nun zusammen mit den USA und Großbritannien eine energischere Linie verfolgen, wenn die Guerillatätigkeiten an der Grenze zu Angola, Tansania, Mozambique und Sambia deutlich eskalieren. Wenn sich das Bild in dieser Richtung entwickelt, dann könnte ein Zyniker sagen, daß Sambias freiwillige Produktionskürzung von 15% leicht zu einer erzwungenen Kürzung von 100% werden könnte. Und die Auswirkungen davon auf die gebeutelte sambische Wirtschaft und folglich auf den Kupferpreis brauchen kaum beschrieben zu werden."

Sambias Exporte bestehen zu über 90% aus Kupfer. Wegen der niedrigen Kupferpreise, die die Produktionskosten nicht decken, steht Sambias Wirtschaft kurz vor dem Zusammenbruch. Die Imperialisten hofften, sie könnten die Zahlungsunfähigkeit Sambias nutzen, um die 1973 vollzogene Nationalisierung des Bergbaus praktisch wieder rückgängig zu machen und diese Rohstoffquellen wieder an sich zu reißen. Der Beschluß zur Produktionseinschränkung hat diese Erwartungen durchkreuzt. Die Imperialisten schäumen vor Wut und lassen jetzt heraus, was sie mit der „internen Lösung" in Zimbabwe in Wirklichkeit vorhaben: Krieg gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen aller Völker und Länder des südlichen Afrika.

Die Senkung der Rohstoffpreise ist für die Imperialisten lebenswichtig, um dem Fall ihrer Profitrate entgegenzuwirken. Die US-Imperialisten produzieren fast ein Viertel der Weltproduktion an Kupfer im eigenen Land. Sie haben die Kupferförderung in den letzten Jahren im großen Umfang rationalisiert. Die gleichen Monopole beherrschen sowohl die Förderung wie die Weiterverarbeitung auf diesem größten Einzelmarkt. Sie können deshalb die Preise niedrig halten und die Weltmarktpreise bestimmen. Durch die Dollarabwertung sind die Preise amerikanischer Waren gegenüber den Preisen der Waren anderer Länder gefallen. Weil die Kupferpreise von den US-Imperialisten beherrscht werden, verteuern sich für die Länder der Dritten Welt die Waren, die sie gegen ihr Kupfer eintauschen müssen.



Anfang 1974 konnten die in der Organisation der Kupfer produzierenden Länder CIPEC zusammengeschlossenen Länder der Dritten Welt, gestützt auf den erfolgreichen Kampf der Erdöl produzierenden Länder, eine bedeutende Steigerung des Kupferpreises auf über 1400 Pfd.St. pro Tonne durchsetzen. In der Krise von 1975 sank die Kupfernachfrage der imperialistischen Länder, und die Imperialisten konnten den Kupferpreis wieder auf nahezu 500 Pfd.St. senken. Seitdem können sie den Weltmarktpreis sogar noch unter dem Preis auf dem US-amerikanischen Markt halten.

Die Zahlungsbilanz Sambias war 1974 positiv: Durch den Verkauf seines Kupfers bekam es mehr Geld als es für Importe ausgeben mußte. 1975 hatte Sambias Zahlungsbilanz ein Defizit von rund 300 Mio. Pfd.St., obwohl es fast die gleiche Menge Kupfer exportierte. Ende 1977 war es mit 1,3 Mrd. Dollar gegenüber dem Ausland verschuldet. Nach einer Berechnung der Bank von Sambia erhielt Sambia 1975 für seine Exportwaren 20% weniger als 1970, während es für Importe, berechnet auf die gleiche Menge, fast das Doppelte bezahlen mußte.

Die Kupfer produzierenden Länder der Dritten Welt waren gezwungen, immer mehr Kupfer zu immer schlechteren Preisen zu produzieren, um ihrer wachsenden Verschuldung Herr zu werden. Die Imperialisten trieben sie in wachsende Konkurrenz zueinander. Chile (4,5 Mrd. Dollar Auslandsschulden) mußte seine Kupferproduktion zwischen 1973 und 1977 um über 40% steigern. Peru (4,2 Mrd. Dollar Auslandsschulden) hatte sich gegenüber seinen Gläubigern für 1978 zu einer Produktionssteigerung von rund 20% gegenüber der 1976 geförderten Menge verpflichten müssen. Der Beschluß zur Produktionseinschränkung der drei der CIPEC angehörenden Staaten schiebt der imperialistischen Erpressung einen Riegel vor.

Die Imperialisten konnten ihre seit 1975 riesig anschwellenden Kupferlager immer wieder dazu einsetzen, den Kupferpreis zu drücken. Die Konferenzen der CIPEC haben die Einrichtung von Rohstofflagern und -fonds unter ihrer eigenen Kontrolle gefordert, um die Erpressungen und Spaltungen durch die Imperialisten zu bekämpfen. Der US-Präsident Carter hat jetzt im Kongreß einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Einrichtung eines Kupferlagers „ausreichend für die Dauer eines dreijährigen Krieges" vorsieht. Der Kampf der unterdrückten Länder für nationale Selbständigkeit treibt die Imperialisten in immer hektischere und abenteuerlichere Manöver zur Verteidigung ihrer Weltherrschaft. – (Z-Red.)

In der Volksrepublik China gibt es keine „Herren Parlamentarier"

Zhang-bing-gui – Bonbonverkäufer und Delegierter zum V. Nationalen Volkskongreß

Am 28. Februar berichtete die Renmin Ribao, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Chinas, daß Vorsitzender Hua auf dem V. Volkskongreß an der Diskussion in kleinen Gruppen teilnahm. Als er in einer Gruppe Pekinger Delgierter war, ergriff ein älterer Delegierter das Wort. „Laßt mich ein paar Worte sagen. Mein Name ist Zhang Bing-gui und ich bin Angestellter im Pekinger Warenhaus Baihuo da lou ..." Alle lächelten, und Vorsitzender Hua bemerkte: „Du bist der Bonbonverkäufer. Ich kenne Dich." Zhang bing-gui schaute Hua Guo-feng überrascht an. „Ich kenne Dich von einem Bild in der Zeitung", sagte Hua Guo-feng freundlich, und die ganze Gruppe lachte. Vorsitzender Hua lobte dann, daß sich die Arbeit des Kaufhauses Baihuo da lou verbessert habe und ermutigte alle Verkäufer, ihre Arbeit weiter zu verbessern und mit ganzem Herzen dem Volke zu dienen.

Mit diesem in ganz China bekannten Bonbonverkäufer hatten wir kurz vor Einberufung des V. Nationalen Volkskongresses bei einem Besuch im Warenhaus ein längeres Gespräch. Bekannt ist er bei jung und alt wegen seiner besonderen Verkaufstechnik. Er kann, nur mit den Händen, ohne eine Waage zu Hilfe zu nehmen, das Gewicht der Bonbons exakt messen. Das beschleunigt den Verkauf, so daß die Leute nicht lange anstehen müssen.

Zhang Bing-gui ist seit langer Zeit als vorbildlicher Arbeiter ausgezeichnet und war Delegierter zum 11. Parteitag der KP Chinas. Er ist Mitglied des Revolutionskomitees der Stadt Peking und als Arbeitsheld der Stadt Peking ausgezeichnet. Nach wie vor arbeitet er sechs Tage in der Woche im Warenhaus als Bonbonverkäufer und ist verantwortlich für die politische Erziehung der jungen Verkäufer. Aber lassen wir ihn selbst zu Wort kommen:

„Ich bin heute 59 Jahre alt. Schon mit siebzehn stand ich hinter dem Ladentisch, aber damals machte ich nur den Diener für die Kapitalisten, während ich heute meinem Volke diene.

Schon als Zehnjähriger mußte ich in einer Teppichweberei Lehrling werden. Oft bluteten mir die Finger beim Spinnen. Wenn es ihm zu langsam ging, verprügelte mich der Vorarbeiter erbarmungslos mit einem eisernen Wollkamm. Später wurde ich dann Lehrling in einer Textilfabrik. Mit siebzehn begann ich in einem Laden als Lehrling zu arbeiten. Jeden Tag mußte ich ein paar hundert Fässer Benzin schleppen. Am Abend hatte ich dem Geschäftsinhaber die Beine zu massieren. Nachts schlief ich im Lagerraum fürs Benzin, wo ich natürlich selbst in der bittersten Winterkälte kein Feuer machen durfte und mich nur zusammenkrümmen konnte. Von den Prügeln, die mir der Geschäftsinhaber und das Kuomintang-Gesindel verabreichten, durfte ich kaum Notiz nehmen, denn die Furcht vor Entlassung war noch viel schlimmer. So hatten wir Verkäufer in der alten Gesellschaft eine ungesicherte Existenz, keinerlei politische Rechte, wurden ausgebeutet und praktisch wie Sklaven behandelt. Aber seit 1949, mit der Gründung der Volksrepublik China, hat sich unsere Situation grundlegend geändert, und dank der Kommunistischen Partei und dem Vorsitzenden Mao wurden wir aus Not und Elend befreit. Heute sind wir die Herren unserer Betriebe und des Staates überhaupt, und wir haben ein gesichertes Leben.

1955 kam ich hierher ins Warenhaus, und ich war darüber sehr froh, weil das Warenhaus ein volkseigener Betrieb war, ein Betrieb, der dem Volk gehört. Seit ich hier arbeite, haben die Partei und meine Kollegen mir geholfen, mich auszubilden, ebenso wie die Arbeiter und Bauern, unsere Kunden. Deswegen liebe ich meine Arbeit, und ich weiß, daß zwischen dem sozialistischen und kapitalistischen Handel ein großer Unterschied besteht. Früher war der Verkäufer ein verachtetes Geschöpf, das man nach Belieben beschimpfen und sogar verprügeln konnte. Aber heute bringt man uns Verkäufern große Achtung entgegen. Wir sind das Bindeglied zwischen Staat und Volk. Wenn wir gut arbeiten, tragen wir dazu bei, daß die Bevölkerung ein angenehmeres Leben führt, noch mehr Liebe zum Sozialismus empfindet und für ihren Teil noch eifriger arbeitet. Als Angehörige des sozialistischen Handels müssen wir uns darum bemühen, dem Volk nach Kräften zu dienen. Nur wenn wir die Werke des Vorsitzenden Mao und des Marxismus-Leninismus studieren und ständig unsere Weltanschauung umgestalten, dann können wir uns den Gedanken, mit allen Kräften dem Volke zu dienen, wirklich aneignen. Unsere berufliche Arbeit müssen wir eng verbinden mit dem sozialistischen Aufbau und der Revolution. Durch unsere Verkaufstätigkeit müssen wir die Anteilnahme der Partei zum Ausdruck bringen. Wenn wir unsere Arbeit besser leisten, dann wird die Überlegenheit des Sozialismus voll zur Geltung gebracht werden, und der Charakter der zwischenmenschlichen Beziehungen wird klar zutage treten. Diese Beziehungen sind keine Beziehungen mehr von Kauf und Verkauf, sondern Beziehungen zwischen Genossen, zwischen Kameraden. Wenn wir unsere Kunden als unsere eigenen Klassenbrüder betrachten, dann können wir unsere Arbeit besser leisten. Der sozialistische Handel erfordert es, daß wir unsere Arbeit wirklich gut erledigen. Deswegen betrachte ich meinen Arbeitsplatz als einen Kampfposten. Mit großem Eifer bediene ich die Kunden. Ich versuche, mich in ihre Lage zu versetzen, mich an ihre Stelle zu denken und ihre Schwierigkeiten als meine eigenen zu betrachten. Manchmal stehen immer noch Kunden da, wenn meine Arbeitszeit schon vorbei ist, aber auch diese Kunden müssen dann noch bedient werden. Für uns ist zwar bereits Arbeitsschluß, aber nicht für unser Denken. Noch der allerletzte Kunde, der kommt, muß freundlich bedient werden. Einmal kamen ein Soldat der Volksbefreiungsarmee und zwei Arbeiter gerade zur Zeit des Ladenschlusses ins Kaufhaus gerannt, um Bonbons zu kaufen. Ich sagte ihnen, daß sie langsam gehen können und sich erst mal verschnaufen sollen, ich würde sie auf jeden Fall noch bedienen. Sie waren sehr froh und sagten: „Das sind die Verkäufer der Hauptstadt!"



Pekinger Demonstration zur Feier des Volkskongresses. „Wir unterstützen entschlossen die neue Verfassung", heißt die Parole, die die Arbeiter tragen

Gegenwärtig führt Genosse Zhang Bing-gui mit dem Stoffverkäufer Yu San-rong vom Ersten Warenhaus in Schanghai einen sozialistischen Wettbewerb durch. Der Wettbewerb zwischen diesen beiden Verkäufern, über den auch das chinesische Fernsehen berichtete, findet im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbs zwischen dem Pekinger Warenhaus „Baihuo da lou" und dem Ersten Warenhaus von Schanghai statt. Der Wettbewerb hat im letzten Jahr begonnen, und sein Inhalt besteht darin, „gut in fünffacher Hinsicht" zu werden, nämlich bei der Revolutionierung und Stärkung der Leitung des Warenhauses, bei der Revolutionierung der Belegschaft, bei der Qualität der Bedienung, beim Studium und bei der Kritik an der Viererbande sowie bei der Erfüllung aller Planziffern. Je nach sechs Monaten überprüfen sich die beiden Warenhäuser gegenseitig bezüglich dieser fünf Punkte. Beim sozialistischen Wettbewerb zwischen diesen beiden Warenhäusern wie auch beim Wettbewerb zwischen den Verkäufern des Pekinger Warenhauses gibt es keinen materiellen Anreiz. Diejenigen Verkäufer, die sich hervorgetan haben, werden mit einem Ehrenschreiben ausgezeichnet.

Auf die Frage, was das Ziel des Wettbewerbs mit dem Stoffverkäufer aus Schanghai sei, gab uns Genosse Zhang Bing-gui zur Antwort: Voneinander lernen, vom Arbeitsstil des anderen lernen und die Erfahrungen des anderen auf seine eigene Arbeit anwenden. „Genosse Yu San-rong arbeitet ausgezeichnet. Er verkauft Baumwollstoff, während ich Bonbons verkaufe. Er ist ausgezeichnet bei der Arbeit. Er kann sehr exakt mit den Augen messen. Wenn ein Kunde kommt und Stoff etwa für eine Hose verlangt, genügt ein Blick, und Genosse Yu San-rong kann sagen, wieviel Stoff der Kunde braucht. Ich muß von seinem guten Arbeitsstil und seinen Erfahrungen lernen wie auch von seinen fachlichen Fertigkeiten und mich bemühen, Bonbons schnell, gut und genau zu verkaufen, damit die Arbeitsleistung erhöht wird. Ihr habt mich gefragt, wie ich zu meiner besonderen Fertigkeit gelangt bin. Nun, Vorsitzender Mao lehrt uns, daß erst die Praxis kommt, dann die Theorie und dann wieder die Praxis. Die Praxis ist das Grundlegende. Ich übe gewöhnlich vor Öffnung des Warenhauses mit verschiedenen Gewichtsstücken, um schneller, besser und präziser verkaufen zu können. Ich habe zudem gelernt, schnell im Kopf zu rechnen. Manchmal kommen viele Leute, um Bonbons zu kaufen. Wenn sie lange Schlange stehen müssen, werden sie ungeduldig. Selbst wenn manche Kunden zwanzig verschiedene Sachen kaufen, kann ich sie im Kopf rechnen. Ich benutze beim Kopfrechnen das Prinzip des Abakus (chines. Rechenbrett, die Red.). Zuerst die großen ganzen Zahlen addieren und dann die kleinen. Wenn die Kunden sehen, daß ich schnell verkaufe und gut rechne, sind sie beruhigt. Sie brauchen nicht so lange zu warten und können schnell die gewünschten Sachen kaufen.

Durch das Lernen von Yu San-rong und anderen Schanghaier Genossen habe ich meine Arbeit verbessert. Ich muß von allen diesen Arbeitshelden lernen, von meinen Arbeitskollegen und von anderen Verkäufern in Peking. Wir haben jetzt für unser Warenhaus die Parole ausgegeben: ‚Durch Anpacken der Verkaufstätigkeit die Angelegenheit des Warenhauses gut regeln!' Und im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbs der Verkäufer unseres Warenhauses haben wir mehrere Losungen ausgegeben, z.B. die Losung ‚331'. Die erste drei bedeutet dreifache Herzlichkeit, nämlich herzlich die Kunden begrüßen, herzlich den Kunden die Waren zeigen, bekannt machen und erklären, und herzlich alle Fragen der Kunden beantworten. Die zweite drei bedeutet drei Veränderungen, die Veränderung im Fühlen und Denken den Kunden gegenüber, die Veränderung der Haltung beim Bedienen und der Arbeitshaltung, und die Veränderung des Gesamtbildes des Warenhauses. Die Eins meint, daß man sehr gut Bescheid wissen muß über die Zulieferung, den Absatz, die Lagerung und die Gruppierung der Waren. Alle solche Parolen spielen eine große Rolle bei der Förderung und Aneignung der fachlichen Fertigkeiten, was gerade von der Viererbande sabotiert worden ist."

Verachtet in der alten Gesellschaft, gehört Genosse Zhang Bing-gui zu denen, die von den chinesischen Werktätigen ausgewählt worden sind, die höchsten Angelegenheiten des Staates zu regeln. Lenin schrieb, daß jede Köchin die Angelegenheit des proletarischen Staates regeln muß. Dies wird in der Volksrepublik China bereits Wirklichkeit. (Korrespondentenbericht Peking)

China – Land ohne Schulden

Chinas gesunde Finanzen drücken sich in seiner Schuldenfreiheit im In- und Ausland aus.

Die Befreiung des Landes 1949 markiert das Ende seines halbfeudalen und halbkolonialen Status.

Die politische Unabhängigkeit leitete eine neue Phase in der Entwicklung der Landesfinanzen und der Volkswirtschaft ein. Ein schlagender Beweis für den Wandel war die Ersetzung des Finanzdefizits durch ausgeglichene Einnahmen und Ausgaben. Dabei muß man sich erinnern, daß von 1937 bis 1949 das Finanzdefizit der reaktionären Kuomintang-Regierung über 70 % des Budgets betrug. Damals führte die grausame Ausbeutung durch Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus zu Produktionseinschränkungen, zur Erschöpfung der Finanzquellen, zu galoppierender Inflation und schwindelnder Höhe von Preisen.

In den 28 Jahren seit der Gründung der Volksrepublik China sind Einnahmen und Ausgaben beträchtlich gewachsen. Eine ausgeglichene Bilanz mit einem kleinen Überschuß besteht seit vielen Jahren und ist ein Leitprinzip für die Landesfinanzen geworden. Chinas finanzielle Zuwendungen für die Produktion und den Aufbau ebenso wie seine Finanzreserven sind gewaltig gestiegen. Seine gesunden Finanzen sind ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung der Volkswirtschaft und für seine dauernde Preisstabilität.

Die Produktion steigern, ein Sparsamkeitsregime durchführen und so viel Finanzreserven wie möglich anlegen, dies sind die drei entscheidenden Maßnahmen, die Vorsitzender Mao ausgearbeitet hat, damit China eine ausgeglichene Bilanz erhält. Ein fundamentales Prinzip der chinesischen Finanzpolitik ist die Einnahmesteigerung durch die Entwicklung der Volkswirtschaft. Es leitet sich her aus der Tatsache, daß China als sozialistischer Staat sich nicht wie imperialistische Staaten verhalten kann, die sich die Geldmittel durch steigende wirtschaftliche Lasten für ihre eigenen Völker und aus der Ausbeutung ihrer Kolonien holen. Dagegen stützt sich China auf die eigene Kraft und vertraut hauptsächlich auf den revolutionären Arbeitseifer der Volksmassen, um die sozialistische Wirtschaft vorwärtszutreiben.

Chinas gegenwärtige Einnahmen, zigmal so hoch wie kurz nach der Befreiung, kommen hauptsächlich aus den Steuern und Gewinnen, die die staatseigenen Unternehmen abführen. Der Anteil dieser Einnahme an den gesamten Staatseinnahmen ist von 34,1 % kurz nach der Befreiung auf heute 90 % gewachsen.

Das beeindruckende Wachstum der Staatseinnahmen ist auf der Grundlage ständiger Fortschritte in der Landwirtschaft erzielt worden. Die Landwirtschaft hat den 800 Millionen Chinesen nicht nur genug zu essen gegeben, sondern ist auch ein immer größerer Rohstofflieferant und ein immer größerer Markt für die Leichtindustrie, die das Volk mit großen Mengen Konsumgütern und den Staat mit beträchtlichen Geldmitteln versorgt.

Bei der Aufstellung und Prüfung des jährlichen Haushaltsplans hat China niemals ein Finanzdefizit zugelassen, sondern verfolgt das Prinzip, nur soviel auszugeben, wie es hat, und mehr mit weniger Geld zu leisten. Und bei der Durchführung des Haushaltsplans praktiziert China auf jede Weise Wirtschaftlichkeit und vermeidet Verschwendung. Im Ergebnis kommt ein ausgeglichener Haushalt zustande, im allgemeinen jedes Jahr mit einigen Überschüssen.

Bei der Verteilung und Ausgabe der Geldmittel haben die Erfordernisse des großangelegten wirtschaftlichen Aufbaus und die Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft Priorität. Was jetzt jährlich für Investitionen ausgegeben wird, ist mehrmals höher als die gesamten Staatseinnahmen in einem Finanzjahr in den ersten Jahren der Volksrepublik. Nach dem Prinzip „Überlegene Kräfte konzentrieren, um die Vernichtungsschlacht zu führen" haben viele Gebiete und Einheiten ihre Investitionsvorhaben mit hohem Tempo fertiggestellt. Manche Projekte wurden im selben Jahr begonnen und in Betrieb genommen. Gleichzeitig werden die Ausgaben für unproduktive Seiten der Projekte drastisch beschnitten und wird jeder Pfennig dreimal umgedreht.

Vorsitzender Mao stellte schon vor langer Zeit fest: „China ist ein großes Land, doch es ist derzeit noch sehr arm; damit China ein reiches Land werde, bedarf es eines Zeitraums von mehreren Jahrzehnten. Auch nach Ablauf dieser Zeitspanne wird es erforderlich sein, den Grundsatz ‚Fleiß und Genügsamkeit' weiter zu befolgen."

Als riesiges volkreiches Land sieht China darauf, daß bei der Aufstellung des Staatshaushaltes angemessene Reserven gebildet werden für die Bewältigung von Naturkatastrophen, die diesen oder jenen Teil des Landes treffen können. Diese Praxis hat zu einem ausgeglichenen Haushalt beigetragen.

Chinas Finanzreserven bestehen aus drei Teilen: Erstens wird bei der Budgetaufstellung nach einem festen Verhältnis eine allgemeine Reserve gebildet. Zweitens ist ein besonderer Fonds bestimmt für die Anlage von Vorräten, die konstant steigen sollen (z.B. Getreide: jetzt hat der Staat beträchtliche Reserven neben den kollektiven Reserven der Volkskommunen, ihrer Produktionsbrigaden und -gruppen und den Vorräten der Kommunemitglieder). Drittens haben sich in den vergangenen Jahren Haushaltsüberschüsse angesammelt – eine Geldsumme, die in normalen Zeiten nicht ausgegeben werden soll. Folglich kann China ohne Auslandskredite auskommen, während es gleichzeitig keine Inflation kennt. China hat seit langem Währungs- und Preisstabilität, und der Lebensstandard der Volksmassen hat sich erhöht.

In den ersten Jahren akzeptierte das neue China Unterstützungskredite von der Sowjetunion – damals unter Führung Stalins –, um schnell die Volkswirtschaft wiederherzustellen und auszubauen und besonders, um den Widerstandskrieg gegen die US-Aggression und Hilfe für Korea zu gewinnen. Anfang 1965 wurden alle Kredite vorfristig zurückgezahlt.

Von 1950 bis 1958 gab die chinesische Regierung Staatsschuldscheine aus als zusätzliche Maßnahmen, um noch mehr Geldmittel für den Aufbau zu bekommen. Diese Anleihen und die aufgelaufenen Zinsen sind Ende 1968 getilgt worden. Seitdem ist China ein Staat ohne Schulden.

Beim sozialistischen Aufbau legt China das Schwergewicht auf eigene Anstrengungen, während es zusätzlich ausländische Hilfe nutzt. Es hat Handelsbeziehungen mit weit über 100 Ländern und Gebieten auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils. Zur schnellstmöglichen Realisierung der Modernisierung der Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung und Wissenschaft und Technik importiert China fortgeschrittene Technologien und Ausrüstungen in bestimmten Mengen. Seine Handelsgesellschaften akzeptieren bei der Vertragsunterzeichnung mit den ausländischen Handelspartnern die Ratenzahlung oder einen späteren Zahlungstermin – eine übliche Praxis in den internationalen Handelsbeziehungen. Bei dem Außenhandel entsprechend seinen Bedürfnissen und Möglichkeiten konnte China immer alle seine Importe bezahlen – eine Tatsache, die ihm Ansehen im Ausland eingetragen hat. Übrigens hat China niemals Auslandskredite gewollt, seit dem es die Kredite an die Sowjetunion vollständig zurückgezahlt hat.

Das neue China ist ein sozialistisches Entwicklungsland und gehört zur Dritten Welt. Seine ökonomische Stärke ist begrenzt und sein technisches Niveau niedrig. Trotzdem hat es schon seit seiner Gründung anderen Ländern wirtschaftliche und technische Hilfe gegeben. China hat immer fest an der Seite der Entwicklungsländer in Asien, Afrika, Lateinamerika und anderen Gebieten gestanden und unerschütterlich ihren gerechten Kampf für die Erringung der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, für den Schutz ihrer staatlichen Souveränität und für die Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft unterstützt.

(Aus: China Features, von Dschu Ming)

Zusammenschluß für den Aufbau eines modernen und starken sozialistischen Chinas

V. Nationaler Volkskongreß der Volksrepublik China

Zwischen dem 26. Februar und dem 5. März hat in Peking die 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses stattgefunden. Der Tagung wurde ein Bericht über die Tätigkeit der Regierung vorgelegt, den Hua Guo-feng, Vorsitzender der KPCh und Ministerpräsident, erstattet hat. Der Bericht ist inzwischen in der Peking Rundschau auf deutsch veröffentlicht. Außerdem lag der Versammlung ein Bericht über die Änderung der Verfassung vor. Er wurde der Tagung durch den Vizevorsitzenden des ZK Yä Djiän-ying vorgetragen. Er ist in der Hsinhua veröffentlicht worden und wird sicher bald auf deutsch erscheinen.

Die Versammlung hat eine Resolution zum Bericht der Regierung verabschiedet und über einige Änderungen der Verfassung der Volksrepublik China Beschluß gefaßt. Sie hat Vorsitzenden Hua Guo-feng zum Ministerpräsidenten gewählt und auf Vorschlag Hua Guo-fengs die Mitglieder der neuen Regierung bestimmt. Der Nationale Volkskongreß hat seinen Ständigen Ausschuß und als Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses Yä Djiän-ying gewählt. Der Kongreß war durch Versammlungen und Wahlen auf den verschiedenen Ebenen vorbereitet worden und wurde von den chinesischen Volksmassen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Ergebnisse des Kongresses sind von den chinesischen Volksmassen mit großer Begeisterung aufgenommen worden.

Die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat, in dem die Diktatur des Proletariats herrscht. Die Kommunistische Partei Chinas ist die führende Kraft. Es war die Aufgabe der ersten Tagung des V. Nationalen Volkskongresses, die Linie des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas zu beraten und als Richtschnur für die Tätigkeit der breiten Volksmassen festzulegen. Das chinesische Volk begibt sich auf einen neuen „Langen Marsch", um in China bis zur Jahrhundertwende einen modernen und starken sozialistischen Staat aufzubauen. Die Beschlüsse der 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses sind von großer internationaler Bedeutung für den Fortschritt der proletarischen Weltrevolution, der die chinesische Arbeiterklasse mit der Gründung der Volksrepublik China im Jahre 1949 ein festes Bollwerk geschaffen hat. Im Jahr 1962 hat der Vorsitzende Mao Tsetung festgestellt:

„Von jetzt an gerechnet sind die nächsten 50 bis 100 Jahre ein großes Zeitalter der radikalen Veränderungen des Gesellschaftssystems in der Welt, ein weltumstürzendes Zeitalter, ein Zeitalter, mit dem sich keine der vergangenen Geschichtsepochen vergleichen kann. In einem solchen Zeitalter lebend müssen wir uns darauf vorbereiten, große Kämpfe zu führen, die sich in der Form durch viele Merkmale von den Kämpfen in den vergangenen Epochen unterscheiden."

In der Volksrepublik China hat die Arbeiterklasse bereits die politische Macht erobert. Die Arbeiterklasse hat die Produktionsverhältnisse gründlich umzuwälzen begonnen und das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln erkämpft. In der Epoche des Aufbaus des Sozialismus bleibt der Hauptwiderspruch der Widerspruch zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat. Der Klassenkampf ist das Hauptkettenglied beim Aufbau des Sozialismus. Nur durch den Klassenkampf können Verhältnisse geschaffen werden, in denen sich der Produktionskampf und das wissenschaftliche Experimentieren, die beiden anderen großen Bewegungen beim Aufbau des Sozialismus auf revolutionäre Weise entfalten können. Den Hauptbeitrag, den das chinesische Volk unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas zur radikalen Veränderung des Gesellschaftssystems in der Welt leisten kann, ist der Aufbau des Sozialismus entsprechend der Generallinie: „Unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, ‚mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher' den Sozialismus aufbauen." So hatte bereits der IV. Nationale Volkskongreß auf seiner ersten Tagung in der Resolution zum Bericht des verstorbenen Ministerpräsidenten Tschou En-lai festgestellt:

„Die anwesenden Abgeordneten sind der festen Überzeugung, daß wir unser Land noch in diesem Jahrhundert in den kommenden über zwanzig Jahren zu einem modernen und mächtigen sozialistischen Staat aufbauen können."

Das war Anfang 1975. – Die „Viererbande" hat jedoch die Beschlüsse des IV. Nationalen Volkskongresses und die Linie der Partei, wie sie in dem Bericht von Tschou En-lai festgelegt war, sabotiert. Dadurch sind dem chinesischen Volk in den Jahren bis zur Zerschlagung der „Viererbande" beim Aufbau des Sozialismus ernsthafte Schwierigkeiten entstanden. Die Methode der „Viererbande" war Spaltung und Intrige, durch die sie eine chaotische Lage schaffen wollte, um dann die politische Macht ergreifen und den Kapitalismus und das Grundeigentum restaurieren zu können. Mit dem Tod des Vorsitzenden Mao hielt die „Viererbande" ihre Zeit für gekommen. Sie leitete Putschmaßnahmen ein, um die Macht in Partei und Staat zu usurpieren. Die Kommunistische Partei Chinas unter Führung des Zentralkomitees mit Hua Guo-feng an der Spitze zerschlug diesen Putschversuch im Ansatz. Dieser Putsch war jedoch nur die äußerste Konsequenz eines jahrelangen systematischen Angriffes auf die Diktatur des Proletariats und die Große Proletarische Kulturrevolution, die sie in die Sackgasse statt zum siegreichen Abschluß führen wollten. Die wesentliche Aufgabe, die Beseitigung der ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Sabotagetätigkeit, kann nur durch einen langandauernden Kampf zur Kritik der „Viererbande" erfüllt werden. Das Hauptkettenglied ergreifen, heißt deshalb für die Kommunistische Partei Chinas und die chinesischen Volksmassen jetzt, die „Viererbande" gründlich zu kritisieren, so wie die Versuche Liu Tschao-tschis und Lin Biaos, die politische Macht zu erobern und die Diktatur des Proletariats zu stürzen, von der Kommunistischen Partei Chinas mit der Massenkritik an Ideologie und Politik Liu Tschao-tschis und Lin Biaos beantwortet wurden.

Anders könnte der Aufbau des Sozialismus nicht vorangetrieben werden, der die bewußte Anstrengung der Millionenmassen chinesischer Arbeiter und Bauern voraussetzt.

Anfangserfolge in der jetzigen Periode des Klassenkampfes

Im ersten Abschnitt seines Berichtes zog Genosse Hua Guo-feng die Bilanz aus den Ergebnissen des bisherigen Kampfes:

„Dem Aufruf des Zentralkomitees der Partei, in einem Jahr Anfangserfolge zu erzielen – und zwar im Sinne der Verwirklichung der strategischen Entscheidung, den Klassenkampf als Hauptkettenglied anzupacken und so die Angelegenheiten des Landes gut zu regeln – ist voll entsprochen worden, und die Lage ist besser als erwartet. Begeisterung erfüllt unser Volk, und die revolutionären Völker der Welt freuen sich mit uns. Die Sowjetrevisionisten, die vergeblich hoffen, wir würden den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen über Bord werfen, zogen über uns her und behaupteten, unsere Macht sei ‚instabil' und wir befänden uns ‚in einer Sackgasse'. Die unleugbaren, ehernen Fakten jedoch strafen all diese Behauptungen Lügen. Laßt diese Clowns ruhig schreien. Das große chinesische Volk wird weiter mutig voranschreiten!"

Was sind die unleugbaren Tatsachen, an denen die Verleumdungen gegen die Volksrepublik China zerschellen? Es ist die Konsolidierung der Diktatur des Proletariats auf allen Gebieten und die Konsolidierung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die zu einem Aufschwung der Produktion und der wissenschaftlichen Arbeit geführt haben. In den ersten beiden Monaten des Jahres sind z.B. die geplanten Produktionsziffern für Eisen, Stahl und Kohle wie auch die geplanten Eisenbahntransporte übertroffen worden. Gleichzeitig ist es gelungen, den Kohleverbrauch in den Betrieben durch sozialistische Sparsamkeit zu senken. Alle Erfolge der chinesischen Volksmassen haben die Entfaltung der proletarischen Demokratie und der Masseninitiative zur Grundlage. Auf die Festigung der proletarischen Demokratie und die Ermutigung der Masseninitiative zielen auch die Verfassungsänderungen, die der V. Nationale Volkskongreß vorgenommen hat. Yä Djiän-ying hob in seinem Bericht zu diesen Veränderungen hervor: „Um den sozialistischen Enthusiasmus des Volkes all unserer Nationalitäten beim Kampf für die Erfüllung der allgemeinen Aufgabe für die neue Periode voll ins Feld zu führen, ist es unerläßlich, der sozialistischen Demokratie uneingeschränkten Spielraum zu schaffen." Die allgemeine Aufgabe der neuen Periode ist in der Präambel der Verfassung niedergeschrieben worden:

„Der siegreiche Abschluß der ersten Großen Proletarischen Kulturrevolution hat zu einer neuen Periode der Entwicklung der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus in China geführt. In Übereinstimmung mit der Generallinie der Kommunistischen Partei Chinas für die ganze historische Epoche des Sozialismus ist es die allgemeine Aufgabe des Volkes des ganzen Landes in dieser neuen Periode festzuhalten an der Fortsetzung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats, die drei großen revolutionären Bewegungen, den Klassenkampf, den Produktionskampf und das wissenschaftliche Experimentieren voranzutreiben und China bis zum Ende des Jahrhunderts zu einem großen, starken sozialistischen Land zu machen mit moderner Landwirtschaft, moderner Industrie, moderner Landesverteidigung und moderner Wissenschaft und Technologie bis zum Ende des Jahrhunderts."

Dazu ist es notwendig, wie in dem Bericht Hua Guo-fengs ausgeführt wird, „den Kampf zur Entlarvung und Kritik der „Viererbande" zu Ende zu führen."

Die Elemente des Zehnjahresplans

Mit dem Bericht des Vorsitzenden Hua zusammen hat der V. Nationale Volkskongreß die Elemente des laufenden Zehnjahresplans beschlossen:

„Dem Plan nach gilt es, innerhalb von zehn Jahren eine solide Grundlage für die Landwirtschaft zu schaffen, über 85 Prozent der Hauptarbeitsgänge in der Landwirtschaft zu mechanisieren, pro Kopf der Landbevölkerung ein Mu Ackerland zu garantieren, das auch bei Trockenheit oder übermäßigen Niederschlägen stabile und hohe Erträge liefert. Zudem muß ein relativ hohes Niveau von Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Viehzucht, Nebengewerben und Fischwirtschaft erreicht werden. Der Plan sieht eine Entwicklung der Leichtindustrie vor, die ein sehr reichhaltiges Sortiment preiswerter Qualitätserzeugnisse liefert und ein größeres Pro-Kopf-Wachstum der Produktion erreicht. Es muß eine fortgeschrittene Schwerindustrie aufgebaut und die vorhandenen Zweige wie Metallurgie, Brennstoffindustrie, Energiewirtschaft und Maschinenbau müssen auf Grundlage neuer Technik weiterentwickelt werden; bei der Erzeugung von Eisen und Stahl, Kohle, Rohöl und Elektrizität müssen wir in die Spitzengruppe der Welt aufrücken, die Entwicklung der neuen Industriezweige wie Petrochemie und Elektronik muß forciert werden. Wir müssen ein Transport- und Verkehrsnetz sowie ein Post- und Fernmeldenetz errichten, die den Bedürfnissen des Wachstums der Industrie und der Landwirtschaft Rechnung tragen; die Eisenbahn muß im großen und ganzen elektrifiziert bzw. mit Dieselloks ausgestattet werden; Straßen-, Binnengewässer-, Hochsee- und Lufttransport müssen eine größere Entwicklung erfahren. Auf der Grundlage eines unabhängigen verhältnismäßig komplexen Industrie- und Wirtschaftssystems muß in jeder der sechs Großregionen – Südwest-, Nordwest-, Zentralsüd-, Ost-, Nord- und Nordostchina – ein regionales Wirtschaftssystem im wesentlichen aufgebaut und das Landesinnere in ein starkes strategisches Hinterland verwandelt werden."

Im Verlauf des Zehnjahresplans, der die Jahre 1976 bis 1985 umfaßt, soll die Getreideproduktion auf 400 Millionen Tonnen und die Stahlproduktion auf 60 Millionen Tonnen gesteigert werden. In den bevorstehenden Jahren des Planjahrzehnts soll die landwirtschaftliche Produktion jährlich um 4 bis 5% und die industrielle Produktion jährlich um 10% gesteigert werden.

Der Bericht Huas hebt 6 Punkte hervor, um eine Reihe von Problemen zu lösen, die das ganze Land betreffen. Diese Punkte sind.

Erstens. Das ganze Land mobilisieren und die Landwirtschaft im großen Stil betreiben.

Dabei soll die Getreideproduktion als Hauptkettenglied ergriffen werden.

Zweitens. Die Entwicklung der Schlüsselindustrien beschleunigen, die Rolle der Industrie als führenden Faktor entfalten.

„Mit dem Stahl als Hauptkettenglied müssen wir die Schlüsselindustrie bedeutend ausbauen und besonders die Energieerzeugung, die Brenn- und Grundstoffindustrie sowie das Verkehrs- und Transportwesen beschleunigt entwickeln und die Verteidigungsindustrie erheblich stärken."

Beim Aufbau der Industrie soll das Prinzip der Verbindung von Industrie und Landwirtschaft sowie von Stadt und Land durchgeführt werden. Neben der Schlüsselindustrie soll die Leichtindustrie aktiv entwickelt werden.

Drittens. Den Handel gut betreiben und den Außenhandel entwickeln.

Viertens. Den sozialistischen Arbeitswettbewerb entfalten und mit Tatkraft an die technische Erneuerung und die technische Revolution herangehen.

Fünftens. Die einheitliche Planung verstärken und die Initiative der zentralen Ebene wie der örtlichen Ebene entfalten.

„Im Rahmen des einheitlichen Staatsplans muß das Wertgesetz bewußt angewandt werden. Wir müssen die Preisparität zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Produkten, zwischen Rohstoffen, Halbfertigwaren, Brennstoffen und Fertigwaren sorgfältig überprüfen. Um die Produktion zu fördern, müssen wir die Ankaufspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse angemessen erhöhen und auf der Grundlage der Senkung der Selbstkosten die Verkaufspreise für industrielle Produkte, besonders für die Produkte, die vorwiegend der Unterstützung der Landwirtschaft dienen, entsprechend herabsetzen. Die Rolle des Finanz-, Bank- und Kreditwesens bei der Förderung und Kontrolle der verschiedenen Wirtschaftsätigkeiten muß voll zur Geltung kommen, um die Betriebe zu veranlassen, ihre Betriebsführung zu verbessern, auf Wirtschaftlichkeit zu achten und mehr Geldmittel für den Staat zu akkumulieren."

Sechstens. An dem Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung" festhalten und die Lebensbedingungen des Volkes schrittweise verbessern.

„Zulagen sollten für Arbeiten mit hoher Intensität oder schlechteren Arbeitsbedingungen gezahlt werden."

Einige Bemerkungen zum Wertgesetz und seiner Rolle in der sozialistischen Wirtschaft

Dies sind die sechs Punkte, die Hua in dem Abschnitt über den sozialistischen Wirtschaftsaufbau hervorhebt. Wir haben in Zitaten einige Unterpunkte angeführt, von denen wir annehmen, daß sie Angriffen oder Mißverständnissen ausgesetzt sein werden, so die Stelle über die Anwendung des Wertgesetzes im Rahmen des einheitlichen Staatsplans. Durch rechte Auffassungen im „linken" Gewand, wie sie in China durch die „Viererbande" verbreitet worden sind, aber in auch Westeuropa durch verschiedene „Antirevisionisten", gibt es in vielen Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus des Sozialismus Unklarheiten. Im Kapitalismus *herrscht* das Wertgesetz, und es herrscht zudem hinter dem Rücken der Produzenten und setzt sich nur durch über eine ganze Reihe von Vermittlungen, die das Wertgesetz, das die Erscheinungen bestimmt, verbergen. Der Wert eines Produkts ist durch die Arbeitszeit bestimmt, die zu seiner Produktion notwendig ist. Er entspringt Verhältnissen, in denen die gesellschaftliche Produktion durch voneinander getrennte Privatproduzenten verrichtet wird, die bloß über den Warenaustausch miteinander in Verbindung treten. Im Kapitalismus ist im Wert einer Ware Mehrwert enthalten, der den Arbeitern durch die Kapitalisten abgepreßt wird. All diese Tatsachen sind verhüllt durch den Produktionspreis, nachdem die Produkte in der kapitalistischen Gesellschaft ausgetauscht werden. Er kommt durch den Kostpreis plus dem Durchschnittsprofit zustande, der als Aufschlag des Kapitalisten auf das Produkt erscheint. Im Produktionspreis ist völlig verborgen, daß er in letzter Instanz durch die Arbeitszeit bestimmt ist und unbezahlte Mehrarbeit enthält. Mit der Beseitigung des Kapitalverhältnisses kommt die dem Wertgesetz zugrundeliegende Ökonomie der Zeit direkt durch die gesellschaftlichen Produzenten zur Anwendung. Solange jedoch die gesellschaftlichen Produzenten, weil es wegen der geringen Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion noch unterschiedliche sozialistische Eigentumsformen und voneinander relativ getrennte Produktionseinheiten gibt, zum Teil erst über Tausch miteinander in Beziehung treten, und solange es dementsprechend noch Geld gibt, nimmt die Arbeitszeit, die zur Herstellung eines bestimmten Produkts notwendig ist, die Form des Wertes an. Dies sind unvermeidliche Restbestände des Kapitalismus und der Warenproduktion, die bloß langsam zurückgedrängt werden können. Durch den Rahmen des einheitlichen Staatsplans werden diese Warenverhältnisse in Grenzen gehalten und entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen reguliert. Instrument der Regulierung sind die staatlichen Preise, die dem Plan entsprechend festgelegt werden. Bewußte Anwendung des Wertgesetzes im Rahmen des einheitlichen Staatsplans heißt so nichts anderes, als daß bei diesen Warenbeziehungen die Arbeitszeit, die zur Produktion der Produkte notwendig ist, bei der Preisregulierung bewußt berücksichtigt wird. Geschieht dies, werden nicht Tendenzen zur Restauration des Kapitalismus vorangetrieben, sondern wird vermieden, daß die landwirtschaftliche Produktion durch „Landflucht" zugrundegerichtet wird, weil sich die Austauschverhältnisse mit dem rascheren Wachstum der Produktivität in der staatlichen Industrie zu ihren Ungunsten entwickeln, wenn die Preise sich spontan entwickeln und nicht entsprechend der tatsächlich aufgewandten Arbeitszeit reguliert werden. Die produktivere Industriearbeit zählt dann im Austausch mit der Landwirtschaft als intensivere Arbeit, so daß z.B. zwei Stunden Arbeit in der Landwirtschaft nur soviel gelten wie eine Stunde Arbeit in der Industrie. Das würde zu einer Akkumulation bei den staatlichen Industriebetrieben auf Kosten der kollektiven Landwirtschaft führen und die Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Arbeitern und Bauern empfindlich stören.

Dieser Tendenz – als Schere zwischen Agrar- und Industriepreisen allgemein bekannt und im Kapitalismus unvermeidlich – muß im Sozialismus bewußt entgegengesteuert werden. Dies geschieht, wenn die Warenbeziehungen durch Entfaltung der gesellschaftlichen Produktion entsprechend Plan eingeschränkt werden und die Produkte der Landwirtschaft mit den Produkten der Industrie entsprechend der tatsächlich aufgewandten Arbeitszeit statt entsprechend eines konventionellen, vom Kapitalismus hinterlassenen Preissystems ausgetauscht werden, bei dem die unterschiedliche Entwicklung der Produktivität in der Landwirtschaft und in der Industrie sich immer zuungunsten der Landwirtschaft und auch der anderen zurückgebliebeneren Zweige der gesellschaftlichen Produktion auswirkt. „Bewußte Anwendung des Wertgesetzes im Rahmen eines einheitlichen Staatsplanes" läuft also keineswegs auf einen Verrat am Marxismus-Leninismus hinaus, sondern auf bewußte Förderung der zurückgebliebeneren Zweige der gesellschaftlichen Produktion, wie die Beispiele in dem Bericht auch zeigen. Sie wirkt der Ausbildung spontaner Marktbeziehungen zuungunsten der Landwirtschaft und der Bauern entgegen und dient der Festigung des Arbeiter-Bauern-Bündnisses als Grundlage der Diktatur des Proletariats.

Eine ganz andere Sache ist die Entfaltung des Wertgesetzes, wie sie die Revisionisten betreiben und die in Wirklichkeit mit der Entfaltung der Restauration des Kapitalismus auf die Wiederherstellung des Produktionspreises hinausläuft und die Bauern der Ausplünderung durch das bürokratische Monopolkapital unterwirft.

Mit diesen Bemerkungen wollen wir den kurzen Überblick über die Debatten und Probleme der ersten Tagung des V. Nationalen Volkskongresses abschließen. Das chinesische Volk macht sich jetzt auf einen neuen „Langen Marsch", an dessen Etappenziel China ein starker, moderner sozialistischer Staat sein wird. Das entspricht nicht nur den Interessen des chinesischen Volkes, sondern die Verwirklichung dieses Planes wird ein großer Beitrag zur proletarischen Weltrevolution sein. In diesem Bewußtsein wird mit dem Klassenkampf als Hauptkettenglied die große Aufgabe durch die Kommunistische Partei Chinas und das chinesische Volk in Angriff genommen. Alle Revolutionäre wünschen dafür Erfolg. Die Konterrevolutionäre werden mit jedem Schritt der Verwirklichung dieser Aufgabe in große Betrübnis gestürzt.

Der Reichsarbeitsdienst — Vorbild für die Pläne der westdeutschen Bourgeoisie.

Am 26. Juni 1935 wurde das Reichsarbeitsdienstgesetz erlassen. Der Reichsarbeitsdienst ist „Ehrendienst am deutschen Volk" heißt es in § 1. Das Gesetz über den Reichsarbeitsdienst ist ein Wendepunkt im Bemühen der deutschen Monopolbourgeoisie, den Preis der Arbeitskraft zu senken bei gleichzeitiger kasernenmäßiger Organisierung der Produktion.

Das erste Gesetz der Hitlerregierung zur umfassenden Senkung des Preises der Arbeitskraft war das *Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit* vom 11. Juni 1933. Für die aufgrund dieses Gesetzes herangezogenen Arbeiter wurde kein Dienstverhältnis im Sinne des Arbeitsrechtes gegründet (§ 2, Abs. 1), sie erhielten neben der Arbeitslosenhilfe 25 Reichsmark pro Monat in Bedarfsdeckungsscheinen und eine warme Mahlzeit je Arbeitstag. Gefördert wurden solche Arbeiten, die als volkswirtschaftlich wertvoll galten (§ 2, Abs. 1). Dieses waren u.a. Arbeiten bei Flußregulierungen, Anlagen zur Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Strom, Tiefbauarbeiten und Sachleistungen an Hilfsbedürftige (§ 1, Abs. 1).

Mit dem Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und dem Reichsarbeitsdienstgesetz gelang dann die Senkung der Arbeitslosenquote auf praktisch Null Prozent.

Hitler war der Garant der schärfsten Unterdrückung der Arbeiterklasse und Förderer eines neuen, offensiven expansionistischen Kurses. Verbot der KPD, der SPD und anderer bürgerlicher Parteien, Auflösung der Gewerkschaften waren die ersten Maßnahmen der offenen faschistischen Diktatur.

200000 junge Arbeiter wurden jetzt jährlich in den Arbeitsdienst gepreßt. 25 Pfennig pro Tag der Lohn. Die Zahl derer, die zur Zwangsarbeit gepreßt wurden, war aber noch beträchtlicher: 120000 jugendliche Arbeiter wurden als Landhelfer rekrutiert; 300000 zum Autobahnbau; 100000 zur sogenannten wertschaffenden Erwerbslosenhilfe als Notstandsarbeiter beschäftigt.

Mit dem Reichsarbeitsdienstgesetz (RAD) wurde die allgemeine Dienstpflicht eingeführt.

– Der RAD ist zur Durchführung gemeinnütziger Aufgaben bestimmt (§ 1, Abs. 4).

– Die Zugehörigkeit zum RAD begründet kein Arbeits- oder Dienstverhältnis im Sinne des Arbeitsrechtes (§ 14).

– Die Angehörigen des RAD unterliegen der Dienststrafordnung für den RAD (§ 15).

– Die Angehörigen des RAD bedürfen zum Erwerb oder zur Ausübung der Mitgliedschaft in Vereinigungen innerhalb oder außerhalb des RAD der Genehmigung. Der Erwerb der Zugehörigkeit zur NSDAP bedarf keiner Genehmigung (§ 17).

NSDAP bedarf keiner Genehmigung (§ 17).

– Die Angehörigen des RAD bedürfen zur Verheiratung der Genehmigung (§ 18).

– Die Entscheidung der Dienststellen des RAD über Einstellung, Zurückstellung und Entlassung ist für die Gerichte bindend. Das gleiche gilt für die Entscheidung über vorläufige Dienstenthebung (§ 23).

Das RADG ist nur der vorläufige Endpunkt in der Kette der Verordnungen und Gesetze gewesen hin zur vollständigen Verwandlung des imperialistischen Staates in ein Militärzuchthaus für die Arbeiterklasse. Um die Arbeiterjugend für die imperialistische Kriegsvorbereitung als billige Lohnsklaven zu vernutzen, dazu bedurfte es einer scharfen militärischen Unterdrückung und der ideologischen Verhetzung. Die Bourgeoisie führt die Kasernierung ein. Die Unterbringung erfolgte nur noch in Lagern mit einem Fassungsvermögen bis zu 250 Personen. Eingekleidet waren die Insassen in einen Drillichanzug für die Arbeit, den Spaten mußten sie wie eine Waffe zum Exerzieren benutzen. Die Verpflichtung dauerte 6 Monate ohne Kündigungsrecht. Über die ideologische Ausrichtung sagte Hitler folgendes: „Und wenn die Jugendlichen in der SA oder SS zwei Jahre sind und noch nicht ganz Nationalsozialisten geworden sein sollten, dann kommen sie in den Arbeitsdienst und werden dort wieder 6 und 7 Monate geschliffen, alle mit einem Symbol, dem deutschen Spaten. Und was dann nach 6 oder 7 Monaten noch an Klassenbewußtsein oder Standesdünkel da oder da noch vorhanden sein sollte, das übernimmt dann die Wehrmacht zur weiteren Behandlung auf 2 Jahre. Und wenn sie dann nach 2 oder 3 oder 4 Jahren zurückkehren, dann nehmen wir sie, damit sie auf keinen Fall rückfällig werden, sofort wieder in SA, SS und so weiter. Und sie werden nicht mehr frei, ihr ganzes Leben." (Hitler in Reichenberg am 2.12.1938).

Ersatzdienst – Zivildienst – Arbeitsdienst, Bestreben der Bourgeoisie an die allgemeine Dienstverpflichtung heranzukommen.

5. Artikel aus der Serie: Die Geschäfte des Bundesministers für Arbeit und Soziales

Mit dem Verweigerungsrecht als Fallstrick, die allgemeine Wehrpflicht eingeführt (1956 bis 1960)

Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1956 wurde gegen heftigsten Widerstand der Arbeiterklasse die gesetzliche Grundlage gelegt für die umfangreichen Aufrüstungspläne der westdeutschen Bourgeoisie. Als Tribut an die Bewegung gegen die Wiederaufrüstung mußte von ihr das Recht auf Kriegsdienstverweigerung anerkannt werden (§ 25 Wehrdienstgesetz). Dieses Zugeständnis hatte nicht nur ideologische Fallstricke. Durch die Festschreibung des zivilen Ersatzdienstes als eine Form der Erfüllung der Wehrpflicht – und das Ganze dann in den Rang eines Verfassungsrechts gehoben – wurde dieses Zugeständnis für die Bourgeoisie zu einem Recht, auch die Teile der Jugend unter ihre Kontrolle zu bringen, auf die sie für ihre bewaffneten Formationen 1956 scheinbar verzichtete.

„Wehrdienst mit der Waffe ist für uns Friedensdienst. Zivildienst muß auch Friedensdienst sein. Beide dienen, keiner soll sich drücken dürfen. Denn es geht um Dienst am Volk. Dienst für die Sicherung des Friedens. Und beides ist Dienst für unser Vaterland." (Wehner 1977) Dies war und ist die Leitlinie der Bourgeoisie für die Ausgestaltung des zivilen Ersatzdienstes.

1960 wurde mit dem Zivildienstgesetz (ZDG) die organisatorische Grundlage geschaffen. „Im zivilen Ersatzdienst werden Aufgaben durchgeführt, die dem Allgemeinwohl dienen. Dazu gehört insbesondere der Dienst in Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten." Ebenfalls vorgesehen ist die Möglichkeit, Zivildienstleistende bei „gemeinnützigen und volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten" einzusetzen. In der amtlichen Begründung wird dazu näher ausgeführt: „Im wesentlichen handelt es sich um Aufgaben, die friedensmäßigen und aufbauenden Charakter haben ... Neulandgewinnung, Eindeichungsarbeiten, Kultivierung von Ödland." Die Durchsetzung dieser letztgenannten Aufgaben hätte die kasernenmäßige Zusammenfassung der Zivildienstleistenden bedingt. Beides war der Bourgeoisie zu der Zeit nicht möglich. Die Bewegung gegen die Wiederaufrüstung war zu stark, als daß die Bourgeoisie auf das Mäntelchen des „sozialen Friedensdienstes" hätte verzichten können.

Bei anhaltendem Widerstand wird das Ersatzdienstgesetz als Mittel gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse ausgebaut (1960 bis 1970)

Bei weiter steigenden Zahlen von Kriegsdienstverweigerern machte sich

Bei weiter steigenden Zahlen von Kriegsdienstverweigerern machte sich

die Bourgeoisie 1965 an eine erste „Verbesserung des Zivildienstgesetzes". Anlaß war der anhaltende Widerstand gegen die Militarisierung bis zur Weigerung, Zivildienst zu leisten. Eine Lücke tat sich somit im Gesetz auf. Geregelt wurde sie so, daß eine solche Weigerung eine Gefängnisstrafe nach sich zieht, dadurch dann die Dienstpflicht nicht mehr gefordert wird – „Vom Ersatzdienst ist ausgeschlossen, wer durch ein deutsches Gericht wegen eines Verbrechens zu Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt ist ..." (§ 9 Ersatzdienstgesetz) – und sie somit als abgeleistet gilt. In der Begründung zur Vorlage der Novelle heißt es: „... andererseits Dienstpflichtige nicht selten im Wege dienstlicher Anordnungen einer Dienstgruppe überwiesen werden müssen, weil auf andere Weise die Ordnung in den anerkannten Einrichtungen nicht aufrechterhalten werden kann". Was anderes heißt dies, als daß der Widerstand der Zivildienstleistenden gegen ihre entrechtete Lage durch die Kasernierung in den Dienstgruppen unter Kontrolle gehalten werden soll, bzw. daß die Regelungen des Gesetzes selbst noch nicht fein genug sind, um das Prinzip von Befehl und Gehorsam durchzusetzen. „Der Entwurf ist daher bestrebt in Anlehnung an das Wehrpflichtgesetz, die Musterungsordnung, das Soldatengesetz, ... und die Wehrdisziplinarordnung sowie andere Vorschriften und Regelungen ... selbst zu treffen ... ferner sind gewisse Teilgebiete des Ersatzdienstrechts – z.B. das Disziplinarrecht, zuwenig ausführlich geregelt." und weiter: „... die Vorschriften über die Aufgaben, zu denen der Ersatzdiensleistende herangezogen wird, sind elastischer gehalten". Die Bourgeoisie behält sich vor, sobald die Situation reif ist, durch Rechtsverordnung den Einsatz in Mooren oder auch z.B. bei der Post zu befehlen. Nur vorher wird sie die Zivildienstleistenden isolieren müssen. Von daher in dieser Novelle das deutliche Herausstellen der Gleichrangigkeit von Dienstgruppen (kaserniert) und Beschäftigungsstellen.

Der Zivildienst untersteht in seiner gesamten Durchführung dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Um die Sache direkter in den Griff zu bekommen, wurde die verwaltungsmäßige Abwicklung einem neugeschaffenen Bundesamt für den Zivildienst übergeben, dem seit 1970 ein Bundesbeauftragter vorsteht. Warum? „Ende der sechziger Jahre, als die jugendpolitische Szene sehr mobil war, entwickelten sich im damaligen zivilen Ersatzdienst Aktivitäten, um die man sich kümmern mußte." (Iven, in den Aachener Nachrichten vom 24.9.77, zitiert nach: Der Zivildienst 10/77). Dies war die Zeit, wo die Arbeiterbewegung in großen, selbständigen Streiks um den Lohn stand, wo die demokratische Massenbewegung ausgehend von dem Kampf gegen die Notstandsgesetze und in Solidarität mit den Völkern Indochinas sich Rechte erkämpfte und die Zivildienstleistenden Teile dieser Bewegungen waren. Ein erneuter Versuch der Novellierung 1971 scheiterte.

Die politische Bewegung der Arbeiterklasse und im öffentlichen Dienst stärkt den Kampf der Zivildienstleistenden gegen Entrechtung und Kasernierung

Die Kämpfe zu unterdrücken und den Zusammenschluß mit der Bewegung im öffentlichen Dienst zu zerstören, diesen Versuch unternahm Iven mit der Versetzungsverfügung für sieben Zivildienstleistende in Göttingen. Ausprobieren wollte er auch die in der Novelle geplante Bestimmung, Zivildienstleistende zu versetzen, wenn „ein dringender auf andere Weise nicht zu deckender Bedarf besteht". Die Zivildienstleistenden antworteten darauf mit Unterstützung der Beschäftigten durch Streik. „Den rechtswidrigen Erpressungsversuchen ... werde ich mich nicht beugen. Jeder Dienstleistende, der sich an den rechtswidrigen Dienstverweigerungen beteiligt, muß mit einer disziplinaren Ahndung seines Verhaltens rechnen." (Iven, Presseerklärung zum Streik) Er stützt sich auf den § 54 des ZDG, in dem steht: „Wer eine – mündliche oder schriftliche – Anordnung bekommt, den Dienst aufzunehmen ....(und) zu erkennen gibt, daß er die Anordnung nicht befolgen will, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren bestraft." Durchgesetzt wurde das Streikverbot nicht. Es konnte nicht durchgesetzt werden, weil die Kämpfe der Zivildienstleistenden die Unterstützung der Volksmassen hatten. So beim Streik der Zivildienstleistenden in Schwarmstedt gegen die geplante Kasernierung. Wie sehr diese gegenseitige Unterstützung den Nerv der Bourgeoisie trifft, verdeutlicht die Reaktion des Bundesamtes: „Er ist als Gehilfe strafbar, wenn er die Straftat anderer unterstützt, erleichtert, fördert (z.B. durch zusätzliche Geldzulagen während der Tat, durch Beköstigung und durch Aufnahme des Täters in das eigene Heim im Falle des § 52 (eigenmächtige Abwesenheit, d.Verf.)". Gemeint war, daß die Zivildienstleistenden von der Bevölkerung u. a. Essen und Kredit bekamen. Gebrochen hat es die Solidarität nicht.

Immer wieder ist es das Ziel der Bourgeoisie, die Zivildienstleistenden von der Bewegung im öffentlichen Dienst zu trennen, dazu versucht sie, die Zivildienstleistenden rechtlos zu halten, indem sie sie – wie die Soldaten – einem besonderen Gewaltverhältnis unterwirft, und nur wie ihr dieses gelingt, wird sie die Zivildienstleistenden auch gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst einsetzen können. In der Praxis läuft die Sache aber andersherum. Im Streik des öffentlichen Dienstes 1974 unterstützten die Zivildienstleistenden die Forderung der ÖTV, zeigten die Absichten der Bourgeoisie auf, sie als Streikbrecher gegen die Kollegen einzusetzen und forderten für sich das Recht der gewerkschaftlichen Organisierung in der ÖTV. Aufgetreten sind sie gegen den Hungersold und haben ein Entgelt gefordert, das sich an den Lebenshaltungskosten orientiert.

Festzustellen ist, daß die Bourgeoisie bisher nicht viel weitergekommen ist, über den Zivildienst sich beliebig einsetzbare, von der Arbeiterbewegung isolierte Dienstheere zu schaffen.

Der Widerstand der Jugend gegen den Dienst in der imperialistischen Armee findet seinen Ausdruck nicht mehr nur in steigenden Verweigerungszahlen, sondern zunehmend in dem bewußten Gang in die Armee, um hier einerseits das Waffenhandwerk zu erlernen und andererseits, um von innen heraus die Zersetzung der Armee voranzutreiben, um so die Einsatzmöglichkeiten der bewaffneten Formationen der Bourgeoisie zu einem hohen Risiko zu gestalten.

Somit ist es wieder an der Zeit, Nebel zu verbreiten, um so möglichst ungesehen eine erneute Ausrichtung des Zivildienstes vornehmen zu können. Der Widerstand gegen die imperialistische Armee wird mit Ungerechtigkeiten des Wehrpflichtsystems erklärt: die einen müssen schwerer ran als die anderen „Man dürfe sich nicht scheuen, auch in anderen Bereichen Plätze anzubieten, z.B. bei Ausgrabungsarbeiten ... Arbeit, die dreckige Hände macht, ist nicht automatisch minderklassifiziert." (Börner (SPD), Ministerpräsident in Hessen im Januar 1978). So versuchen sie zu spalten, um dann um so besser ihre neueste Errungenschaft, die 4. Wehrdienstnovelle, anbringen zu können.

„Wenn wir Wehrdienst und Zivildienst addieren, werden wir im ganzen viel mehr Dienst für den Staat bekommen als bisher und damit mehr Wehrgerechtigkeit im ganzen, weil mehr Dienstleistung verlangt wird, und mehr Dienstleistung erfolgen wird." (Koschnick im Sommer 1977). Auf 60000 will die Bundesregierung die Einsatzpläne bis 1980 erhöhen. Das konnte nicht ohne eine „Liberalisierung" der „komplizierten und problematischen Überprüfung des einzelnen Wehrpflichtigen" (Ehrenberg) geschehen. Damit ist Punkt 1 der Novelle dargelegt, die Umgestaltung des Anerkennungsverfahrens. Nicht kleckern, sondern klotzen. Der Druck der Arbeitslosigkeit, gesunkener Reallohn und politisch noch ohne anerkannte Führung, dies lastet stark auf der Arbeiterbewegung, dies erschwert die notwendigen Kämpfe. Hier wollte die Bourgeoisie nachsetzen, indem sie rechtzeitig große Heere von jungen dienstverpflichteten Arbeitern bereitstellte, die als zusätzliches Druckmittel eingesetzt werden sollten. Dazu mußte aber noch sichergestellt werden die allseitige Einsetzbarkeit dieser Truppe. Was Punkt 2 der Novelle ist. Der neue § 15a des ZDG enthält die Ermächtigung für die Bundesregierung, durch Rechtsverordnung weitere Einsatzgebiete und die Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses zu bestimmen. Es muß nur dem „Allgemeinwohl" dienen.

Damit zu Punkt 3. In § 27 ist festgelegt, daß der Dienstleistende während der Dauer eines Arbeitskampfes, durch den die Beschäftigungsstelle unmittelbar betroffen ist, nicht mit einer Tätigkeit beschäftigt werden darf, die in Folge des Arbeitskampfes in der Beschäftigungstelle nicht ausgeübt wird. Gelten tut dies allemal nur für „genehmigte Streiks". Einrichten tut die Bourgeoisie sich aber darauf, daß die Arbeiterbewegung durchaus weiterhin zu selbständigen Aktionen greift.

Schwebten diese Aussichten der Bourgeoisie bei der Verfassung der Wehrdienstnovelle vor, so war aber auch klar, daß ein erneuter Angriff auf die Verbindung zwischen Zivildienstleistenden und der Bewegung im öffentlichen Dienst gestartet werden mußte. Der Versuch der Kasernierung mußte erneut angepackt werden. Da gesetzlich schon vorgesehen, kam sie mit der Novelle über ein 8-Punkteprogramm von Iven zur organisatorischen Ausgestaltung des Zivildienstes auf

gramm von Iven zur organisatorischen Ausgestaltung des Zivildienstes auf

den Tisch. Und stieß auf den geschlossenen Widerstand der Arbeiterbewegung. Die Zivildienstleistenden antworteten mit der Organisierung eines Streiks. „Die Aktionen zu denen die Zivildienstleistenden aufrufen, sind die richtige Antwort auf die Absicht des Dienstherren, ein ganzes Heer von Dienstpflichtigen ohne gewerkschaftliche und politische Rechte für 200 DM Sold im Monat in Kasernen einzusperren." „Ebenso wie wir die Kämpfe der Soldaten gegen Schikane und niedrigen Wehrsold unterstützen, unterstützen wir den Kampf der Zivildienstleistenden ... ", so heißt es in einer Resolution des Kreisjugendausschuß der ÖTV Essen.

Die Bewegung im öffentlichen Dienst ist stark. Das zeigt sich sowohl an der breiten Strömung für Festgeldforderungen wie auch an den täglichen Kämpfen gegen die Rationalisierung. Dies war und ist ein guter Boden, um den Absichten der Bourgeoisie, mit Hilfe der Zivildienstleistenden diese Bewegung zu unterdrücken, entgegenzutreten. Die Wehrdienstnovelle hat ihr Ziel bis jetzt verfehlt und mußte vorläufig zurückgenommen werden. Der Streik der Zivildienstleistenden hat der Bourgeosie verdeutlicht, daß weder sie noch die Bewegung im öffentlichen Dienst gewillt sind, kasernierte Zivildienstleistende als Lohndrücker, Spalter und Streikbrecher einsetzen zu lassen. – (Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Bremen-Unterweser)



Die Bundesregierung wird, falls die Bundeswehr nicht genügend Wehrpflichtige bekommt,

Die Bundesregierung wird, falls die Bundeswehr nicht genügend Wehrpflichtige bekommt,

ohne Zögern das Prüfungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer wieder aufnehmen. (Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage der CDU/CSU)

Die Wehrdienstnovelle dient der Militarisierung des öffentlichen Dienstes

In der nächsten KVZ:
Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer – Lohnsklavenhalter für das Finanzkapital auf internationalen Märkten

Die Sozialimperialisten vernutzen im großen Maßstab die jugendliche Arbeitskraft

Arbeitsdiensteinsätze des Komsomol auf Großbaustellen

„Die UdSSR ist ein riesiger Bauplatz. Nicht alle Unionskomsomolbaustellen des zehnten Planjahrfünfts fanden auf der Karte Platz, das ist auch verständlich: Über 125 sehr bedeutende und wichtige Objekte des Investitionsbaus hat der Leninsche Komsomol die Patenschaft übernommen. Jede Schwerpunktbaustelle – ein Ort der Arbeitsgroßtat, des schöpferischen Suchens und der staatsbürgerlichen Bewährung“, schreibt die „Komsomolskaja Prawda“ unter dem Titel „Hier bewährt sich die Jugend – Komsomolbaustellen 1977“ (s. Karte).

Die UdSSR ist ein riesiges Arbeitslager. Das größte Arbeitsdienstprogramm wird vom Komsomol, der Jugendorganisation der KPdSU, organisiert. 35 Millionen Jugendliche sind in dieser Organisation zwangsorganisiert. Über die „Patriotische Bewegung: die Begeisterung und Schöpferkraft der Jugend für den Fünfjahrplan der Effektivität und Qualität“ werden sie über das ganze Land verteilt in Arbeitslager gepfercht.

Die größten dieser „Schwerpunktbauten“ des Komsomol sind die Baikal-Amur-Magistrale (BAM) in Sibirien, das Lastkraftwagenwerk KAMAS in Nabareshnyje Tschelny an der Kama, die Erdölleitung Orenburg – Westgrenze der UdSSR (Drushba-Trasse), die Erschließung der Erdöl- und Erdgaslagerstätten Westsibiriens, der Meliorationsbau in der Nichtschwarzerdzone der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR), die Erneuerung des Hüttenwerks Magnitogorsk am Ural, der Ausbau des Territorialen Industriekomplexes Brats-Ust-Ilimsk in Sibirien und der Ausbau der Anlagen für die Olympischen Spiele 1980 in Moskau.

Die Sozialimperialisten sind ihrem imperialistischen Hauptkonkurrenten USA wirtschaftlich weit unterlegen. Diesen Rückstand müssen sie unbedingt wettmachen, wollen sie im imperialistischen Krieg um die Weltherrschaft siegen. „Heute übertrifft die UdSSR hinsichtlich des Investitionsbaus jeden anderen Staat der Welt“, frohlocken sie bereits.

Das größte Projekt dieser Art ist die Baikal-Amur-Magistrale, die Verlegung einer 3 124 Kilometer langen Eisenbahnlinie von Ust-Kut im Mittelsibirischen Bergland nach Sowjetskaja Gawan am Pazifik. Über 100 000 Jugendliche sind dort zwangsverpflichtet.

gendliche sind dort zwangsverpflichtet.

„Das 20. Jahrhundert kennt keine andere Trasse, die sich ebenso wie die BAM über mehr als 3 000 Kilometer hinzieht und an der die Bauarbeiten auf fast der ganzen Länge gleichzeitig durchgeführt werden ... längs der BAM-Trasse hat man die Kupfererzlagerstätten Udokan, die Erdöl- und Erdgasprovinzen am Jenissej und Witim, Vorkommen von Kokskohle und hochwertigen Eisenerzen in Südjakutien prospektiert, die nun zum industriellen Abbau vorbereitet werden ... Die Einbeziehung dieser Reichtümer in den Wirtschaftsverkehr wird nicht nur einen mächtigen Impuls der Entwicklung der UdSSR geben, sondern auch die Wirtschaftssituation im globalen Maßstab günstig beeinflussen“,

schwärmt der APN-Korrespondent Alois Fil in der Zeitschrift „Sowjetunion heute“ (19/77).

Diese Pluspunkte im Ringen um die Weltherrschaft müssen schnell zum Tragen kommen. „Das zehnte Planjahrfünft ist für die Magistrale eine Zeit, in der die Bauarbeiten konsequent beschleunigt werden ... Die Leistungen werden in diesem Jahr weiter erhöht.“ Die Jugendlichen werden gezwungen, bei Temperaturen von minus 40 bis 57 Grad die Bauarbeiten an der Trasse auszuführen. Untergebracht sind sie in notdürftigen Wohnwagen, deren Türen regelmäßig zufrieren. Um diese unerträglichen Arbeitsbedingungen durchzusetzen, ist verschärfte Unterdrückung nötig: „Es kommt darauf an, den im Komsomol tätigen Kommunisten größere Aufmerksamkeit zu widmen und ständig zu kontrollieren, wie sich die Leiter darum bemühen, Bedingungen für eine hochproduktive Arbeit der Jungen und Mädchen zu schaffen“, schrieb die „Prawda“ am 16. 2. 1977.

Grundlegende Bedingung ist die Entfaltung der zügellosen Konkurrenz unter den Jugendlichen. Als erstes werden sie aus ihren kollektiven Zusammenschlüssen aus dem Heimatort herausgerissen, um dann auf das Motto der „Bewegung: *Ich* bin der Herr der Baustelle“ verpflichtet zu werden, statt im kollektiven Zusammenschluß die Produktion anzupacken. Sie sollen bestrebt sein, sich gegenseitig niederzukonkurrieren, denn der „sozialistische Wettbewerb beschleunigt den Arbeitsverlauf in bedeutendem Maße“.

Stachel ist die elende materielle Lage der sowjetischen Arbeiterklasse, deren niedrige Löhne es den Arbeiterfamilien schier unmöglich machen, ihre Kinder zu ernähren. Also müssen die Arbeiterjugendlichen zusehen, daß sie möglichst viel dazuverdienen können, um die Reproduktion notdürftig zu sichern. „Die Jugend will zum Beispiel durchweg an der vordersten Linie eingesetzt werden – bei der Dammverschüttung, dem Brückenbau und der Gleisverlegung. Dort zahlt man auch mehr. Jemand muß aber die Häuser in

mehr. Jemand muß aber die Häuser in

den Siedlungen an der Trasse errichten, die Kanalisation verlegen, Straßen asphaltieren!“, kommentiert der APN-Korrespondent Fil. Was die Sozialimperialisten gern als „Wettbewerb bei der Festigung des entwickelten Sozialismus“ ausgeben, ist in Wirklichkeit die nackte Sorge um die Existenz.

Ein anderer Keil, mit dem sie die Spaltung der Jugendlichen betreiben wollen, ist das Versprechen auf Besuch der Abendschule mit möglichem anschließendem Studium. Sie setzen dabei auf die Hoffnung, dem Elendsdasein als Arbeiter unter der Herrschaft der neuen Bourgeoisie entgehen zu können. Über die „Möglichkeit, bei entsprechender Qualifikation“ einen der begrenzten Abendschulplätze zu



ergattern, organisieren sie ein perfektes System der Auslese und Kontrolle. Die „Qualifikation“ wird gemessen über Produktionskennziffern, wer was geleistet hat und durch ein Punkte- und Zensurensystem für die geleistete Arbeit. Wer sich auszeichnet, gilt als förderungswürdig, zum Funktionärsnachwuchs der neuen Bourgeoisie herangezogen zu werden. „Warum kommt man also zur BAM? Die Beweggründe sind ganz verschieden: Möglichkeiten für Aufrücken im Dienst, materielle Anreize und die der Jugend eigene Romantik“, faßt der APN-Kommentator zusammen.

Aus den sowjetischen Statistiken vom Beginn der siebziger Jahre geht hervor, daß drei Viertel aller „fluktuierenden Arbeitskräfte“ zwischen 16 und 29 Jahre alt sind. Sie kündigen das Ausbeutungsverhältnis „auf eigenen Wunsch“, einerseits, weil sie es nicht mehr ertragen können, zum anderen bedeutet der „eigene Wunsch“ einen „stillen Kompromiß“ zwischen Betriebs- und Gewerkschaftsleitungen bei „Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin“. Die „Prawda“ hat sich Anfang des letzten Jahres bitter beschwert, daß durch diese Formulierung die wahren Entlassungsgründe verschleiert werden und es so dem Arbeiter wieder gelänge, eine neue Stelle zu finden. Der Widerstand gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die Sozialimperialisten soll im Keim erstickt werden. Besorgt stellen die revisionistischen Ideologen aber fest, daß die Arbeiterjugend statt „solche sozial wertvollen Eigenschaften wie die Liebe zur Arbeit und zum Vaterland, der sorgsamen Einstellung gegenüber dem gesellschaftlichen Eigentum und den Arbeitsergebnissen“ herauszubilden, „negative Eigenschaften“ entwickelt.

„Eine große Rolle beim Entstehen dieser Eigenschaften spielt die engste Umwelt auf den Höfen, auf der Straße, die eine eigene Struktur besitzt und sich nach eigenen Gesetzen entwickelt ... Die spontane Tätigkeit und der Umgang mit Gruppen auf der Straße nehmen viel Zeit in Anspruch.“ (Sowjetskaja Pedagogica, 9/77).

Was sich da nach eigenen Gesetzen entwickelt, ist der klassenmäßige Zusammenschluß der sowjetischen Arbeiterjugend gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die staatsmonopolistische Bourgeoisie, der nicht nur Zeit, „ungenutzte Arbeitszeit“, in Anspruch nimmt, sondern überhaupt ihrem Streben nach Höchstprofit entschieden entgegensteht.

Also muß die Unterdrückung von Kindheit an verschärft werden, muß das Lehrerkorps auf das Geschäft der verschärften Unterdrückung der Schüler ausgerichtet werden. Das ZK der KPdSU hat im Dezember 1977 einen Beschluß gefaßt, der in der „Prawda“ veröffentlicht wurde. In ihm heißt es:

„Die Notwendigkeit einer entschiedenen Wende der Schule zur Verbesserung der Vorbereitung der Jugend auf die Arbeit in der materiellen Produktion zur zielgerichteten Berufswahl muß tief in das Bewußtsein der sowjetischen Lehrerschaft, der Schüler und ihrer Eltern eindringen.“

In den Schulen müssen die Jugendlichen Fragebogen ausfüllen, welchen Beruf sie später ausüben wollen, welchen nicht und warum. Anschließend wird ihnen von den Lehrern erklärt, daß ihre Berufswünsche überhaupt nicht ihren „Neigungen und Fähigkeiten“ entsprächen und daß sie die Berufe zu ergreifen hätten, die „in der Stadt am meisten benötigt werden“. Ein Schüler einer 8. Klasse hatte zum Beispiel auf die Frage, warum er nicht Schlosser, Bauarbeiter oder Anlagenfahrer werden wolle, geantwortet: „Man muß in Schichten arbeiten, mal am Tag, mal nachts.“

Die „Hauptverantwortung“ für die fehlende „Liebe zur Arbeit“ für die Profite der neuen Bourgeoisie wird den Eltern zugeschoben.

„Hier wirkt sich offensichtlich auch die Veränderung des Charakters der Arbeitstätigkeit des Familienkollektivs selbst aus mit dessen ständig steigendem materiellen Lebensniveau und den immer geringeren Möglichkeiten der Familie, den Kindern Arbeitsfertigkeiten anzuerziehen. In der heutigen Familie reicht die Beteiligung der Kinder an der Hausarbeit nicht aus, um ihnen sittlich wertvolle Eigenschaften anzuerziehen.“

Die revisionistischen Ideologen sind erzürnt darüber, daß die sowjetischen Arbeiter trotz der schrankenlosen Ausbeutung und Verelendung, in die sie die neuen Zaren treiben, sagen, daß sie ihre Kinder „nicht mit Arbeit im Haushalt belasten, weil sie noch genug Gelegenheit haben werden, zu arbeiten.“

„Das wohl Traurigste an den Äußerungen vieler Eltern, mit denen wir uns unterhalten haben, ist, daß ihre Sorge um die Zukunft ihrer Kinder prosaischer, rein praktischer Natur ist.“

Was drückt deutlicher die Verkommenheit der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion aus als dieses Zitat aus der „Prawda“?

In einem riesigen Netz von Zwangsarbeitslagern soll der Arbeiterjugend die „Liebe zur Arbeit“ beigebogen werden. 10„Von besonderer Bedeutung ist die Organisation der Erziehungsarbeit unter den Jugendlichen im Sommer, wenn die gesellschaftswidrigen Handlungen zunehmen, ... weil der Einfluß der Schule wesentlich nach(läßt) und die Kinder gleichsam frei von schulischen Pflichten (sind).“

Die „schwierig zu lenkenden Jugendlichen“ werden durch die Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolorganisationen in „Sommerlager für Arbeit und Erholung“ eingewiesen, in denen „straffe Disziplin herrscht“. Kehren sie nach Hause zurück, werden sie verpflichtet, in einem in der Nähe gelegenen Betrieb, der die „Patenschaft“

Zu beziehen über:

über die Jugendlichen übernimmt, „eine gewisse Stundenzahl zusammen mit seinen Paten in den Produktionsobjekten zu arbeiten“. Zur Überwachung wird eine Kommission eingesetzt. Sie „kontrolliert ständig in Zusammenarbeit mit Mitarbeitern der Miliz, mit der Öffentlichkeit und selbstverständlich auch mit dem Lehrerkollektiv der Schulen die Arbeit der Kinder, die in ungünstigen Familienverhältnissen leben.“

Rowdytum, Jugendkriminalität, wachsende „negative Eigenschaften“, das sind die revisionistischen Bezeichnungen für die Rebellion der jungen Arbeiter, Lehrlinge und der Schuljugend in der UdSSR gegen die sozialimperialistische Ausbeutung und Unterdrückung. – (Z-Red.)

